Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
39.Kammer
S 39 P 231/12

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

12.März 2017

Aktenzeichen **S 39 P 231/12**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Beklagter wegen Zerschlagung 4)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen)

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Hier: Stellungnahme über den Stand juristischer Anstrengungen zur Erreichung
des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs seit 2010,
aktuell zur Teilnahme an der mündlichen Verhandlung
gemäß Terminsmitteilung vom 16.02.2017 (eingegangen am 17.02.2017)

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Veranwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe, mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenvericherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Metmmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Zu 30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte mit ständiger Versagung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld, für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird Sippenzerschlagung unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2) und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
und unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
Die dadurch verursachte, vom Opfer unverschuldete, staatliche erzwungene Altersarmut wird von deutscher Justiz mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz, mit rechtsbeugender Justiz und mit grundgesetzwidriger Versagung von rechtlichem Gehör für schwerste staatliche Übergiffe mit Missbrauch von Staatsgewalt immer wieder gnadenlos ausgenutzt. Hinzu kommen Zwangsmassnahmen der klagenden Versicherung, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt (Zerschlagung 4, neu) und offensichtlich mit Zwangsmassnahmen an der Zerschlagung teilnehmen möchte.

Politisch motivierte Zerschlagungen sind ein **Frontalangriff** auf das deutsche Grundgesetz und die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK)

Zerschlagung 1: Gigantische Umverteilungsoperation der deutschen Bundesregierung mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers:
Erzwingung mit dem
Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit diskriminierender und diffamierender Anhörungsresidenz (Versagung jeglichen Gehörs) zu allen Anschreiben wegen verheerender Folgewirkungen
ohne Chance für das Opfer
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland

Sieh Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten
mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zur Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Politisch motivierte Zerschlagung 1 in Deutschland und staatliche Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen
Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,
von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und aus separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände der ONLINE 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist
staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Zerschlagung 2: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung seines Bruders mit einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.07.2012 im Landkreis Tirschenreuth / Bayern
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden:

- ☹ Wirtschaftlicher Ruin seines verstorbenen Bruders,
- ☹ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ☹ Wasser-Turbinentriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ☹ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil noch in 2012 abgewiesen wurde
- ☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ☹ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer)
  zur Errichtung einer Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes auf seinem Hofgrundstück
- ☹ Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,
- ☹ Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ☹ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser

☹ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m.
in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren,
mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen,
mit Zwangsgeldbescheiden usw.

☹ Finale Zerschlagung mit einer 8-Personen-Task-Force zur Betriebsschließung einer kleinen, qualifizierten Dorfbäckerei
mit weniger Mitarbeiter(innen) als Spezialisten der exekutierenden Task Force

☹ Finale Zerschlagung mit Schaden maximierenden Maßnahmen, obwohl keine Gesundheitsgefährdung durch Qualitäts-Bäckereiprodukte bestanden hat

☹ Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergriffe einer Schreckensverwaltung

☹ Massive Verstöße
gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),

☹ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,

☹ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen

☹ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde

☹ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte

☹ Judikative Rechtsbeugung durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Verdeckung der Rechtsbeugung

☹ Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Behörden mit Zwangsmassnahmen und rechtswidrige Behördenbescheide in NRW (2016)

Sieh Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf

Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Zerschlagung 3: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des klagenden Opfers unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Gigantische Umverteilungsoperation durch heimtückisch geplante, rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit einem Monster-Markteingriff
Massiver Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG):
Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht)
Ohne Übertragungsrechte: Live-Übertragung durch PHOENIX (Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) von der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers.
Mit Live-Übertragung professionelle Informationsdienste des Opfers für gigantische Umverteilungsoperation mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig vorbereitet und ausgenutzt:
Schadensabschätzung über 100.000 DM
Opfer musste seine „Henker", das steuer- und gebührenfinanzierte Establishment, umsonst mit hochqualifizierten Informationen unter dem Deckmantel des Pressearbeit versorgen, sozusagen „sein eigenes Grab schaufeln".
Offensichtliche Erklärungsnot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten: Bis heute keine Beantwortung zahlloser Schreiben des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen an Intendanten und ARD-Vorsitzenden
Aufforderung an den beklagten WDR zur längst fälligen Stellungnahme

Klage auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmassnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe
rechtshängig mit Antrag auf Berufungsverfahren
Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

Nach Verfassungsbeschwerde vom 18.08.2016
wegen Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art. 103 Abs.1 GG (AR 5737/16 rechtshängig)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf

und Antrag vom 30.Okt. 2016 auf Zulassung der Berufung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDReinspruch4.pdf

Zu 31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Sieh Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte:

Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)

nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Die Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu), strafbar in voller Höhe gemäß §339 StGB, weil Nichtzulassung von Berufung und sofortigen Beschwerden,
umfasst folgende Kapitel:

Kaptitel 90. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe (Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3), Eskalation zu Sippenzerschlagung und zu massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, Staatshaftung für erzwungene Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffener Bürger bis
in den Tod

Kaptitel 91. Katastrophale Sachkenntnisse und Darstellungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes zu den politisch motivierten Zerschlagungen nicht vom Opfer verschuldet
Vom Gericht zu verantworten:
Diskriminierende und diffamierende Darstellung der Vorgänge im beigefügten Urteil der Hauptverhandlung vom 10.08.2016, sodass eine Rechtsbeschwerde mit Unterdrückung von Sachargumenten überhaupt nicht möglich war
Daher Rechtsmittel der Berufung
wegen rechtswidriger, schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren unter Vortäuschung von Verkehrsordnungswidrigkeiten seit 2011
für Eskalation staatlicher Übergriffe mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte in 2014

Kaptitel 92. Skandalöse Rechtsbeugung (vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts zum Nachteil des verurteilten Opfers)
Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf IV-3 RBs 196/16 (723 Js 331 /16 StA Wuppertal) vom 28.12.2016 (eingegangen am 30.12.2016) mit Schreiben vom 02.01.2017 zurückgewiesen, weil eine Rechtsbeschwerde nicht möglich war und nicht stattgefunden hat
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 vorzutäuschen
mit krimineller Unterdrückung des Schreibens vom 02.01.2017 über eine nicht existente Rechtsbeschwerde
Vorgetäuschte Rechtskraft mit Manipuationsvermerk auf einem Urteil mit Rechtsbeugung ist strafbar. Das Urteil, der Manipulationnsvermerk und jede Kostenrechnung wird vom Opfer der Rechtsbeugungsjustiz zurückgewiesen.

Kaptitel 93. Besonders diskriminierende Auswüchse mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten im Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung vom 10.08.2016:
„ auch Messeauftritte geplant “ (1)
„ Pflegepflichtversicherung Kündigung liegt nicht vor..“ (2)
„ Krankenversicherung auf Notlagentarif umgestellt “ (3)
„ irreversible Zerschlagung seines Bruders “ (4)
„ seit 2010 in erzwungener Altersarmut “ (5)
„ sehr erfolgreich in der IT- und Telekommunikationsbranche tätig “ (6)
„ zur Höhe der Rente befragt antwortete er, dass er diese für seine Prozesse benötigte “ (7)
„ sein Vorbringen zu einer erzwungenen Altersarmut hat er nicht konkretisieren können “ (8)
„ möglich, ein Büro zu unterhalten, um Prozesse zu führen “ (9)
„ Geldbuße von 180,00 € “ (10)
Anhörungsrüge als letztes Rechtsmittel, Abhilfe zu erreichen

Zurückweisung der besonders diskriminierenden Auswüchse von Unwahrheiten und Halbwahrheiten: Sieh Kapitel 93 in Anlage STA-03.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)

Zu 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Veranwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung,
haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und mit Zwangsmassnahmen auch zerschlagen will,
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf hat nach der rechtsbeugenden Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung am Amtsgericht Mettmann (Anlage STA-03) mündliche Verhandlung zur Pflegeversicherung festgelegt. Pflegeversicherung und Krankenversicherung sind soziale Pflichtversicherungen, zu denen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen bis zur Auflösung aller, einstmals ansehnlichen Altersrücklagen in 2010 regelmäßig die monatlichen Beiträge entrichtet hat.

Der Vorgeladene hat keine Krankenversicherung mehr seit 2010 aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut. Die 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal hat mit einem künstlichem Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 rechtliches Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut versagt. Dagegen hat der Vorgeladene termingerecht mit einer ausführlichen Begründung im Schriftsatz vom 26.05.2015 das Rechtsmittel der Berufung beantragt, den Antrag durch alle Instanzen vorgetragen und letzlich das Bundesverfassungsgericht wegen Unterdrückung von rechtlichem Gehör mit der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 928/16 vom 11.Jan.2016 angerufen:
Nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-3.pdf
Scroll down after link (page 56)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Unerträglich ist der Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe für ein künstliches Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs für die kausalen Zusammenhänge insbesondere mit der bundespolitisch motivierten Zerschlagung nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (Zerschlagung 1).

Dieses künstliche Teilversäumnisurteil zum Zwecke der Unterdrückung rechtlichen Gehörs ist
eher als absichtliche, strafbare Rechtsbeugung
zu bewerten, weil sich das ahnungslose Opfer
gegen eine hinterlistige Verfahrensstrategie im Widerspruch zum Recht auf ein faires Verfahren (Europäische Menschenrechtskonvention Art.6) nicht einmal wehren konnte. Das Berufungsverfahren wird bis heute verweigert.

Das künstliche Teilversäumnisurteil (7 O 314/12) vom 16.04.2015 mit Unterdückung von rechtlichem Gehör zu der staatlich erzwungenen Altersarmut ist **verfassungsgwidrig**, weil ein massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG und gegen Europäische Menschenrechte (EMRK Art.6) vorliegt.

Der Kläger (DEBEKA), der über alle Vorgänge ausführlich informiert ist, der zur rechtsbeugenden Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung am Amtsgericht Mettmann als Zeuge mitgewirkt hat,
betreibt nun Zwangsmaßnahmen aus dem verfassungswidrigen Urteil (7 O 314/12) gegen das Opfer,
dem rechtliches Gehör versagt und unterdrückt wurde und
das seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erhält.

Zerschlagung 4 unter Mitwirkung sozialer Pflichtversicherungen des Klägers ohne Versicherungsleistung seit 2010
Die vorgelegte Zwangsmassnahme des Klägers zeigt deutlich, dass der Kläger, der seit 2010 keine Versicherungsleistung mehr erbringt, nur noch zerschlagen möchte, um letzte Einnahmen aus den Überresten eines zerschlagenen Opfers generieren zu können.
Sieh Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Zu 33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenvericherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können. Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Metmmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Dies ist nur eine grobe Übersicht über Erlebnisse, die man nicht vergißt.
Es wäre nachvollziehbar, wenn endlich das grundgesetzlich zustehende rechtliche Gehör für Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen auch zugestanden wird und mit logischer Priorität vorgezogen wird: Sieh Zerschlagungen 1,2 und 3.
Der Vorwurf „Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010“ ist in vollem Umfang begründet, solange kein rechtliches Gehör für die Zerschlagungen 1 und 2 (sieh aktuelle Verfassungsbeschwerden in Anlage BVG-01 und BVG-02) zugestanden wird.

Je schwächer dieser Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Ein Sozialstaat, der weiter zerschlagen will, weil Bürger durch politisch motivierte Zerschlagung**en** mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe in Altersarmut gezwungen wurden und trotz erdrückender Beweislage in verfassungswidriger Weise kein rechtliches Gehör erhalten, ist ein Unrechtsstaat, der schon längst seine Glaubwürdigkeit verloren hat.

Binsenweisheit: **Vorrang** haben Gerichtsverfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz, damit Bürger mit einem vorzeigbarem Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleiustungen für Deutschland, auch wieder ihre Sozialbeiträge bezahlen können.

In der Verhandlung vor der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Krankenversicherung im März 2015 mußte das Opfer dieser Versicherung erleben, wie ein schriftlich Bevollmächtigter dieser Versicherung keinerlei Ahnung hatte und ohne Unterstützung durch die vorsitzenden und beisitzenden Richter nur auf Kosten des Opfers verhandelt hätte.
Zeugin: Rechtsanwältin Grusche Insa Goldhammer, Hopfgarten Rechtsanwälte, Ohligsmühle 11, 42103 Wuppertal

In Anbetracht dieser Ausführungen ist es nicht hinnehmbar, wenn die Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, aufgehoben wird. Sieh Schreiben des Sozialgerichts vom 26.02.2017 (eingegangen am 04.03.2017)

Daüber hinaus wird vom Beklagten beantragt, dass von der Klägerin sämtliche Zwangsmassnahmen unverzüglich eingestellt werden: Sieh
Anlage OVG-04.
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)

Der Kläger hat mit der eingeleiteten Zwangsmassnahme endgültig seine Reputation als seriöser Versicherer verloren. Anwaltliche Unterstützung ist unverzichtbar in Anbetracht der beschriebenen Vorgänge.

Der Beklagte beantragt Prozesskostenhilfe für ein rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Der Beklagte geht davon aus, dass
rechtliches Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut nur realistisch ist, wenn die Schadenersatzverfahren an der 2. Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal abgeschlossen sind. Bis zu diesem Zeitpunkt ist Stundung und Volstreckungsschutz unverzichtbar. Bis heute hatte das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen keine Chance, die erzwungene Altersarmut abzuwehren.

Der Beklagte ist aufgrund der extremistischen Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 2010 gezwungen, **Pfändungsschutzkonten zu benutzen.**
Der Beklagte war gezwungen, einstmals ansehnliche Altersrücklagen aufzulösen, um verheerende Folgewirkungen der politisch motivierten Zerschlagungen zu überstehen: nur 1 Beispiel. in beiliegender **Anlage DEBEKA-05**
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können.

Der Beklagte hat bei der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal die Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden gemäß Anlage BVG-01 und BVG-02 beantragt. Sieh Anlage LGW-06.
Dementsprechend hat der Verhandlungstermin keinen Sinn.
Der Beklagte beantragt zumindest vorläufige Verschiebung des Verhandlungstermins.

Velbert, 12.März 2017

Albin L. Ockl

Anlagen in diesem Schriftsatz:

Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz
an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Ppflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits füher als **Anlage3** zugesandt.

Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen Debeka-Mitgliedschaft seit 1968

Anlage2: Weitere Debeka-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung

Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge

Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge

Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf

Anlage7: Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf

Anlage8: Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage9: Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage10: Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)

Anlage11: Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)

Anlage12a / 12b: Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können

Anlage13a / 13b: Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger

Anlage 14: Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011

Anlage 15: Presseinformation zu
Von Ground Zero zu Ground Zero:
Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.
Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht, höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf

Anlage16: Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den Kläger
Anlage17: Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen wurde
Anlage18: Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden Statements in einem 3-Zeiler
Anlage19: Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)
mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

Legende des sozialgerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)

Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:
Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:
Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten
Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Veranwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden
Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
(Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der
Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenvericherung bei DEBEKA mit stattlichen
Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch
motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am
Amtsgericht Metmmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich
erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit
körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen
Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei
ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen
wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes
Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert
Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer
Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne
Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen
generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen
Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller
anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene
Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
39.Kammer
S 39 P 231/12

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

26.April 2017

Aktenzeichen **S 39 P 231/12**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen)

Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Hier: Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Zu 34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und:
Nicht nachvollziehbare, diskriminierende Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

Der Betroffene, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung, hat mit Schriftsatz vom 12.März 2017 Stellung genommen zum Stand juristischer Anstrengungen zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs seit 2010 in den Kapiteln 30 bis 33 (139 Seiten inkl. Anlagen):

Kapitel 30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Kapitel 31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Kapitel 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Veranwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Kapitel 33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenvericherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Metmmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt

Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, der Sozialethik rücksichtslos dazu missbraucht, um an der Zerschlagung einzelner Versicherungsnehmer teilzunehmen mit dem Ziel, finanzielle Vorteile aus der Zerschlagung zu ziehen, obwohl er seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt.
Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, für den Individualethik keinerlei Stellenwert hat. Der Kläger kennt kein moralisches Handeln. Obwohl der Kläger als Beteiligter ausführlich informiert ist, hält er es für angebracht, an den politisch motivierten Zerschlagungen des Betroffenen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker mitzuwirken, ohne eine einzige Versicherungsleistung zu erbringen. Seit 7 Jahren. Das ist eine Spitzenleistung von unmoralischem Handeln.
Es geht um Versicherungsleistungen an
Angehörige der Kriegsgeneration 1941,
die Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben und Opfer einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung und der bayerischen Staatsregierung geworden sind,
an denen der Kläger bis 2010 hervorragend verdient hat und und nun mit der finalen Zerschlagung den letzten Schnitt machen will.

Siehe
Zerschlagung 4, Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt.

Zu 35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Der Betroffene ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:
Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Betroffener (Zerschlagung 6)
Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Der Kläger ist nicht nur an Zerschlagung 4 beteiligt, sondern auch an Zerschlagung 5 als Zeuge (sieh Anlage STA-03 sowie Kapitel 30 im Schriftsatz vom 12.März 2017)
sowie als Vollstrecker mit Missbrauch von Staatsgewalt (Sieh Anlage OVG-04 im Schriftsatz vom 12.März 2017 und OVG-04a in diesem Schriftsatz)

Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben

Parallele Zwangsmassnahmen des Klägers hat das Opfer mit Schriftsatz vom 15.April 2017 an den Obergerichtsvollzieher (Vollstreckungsgericht Velbert) zum 2.Mal zurückgewiesen: Sieh Anlage OVG-04a):
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe: Frontalangiff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte.

'

Staatshaftung für Forderungen einer Pflichtversicherung, deren Höhe zudem strittig ist, weil sie seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
für Angehörige der Kriegesgeneration 1941 (Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit nachgewiesenen, lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland)

Kostenhaftung hat ausschließlich der staatliche Angreifer und nicht das Opfer mißbräuchlicher Staatsgewalt. Widerstand ist Grundrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (wiederholter Hinweis an das Vollstreckungsgericht auf Art.20 Abs.4 GG)
Unbestreitbar ist zusätzlicher Anspruch des Opfers auf Schmerzensgeld wegen psychischer Zerschlagung mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt (Schadenersatz für immaterielle Nachteile).

Der Kläger ist als Zeuge beteiligt an Zerschlagung 5 mit
massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5).

Der Beklagte hat bei der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal die Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden gemäß Anlage BVG-01 und BVG-02 beantragt. Sieh Anlage LGW-06 im Schreiben vom 12.März 2017
Dementsprechend hat ein Verhandlungstermin derzeit keinen Sinn.
Der Beklagte beantragt zumindest vorläufige Verschiebung des Verhandlungstermins.

Velbert, 26.April 2017

Albin L. Ockl

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage OVG-04a
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und
15.April 2017 gegen parallele Zwangsmassnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 12.März 2017:

Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl.Anlagen, umfangreiche
Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-
nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE
2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl.Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines
verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines
Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung
seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders > > >

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz
an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmassnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Ppflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits füher als **Anlage3** zugesandt.

Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen Debeka-Mitgliedschaft seit 1968

Anlage2: Weitere Debeka-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung

Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge

Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge

Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf

Anlage7: Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf

Anlage8: Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage9: Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf

Anlage10: Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)

Anlage11: Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)

Anlage12a / 12b: Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können

Anlage13a / 13b: Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger

Anlage 14: Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011

Anlage 15: Presseinformation zu
Von Ground Zero zu Ground Zero:
Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.
Rechtstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht, höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf

Anlage16: Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den Kläger
Anlage17: Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen wurde
Anlage18: Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden Statements in einem 3-Zeiler
Anlage19: Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)
mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

Legende des sozialgerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung
der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:
Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:
Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtsschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren
seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten
Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwatschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit
exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsoientierten Mittelstand unter Veranwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden
Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
(Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der
Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenvericherung bei DEBEKA mit stattlichen
Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch
motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am
Amtsgericht Metmmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich
erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit
körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen
Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei
ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen
wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes
Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert
Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer
Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne
Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen
generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen
Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller
anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene
Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > Siehe oben
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
39.Kammer
S 39 P 231/12

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

23.Nov. 2018

Aktenzeichen **S 39 P 231/12**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen)

Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer
Kein Weiter so!
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Hier: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.11.2018 Sonnabend), Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG**.**

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes: Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.

Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
<u>politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto</u>
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

In Kopie an:
Bundesverfassungsgericht
(Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18)
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Zu 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes: Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Mit Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf wurden detaillierte Ausführungen über 164 Seiten erstellt:

Kapitel 30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Kapitel 31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer rechtsbeugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit
exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

Kapitel 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer
gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden
Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im
innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen
Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration
1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben
Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Kapitel 33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des
klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
(Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der
Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen
Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch
motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am
Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich
erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit
körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen
Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei
ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen
wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes
Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert
Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer
Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA

22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Kapitel 34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung:
Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers

Kapitel 35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen

Zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Die Anhörungsrüge wegen extrem massivem Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG ist ein zutreffendes Rechtsmittel gegen den Gerichtsbescheid wegen:
Spitzenleistung diskriminierende Anhörungs-Resistenz
unter Vortäuschung und Verhinderung von rechtlichem Gehör, das nicht stattgefunden hat,
unter Hinweis auf "Bußgeldbescheide", mit denen **nicht** stattgefundene Verkehrsordnungswidrigkeiten mit Bußgeldbescheiden geahndet wurden,
in rechtswidrigen, schikanierenden, Menschenrechte verletzenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011,
mit einer verabscheuungswürdigen Treib- und Hetzjagd einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, von der wiederholt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft ausgeführt wurde,
zur nachhaltigen Durchsetzung einer kriminellen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung einer seit 1998 regierenden Generation
mit Weisung an eine skrupellose, diskriminierende Staatsanwaltschaft
in Kumpanei mit einem willfährigen Versicherungsträger, der sich für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt anstatt soziale Sicherheit zu gewährleisten.

Zu 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit
als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.
Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher: **Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gerichtlich beantragt:**
beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)
mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts wurden persönlich und amtlich darüber informiert.

☹ **Warum schweigt der deutsche Bundespräsident? 23 Wahrheiten gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens.**

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 bis 2005.
Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter **Bundeskanzlerin Angela Merkel**.

Der Beklagte ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) nach einer staatlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012).

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist.
Nur die Wahrheit zählt für seine Vergangenheitsbewältigung.

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung der Zerschlagungsopfer mit Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa:
Ergebnis einer
heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.
Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war nur rechtswidrig, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes durch massive Verstöße gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).
Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Anlage Presseinformation Nr.8 Seite 2.

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:
> Der Deutsche Bundespräsident schweigt
> Die Bundeskanzlerin schweigt
> Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt
> Der beklagte Freistaat Bayern schweigt
> Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,
letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperre festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer heimtückischen Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**
Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Zweites Schreiben vom 25.Juli 20182018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.
Das Zerschlagungsopfer:
"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder nach seiner Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."
Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.
Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:
Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit als
Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.
Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. **Seitdem schweigt auch die Bundeskanzlerin**
So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute.

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000
Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)
Fortsetzung: Sieh Wahrheit 11.

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft
Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel.
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden. Sieh Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag bis heute ohne jede Chance).
Nachhaltige Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens seit 1998 über die verschwiegene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute,

nachhaltig
mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung,
mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,
das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und
das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.
Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater ohne Subventionen aufgebaut und
in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat
Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).
Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.
Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:
Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit . Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt umgesetzt wurde:
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes
in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich eingeplant),
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe. Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, mehrfacher Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .
Politisch erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung.ist das Werk bundesweit tätiger, skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens
Hasskriminelle Eskalation: Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Düsseldorf: **Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf**
Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.
> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Berlin:**Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute!**
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf **50 Mio €** geschätzt.
Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf **38 Mio €** berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.
Der Verlust eines Menschenlebens ist nicht zu ersetzen. Selbst mehrfache Anträge auf schnelle Härteleistungen werden von einem Bundesamt für Justiz zurückgewiesen, weil es lieber Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör vollstrecken möchte.

<u>Wahrheit 11</u>: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Wahrheit 06).
Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen.

Warum? Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum,
mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa,
sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine **attraktive Zerschlagungsmasse**, ihre Zerschlagung war der Schlüssel zur Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche
(**"Autokanzler" Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer**).
Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich,
nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag,
desaströs für die Digitalbranche und die gesamte Wirtschaft, weil dem Monster-Markteingriff ruinöse Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze zwangsläufig folgten,
desaströs für den "Auto-Kanzler", der damit sein vorzeitiges Regierungsende herbeiführt hat,
desaströs für viele Arbeitnehmer(innen), die ohne ihr Verschulden ihren Arbeitsplatz verloren haben und mit HARTZ IV und Agenda 2010 dieses Desaster ertragen mußten,
desaströs für das Zerschlagungsopfer, weil sein Lebenswerk trotz Weltklasse-Höchstleistungen zerstört wurde und
eine nachfolgende Bundeskanzlerin keine Staatshaftung und keinen Wiederaufbau trotz hervorragender Kompetenz des Zerschlagungsopfers zulassen wollte,
nur eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens, mit der die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen wurde,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Sendekanal Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
unter Verantwortung der regierenden Generation:
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Kurt van Haaren, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE´93: "**Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost"**
Das Zerschlagungsopfer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte auf der ONLINE'98 :**"Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten"**.
Das Zerschlagungsopfer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.
Kurt van Haaren hat die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen, er hat sich in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein **Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet** und im Januar 2007 erfolgte seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft) entstand im März 2001 durch Zusammenschluss von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV). Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung.**
IG Metall (größte Gewerkschaft) vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche.** Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.

Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit **"Autokanzler" Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften
Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall,
weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde.
Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder
linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmiertexten und Sprech-Chören:
"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"
während der Rede von
Dr.-Ing. Roland Mecklinger, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE ´84 in Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111

Sieh durchschnittliches ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%,
der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:
Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel: Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz
Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde.**

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >
> > > http://www.euro-online.de
(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.
In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.
Einer heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier
ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen **Unternehmens-Genozid** zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

Wahrheit 14: **Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung mehr entziehen: Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt.**.
Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr,
nicht weil sie so gut sind, sondern
weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben.

Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde sogar das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, sieh Wahrheit 02).
Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.
Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert)
mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippen**zerschlagung in Fortsetzung seit dem 2.Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft recherchiert und umgesetzt.
Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CEBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.
Rundfunksperre des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden.

Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen in 2003 mit Unterstützung der Bundesregierung eine schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,
die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet.
Sieh Wahrheit 09 oben:
Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat, zweimal mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:
Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, ausgetrickst mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.
Zweimal Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.
Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an **Bundesminister und Staatssekretäre:** Ohne Beantwortung.
Die **Bundeskanzlerin ist dafür verantwortlich.**
Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut: **ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse**, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunksperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.

Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung
Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem
diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft,
mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,
mit psychischer Folter,
mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010 **soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.
> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss Pfändungsschutz-Konten benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überleben zu können
> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.
Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist für qualifizierte Anwälte abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten nur unglaublich staunen,
alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1.Instanz begründet wurde.
Polizisten verhöhnen Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich **deutsche Justiz für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies**

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden für das noch lebende
Zerschlagungsopfer.

Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier,** die Umsetzung der desaströsen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Wahrheit 18: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern
Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung
Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, nicht nur bei Weltklasse-Höchstleistungen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung)

Politisch motivierte Kumpanei, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften,
hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und perverser Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsopfer,
mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.

Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer miserablen Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist
und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen, damit endlich Transparenz hergestellt wird.
Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunksperre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar.
Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine Aufgabe der deutschen Justiz, um jahrelange Unterdrückung der Gerechtigkeit zu beseitigen.

Wahrheit 19: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts anstatt grundgesetzlich möglicher Enteignungsverfahren.
Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation
Verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz
Zeitgleiche Anhörungsrüge an das Amtsgericht Velbert und parallele Zwangsmaßnahme ohne Bescheidung der Anhörungsrüge im laufenden Beschwerdeverfahren gegen den Pfändungsbeschluss des Amtsgerichts

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsopfer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsopfer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung rechtsstaatlicher Enteignungsverfahren.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden
ist Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:
> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Einfach nur verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren ohne vorgeschriebenen Rechtsanwalt am **Bundesverwaltungsgericht in Leipzig** trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung), mit Übernahme der Zwangsmaßnahme anstatt beantragter Härteleistung durch das Bundesamt für Justiz
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 18.Aug.2016 und 15.Jan.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)

<u>Wahrheit 20</u>: Kein Weiter so!
Wiederholte Anträge an den Verwaltungsgerichten
auf sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen,
auf angemessenen Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung,
auf Rehabilitierung mit professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
<u>Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung</u> des Bundespräsidenten wegen des Verdachts der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes

Sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen, die wegen staatlich erzwungener Altersarmut nicht mehr bedient werden können, sind ohne weiteres finanzierbar, beispielsweise aus den
<u>milliardenschweren Strafen gegen Automobilunternehmen</u> im Zuge des globalen Autoabgas-Skandals. Automobil-Unternehmen haben aus der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 große Vorteile gezogen.
Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher Justiz, wenn die Opfer für verheerende Folgewirkungen einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik verantwortlich gemacht werden und für Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz rechtliches Gehör vorgetäuscht und versagt wird und die Zerschlagungsopfer zusätzlich einer sozialen und psychischen Zerschlagung unterzogen werden.
Ein Rechtsstaat muss nach 20 Jahren Unrecht endlich in der Lage sein, politisch motivierte Kumpanei mit Auto-Unternehmen und Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes juristisch aufzuarbeiten. Dies umso mehr, indem deutsche Auto-Unternehmen einen globalen Abgas-Skandal inszeniert haben und Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht haben.

Der Antrag auf Immunitätsaufhebung gegen den heutigen Bundespräsidenten ist unumgänglich,
weil er **Teil der Mauer des Schweigens** über eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik geworden ist, die endlich eingerissen werden muss,
weil der Verdacht der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften und Auto-Unternehmen u.a. unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes und einer daraus resultierenden politisch motivierten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd unschuldiger Opfer bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin trotz Weltklasse-Höchstleistungen.für Deutschland und Europa nicht mehr zurückgewiesen kann.

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

<u>Wahrheit 21</u>: Kein Weiter so!
Zwei politisch motivierte Todesopfer in
2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel:
Keine Schicksalsschläge, sondern grober Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung

Das NSDAP-Netzwerk wurde nach Kriegsende 1945 nicht aufgelöst, sondern durch flüchtige NSDAP-Mitglieder aus dem angrenzenden Sudetenland am Geburtsort der Zerschlagungsopfer eher verstärkt. Alte Feindschaften zwischen NSDAP-Mitglieder, die in Verwaltungsmanagement und Verwaltungsjustiz tätig wurden, und NSDAP-Nicht-Mitgliedern wurden so zum Nachteil der Nicht-Mitglieder sogar verstärkt.
Der Vater der Zerschlagungsopfer war als Inhaber und Betreiber eines lebenswichtigen, voll automatisierten Mühlenbetriebs einer sog.Kunstmühle mit Turbinen-Antrieb, der Themenreuther Mühle, ebenfalls vom Wehrdienst freigestellt, obwohl er **kein** NSDAP-Mitglied war. Er wurde jedoch vom Vater und Großvater des Nachbarn des verstorbenen Zerschlagungsopfers beim NSDAP-Ortsbauernführer denunziert, weil er immer wieder an notleidende Bittsteller Mehl abgegeben hat. Bei Kriegsausbruch wurde Brot rationiert, wobei die Rationen während des Kriegs nach und nach abgesenkt wurden. Nach Denunzierung durch seinen Nachbarn in 1942 wurde die Wehrdienst-Befreiung in 1943 aufgehoben, er wurde eingezogen und ist 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft in der Ukraine verstorben (1.Todesopfer). Er hinterließ die eingeheiratete, junge Mutter der Zerschlagungsopfer, mit einer Landwirtschaft und einem modernen Mühlenbetrieb.

Das lebende Zerschlagungsopfer ist zudem einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012, 2.Todesopfer), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).
Der Verstorbene war als Anerbe eines alteingesessenen Müllergeschlechts Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA u.a.), und Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

> Sieh Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung. **Hier werden Menschenrechte eingefordert.**
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, zweimal Zerschlagung seiner deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort.
Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Kein Weiter so! Sieh Wahrheit 22 und 23.
☹ **Warum schweigt die deutsche Bundeskanzlerin?**
☹ **Warum schweigt das beklagte Bundeskanzleramt?**
In und seit 2005 hätte die **Bundeskanzlerin** den Schaden einer asozialen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik abwenden kmüssen. Von der Zerschlagungspolitik hat die deutsche Automobilbranche am meisten profitiert und mit einem weltweiten Abgas-Skandal "zurückgezahlt".

Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin, mit Bundesminister und Staatssekretäre im Verteiler,
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 43)

Es geht um kapitale Vermögensschäden in 2stelliger Millionenhöhe, um öffentliche Rehabilitierung nach Rufmord am Wohnort und am Geburtsort trotz Weltklasse-Höchstleistungen, **dokumentiert**
in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden und Schadenersatz für bundesweite Sippenzerschlagung einschließlich Schmerzensgeld für Zerschlagung der deutschen Heimat.
Die Gesamtverantwortung liegt beim Bundeskanzleramt. Das Bundeskanzleramt ist verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung.
Sieh aktuelle Verfassungsbeschwerden:

Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein *teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:*
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22, Zerschlagung 5) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23, Zerschlagung 4)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014
Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018
trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitrupp mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf
Scroll down after link (page 29).

Zu 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Diese Congressmessen sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China,
Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der

Hamburger Kongresslandschaft bewusst." **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochschule Fulda,
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof.Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/1996.htm

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post / Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering, Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis 2003, in 2018 Leiter eines Crash-Kurses für Digitalisierung für die Bundeskanzlerin mit der kompletten Bundesregierung
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > **http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf**
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren
Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung,
ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub,

in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,
über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
mit der Telekommunikation als Innovationstreiber.

Zu 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Das Zerschlagungsopfer hat ein rechtsstaatliches Verfahren beantragt gemäß Kapitel 33 im Schriftsatz vom 12.März 2017. Statt dessen erhält es den Gerichtsbescheid eines Einzelrichter(in)-Verfahrens mit totaler Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zu einem detailliertem Vortrag über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfers. Dies ist ein **äußerst massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG.**

Darüber hinaus wird die Beschreibung des Tatbestandes im Richterbescheid so verfälscht mit dem Ziel, mit Versagung von rechtlichem Gehör in Verbindung mit verfälschtem Tatbestand eine **Rechtsanwendung von §105 SGG zu rechtfertigen. Ein derartiger Missbrauch von richterlicher Gewalt ist als kriminelle Rechtsbeugung nach §339StGB zu bestrafen.**
Eine Rechtsanwendung von §105 SGG mit Versagung von rechtlichem Gehör und mit Vortäuschung, Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör ist **verfassungswidrig. Die unnötige Aufteilung der Rechtsprechung auf Gerichtsbescheid und Prozesskostenhilfeverfahrens-Beschluss ist nicht nachvollziehbar und wird daher zurückgewiesen, weil nur die Schädigung des Opfers Zielsetzung ist.** Auch bei Ablehnung einer Prozesskostenhilfe ist ein beantragtes rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten.

Entgegen der Darstellung des Tatbestandes sind die Beiträge zur privaten Pflegeversicherung **nicht** bestritten. Die Beiträge wurden bis einschließlich Dezember 2009 bezahlt. Es werden sogar Zahlungen in Höhe von 387,76 (Sept.2009 bis Dez.2009) bestätigt. Es geht jedoch nicht nur um den Zeitraum **Januar 2010** bis November 2011, sondern darüber hinaus **bis heute**.

Der Fisch stinkt hier vom Kopf her: Im Fischkopf ist das leicht verderbliche Gehirn. In der Politik sagt man dies, wenn die politische Führung kapitale Fehler macht und nur noch mit Hängen und Würgen den dringenden Reformstau vergrößert. Daher war das Zerschlagungsopfer gezwungen, die Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten gerichtlich zu beantragen:
Sieh Kapitel 37: **Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gerichtlich beantragt:**
beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)
mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und
mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Entgegen der Falsch-Darstellung des Tatbestandes sind es **nicht** die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern deren Menschenrechte verachtende3 Missbrauch für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer einer kriminellen Treib- und Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwälte in Verbindung mit kapitalen Vermögensschäden bis zur kompletten Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen. Dies war im Jahr 2010 der Fall. Das lebende Zerschlagungsopfer war gezwungen, die Beitragszahlung zu sozialen Pflichtversicherungen nach 2009 einzustellen. Dies war der Zeitpunkt für eine skrupellose Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung zu toppen.
Sieh Wahrheit 16:
Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut:
ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse (auch heute noch im 78.Lebensjahr), seitdem
ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunksperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist,
seitdem Nutzung eines Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Eine diskriminierende, rechtliches Gehör versagende Darstellung des Tatbestandes: "wegen der Einzelheiten wird auf die umfangreichen Schriftsätze des Beklagten Bezug genommen". Diese Einzelheiten: Sieh
Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit einer irreführenden und miserablen Begründung:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Das Todesopfer und das lebende Zerschlagungsopfer haben **diese sog. "Einzelheiten" ertragen und aushalten müssen.** Wenn die Immunitätsaufhebung eines Bundespräsidenten gerichtlich beantragt wird, gibt es Erklärungsbedarf. Eine Einzelrichterin ist der Meinung, solche ungeheuerlichen Vorgänge als "Einzelheiten" trotz ihrer entscheidungsrelevanten Bedeutung für den Gerichtsbescheid unterdrücken zu können.

Die Einzelrichterin will ihren Gerichtsbescheid in der Tatbestand-Beschreibung auch damit rechtfertigen, dass mehrfach Bußgeldbescheide gegen das Zerschlagungsopfer ausgestellt wurden, wohlgemerkt von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die für die unterdrückten "Einzelheiten" verantwortlich ist, und sie verweist beispielhaft auf das Urteil des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013, Az.33 OWi 923 Js 1396/12-12/13. Dieses Urteil ist tatsächlich ein Freispruch: **"Der Betroffene wird auf Kosten der Staatskasse, die auch seine notwendigen Auslagen trägt, freigesprochen"** ! (Anlage SGD-2018-01)

Gemäß Sozialgerichtsgesetz §105 Abs.1 Satz 1: "Das Gericht kann ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden, wenn die Sache **keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art** aufweist und der Sachverhalt geklärt ist."

Besondere und gravierende Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art sind jedoch definitiv vorgegeben,
weil die politische Führung von Deutschland in eine Menschenrechte verachtende, perverse Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit einem Todesopfer und mit kapitalen Vermögensschäden
bis zur erzwungenen Altersarmut mit Nutzung von Pfändungsschutzkonten
verstrickt ist,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Darüber hinaus ist klarzustellen, dass nicht allein der
heutige Bundespräsident die Verantwortung für die Menschenrechte verachtende, perverse Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik zu übernehmen hat, weil von der
amtierenden Bundeskanzlerin die Zerschlagung bei Amtsantritt in 2005 hätte verhindert werden müssen, statt dessen:. Sie hat diese Zerschlagung nachhaltig fortgesetzt und verfestigt.
Dies ist Gegenstand des seit 2011 laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Berlin.

Aufgrund der absichtlichen Unterdrückung und diskriminierenden Versagung von rechtlichen Gehör mit einer unerträglichen, diskriminierenden Abwertung einer politisch motivierten Sippenzerschlagung in "Einzelheiten",
aufgrund der absichtlichen Unterdrückung einer mündlichen Verhandlung zur Erläuterung unsäglicher "Einzelheiten" (Anlage SGD-2018-02)
aufgrund der verfälschenden Darstellung des Tatbestandes und
aufgrund der Versagung des beantragten rechtsstaatlichen Verfahrens (kein Einzelrichter-Verfahren) zur Durchsetzung einer strafbaren Rechtsbeugung mit Richterbescheid:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

Mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a wird zusätzlich die Möglichkeit gegeben, **die Strafbarkeit einer**
kriminellen Rechtsbeugung nach §339StGB abzuwenden

Zu 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

In Anbetracht der extremistischen Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen zu bundesweiter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd der Zerschlagungsopfer bis in den Tod und in die politisch erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto zum Zwecke des Überlebens
hat das noch lebende Zerschlagungsopfer längst beantragt:
Sofortige Härteleistung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen mit vorrangigem Ausgleich von
> Rundfunkgebühren (Zerschlagung 3 unter Verantwortung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Verwaltungsgericht Düsseldorf)
> Sozialen Pflichtversicherungsbeiträgen (Zerschlagung 1 und 2 unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung, Verwaltungsgericht Berlin)

In Anbetracht kapitaler Schäden in Höhe von 2-stelligen Millionenbeträgen (Menschenleben nicht bezahlbar) mit Zwang zur Altersarmut und Benutzung von Pfändungsschutzkonto ist es eine perverse Annahme (sieh Wahrheit 17: **Maßlose Pervertierung**),
monatliche Beiträge entrichten zu können und
Nachzahlungen in 2-stelliger Tausenderbeträge und die Kosten von horrenden Zwangsmassnahmen schultern zu können und auch noch parallele Gerichtsverfahren mit zusätzlicher Internet-Dokumentation einer erdrückenden Beweislage führen zu können.
Der Verfolgungswahnsinn skrupelloser Staatsanwälte, mit dem
Opfer zum Täter gemacht werden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa, ist endlich zu beenden

Der Versicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, auch nicht für Krankenversicherung, wird seit 2010 laufend über den Stand der juristischen Auseinandersetzungen informiert.
Trotzdem beteiligt er sich an der jüngsten Eskalation der sozialen Zerschlagung (Zerschlagung 4, Wahrheit 23/Kapitel 37) und psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5, Wahrheit 22/Kapitel 37) mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Verfahren, mit weiterer Freiheitsberaubung und psychischer Folter.

Hier ist der Versicherungsträger längst zum Täter geworden, der für die entstehenden Kosten zur Verantwortung zu ziehen ist.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur politisch erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto ist das **Werk skrupelloser Staatsanwälte,** deren Unterstützung vom Versicherungsträger zu verantworten sind:
> rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit ständig zurückzuweisenden, rechtswidrigen Bußgeldbescheiden mit mehrfacher Eskalation zu
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter
> neue Gerichtsverfahren mit neuen Rechtsanwälten

Die letzte **Freiheitsberaubung mit psychischer Folter** erfolgte offensichtlich in Abstimmung mit dem Sozialgericht zwischen dem letzten **Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf (Kapitel 36)**
und dem Gerichtsbescheid vom 07.11.2018:
Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018
trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)
unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitrupp mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal trotz laufender und anschließender Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf
Scroll down after link (page 29).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf

Am Morgen des 14.Juni 2018 um 7.30 Uhr standen 4 Personen in Polizei-Uniform vor der Tür und verlangten ungestüm Zugang, weil sie einen Haftbefehl hätten. Das Opfer hat sie aufgefordert, den Haftbefehl im Posteinwurf einzuwerfen, damit es Einsicht nehmen könnte. Die Einsichtnahme wurde verweigert.
Der 4-Mann-Polizeitrupp umstellte das Haus und terrorisierte das Opfer durch die vorhandenen Fenster. Das Opfer, **Rentner im Alter von 77 Jahren**, war im Schlafanzug beim Frühstück, stand unter Schock, hat alles verriegelt, was .zu verriegeln war.

Mit dieser Maßnahme war es ihm aber möglich, genügend Zeit zu gewinnen, um den fertigen, **ersten Brief an den Bundespräsidenten** am Morgen des 14.Juni 2018 per Fax zu übersenden. Der Verfasser hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und über Freiheitsberaubung informiert, aber keine Antwort erhalten:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Weiter: Während er durch das Wohnzimmerfenster einem angeblichen Polizisten erklärte, dass hier Missbrauch von Staatsgewalt vorliegen müsse, indem es den Haftbefehl nicht einsehen konnte, wurde es von 2 Polizisten von hinten überfallen und sofort die Hände mit Handschellen auf dem Rücken fixiert. Die beiden gewalttätigen Polizisten waren mit Hilfe eines Schlüsseldienstes (5.Person) in die Garage eingedrungen und so durch den Treppenaufgang in das Wohnzimmer gelangt. Eine Einsichtnahme in die Belehrung des Haftbefehls wurde ihm nicht ermöglicht. Das schockierte Opfer wurde im eigenem Haus im Schlafanzug abgeführt.
Das Opfer, 77-jähriger Rentner im Schlafanzug, das keinen physischen Widerstand geleistet hat, forderte Respekt vor einem überfallenem Rentner ein mit Hinweis auf **Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes** (Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt). Ein gewalttätiger Polizist: **"Das ist das Grundrecht auf Gefangennahme".**

So wird das Grundgesetz von gewalttätigen Polizisten in der Praxis **verhöhnt.** Ein Polizist photographierte von der Terrasse aus mit seiner Handy-Kamera den rückwärtigen Bereich des umfriedeten Grundstücks. Das Recht auf Datenschutz, jetzt mit viel Öffentlichkeitsarbeit europaweit aktualisiert und verkündet, ist in Velbert noch nicht angekommen.
Das gesamte Grundstück ist umfriedet mit Zaun, mit gemauerten Torpfosten an der Hofeinfahrt. Die Umfriedung ist verstärkt mit Büschen und Bäumen. Das Polizei-Auto hatte keinen Grund, die Zufahrt in der Hofeinfahrt zu erzwingen. Beim Abtransport des fixierten Rentners ist das Polizeiauto die Hofeinfahrt des Privatgrundstücks weiter abwärts gefahren bis zur Garage, anstatt rückwärts auf die öffentliche Straße, hat am Ende der privaten Hofeinfahrt gewendet und ist über die private Hofeinfahrt zur Polizeiwache und anschließend zur JVA in Wuppertal gefahren.

Es geht hier um schweren Missbrauch von Staatsgewalt und daher um **schweren Hausfriedensbruch mit Rufschädigung in der Nachbarschaft.** Der 4-Mann-Polizeitrupp wurde angeführt von einem angeblichen **Polizei-Hauptkommissar Thomas Körner.** Der Bitte des Opfers nach Überlassung einer Visitenkarte wurde nicht entsprochen

Das fixierte Opfer, bekleidet nur mit Schlafanzug, stand unter schwerer Schockeinwirkung, hat auf einer Kopie des Haftbefehl bestanden, hatte aber keine Gelegenheit zur Kenntnisnahme der Belehrung, weil bei Ankunft in der JVA die Kopie des Haftbefehls abzugeben war. Erst nach Rückkehr aus der Haftanstalt am Samstag nachmittags um 16.00 Uhr hatte das Opfer die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Belehrung. Hier musste es mit Erstaunen feststellen: **Die Belehrung informiert über Rechte in 10 Punkten, von denen außer Punkt 8 kein einziger Punkt erfüllt war.**

Selbst Punkt 7 zur Untersuchung durch einen Arzt wurde nur zum Teil erfüllt, weil das Opfer über Hörbeschwerden klagte und um eine entsprechende Untersuchung gebeten hat. Diese Untersuchung hat nicht stattgefunden, obwohl das Opfer auch in der Haftzelle nochmals darum gebeten hat. Das Opfer war erstaunt über Rechte (10 Punkte), die ihm zugestanden hätten. Offensichtlich wurde eine Kenntnisnahme deswegen absichtlich verhindert.

Bei Zugang in der JVA wurde das Opfer aufgefordert,
sich <u>nackt bis auf die Haut</u> auszuziehen. Es hat den Schlafanzug ausgezogen, hat sich aber geweigert, die Unterhose auszuziehen, weil dies für ihn entwürdigend war. Es verbrachte den ganzen Vormittag im Schlafanzug bis nach dem Mittagessen in einer Art Ausnüchterungszelle in einem unzumutbaren Zustand. Vorder- und Rückwand dieser Zelle bestanden aus vergittertem Glas, sodass Einsicht von allen vorbeikommenden Personen möglich war. Die Seitenwände hatten tiefe Schlaglöcher und waren beschmiert mit Sprüchen wie "Fuck you Wuppertal", "Tod den Deutschen", "Daniel Cibis ist ein Kinderficker" und weitere in nicht verständlicher Fremdsprache.
Es wurde in dieser Zelle von einem Herrn Rommel, der sich als Leiter der Zugangsabteilung vorstellte, verhört, weil sich das Opfer nicht nackt ausziehen wollte. Der JVA-Leiter hat ihm verdeutlicht, dass er auf Empfindlichkeiten einzelner Gefangener nicht Rücksicht nehmen könne.Tatsächlich ist diese Person Bereichsleiter (JVAI, Justizvollzugs-Amtsinspektor mit Verantwortung auch für die spätere Unterbringung). Das Opfer hat in sachlichem Ton darauf bestanden, **sich nicht nackt bis auf die Haut auszuziehen zu müssen.**

Am Nachmittag wurde das Opfer eingeliefert in die Zelle 9.4 (Strafhaft, Absonderung, 15-minütige Beobachtung). Hier musste es erfahren, was **totale Isolationshaft in einer Gefangenenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber bedeutet.**

Das Opfer hat diese Bezeichnung **"indisches Plumpsklo"** geprägt, weil es eine solche Klo-Gestaltung in seinem ganzen Leben nicht gesehen hat. Der Klo-Benutzer muss auf 2 Fußpodesten in Hockstellung sich begeben und dann in ein Plumpsloch von ca. 10 cm Durchmesser zielen. Deswegen hat das Opfer gebeten, die benachbarte Toilette der Etage benutzen zu können. Dies wurde ihm jedoch auf Anweisung des genannten Bereichsleiters untersagt.
Totale Isolationshaft bedeutet keinerlei Kontakt zur Außenwelt, kein Zugang zu Nachrichten, keine Übertragung von der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft, deren Übertragung aus benachbarten Zellen geräuschweise zu hören war oder andere Ablenkungsmöglichkeiten sowie Überwachung im 15 Minutentakt auch nachts mit Einschaltung von greller Beleuchtung. Man beachte: Es geht hier um Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für einen Betrag von 180 € und Umsetzung mit **totaler Isolationshaft in einer Gefangenenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber.**

Wie das gesamte Strafverfahren ist ein solcher Strafvollzug verfassungswidrig, weil es schon gegen die grundgesetzlich vorgegebene Verhältnismäßigkeit verstößt.

Offensichtlich war dieser "Strafvollzug", der gegen Menschenrechte in einem unerträglichen Maße verstößt, von der verantwortlichen Staatsanwaltschaft mit der Polizei und dem Bereichsleiter der JVA abgestimmt. Mit verfassungswidrigen Beschlüssen der 6.Strafkammer wurde dazu die Basis gelegt.
Daher hat das Opfer Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds (180 €) und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld gestellt, bis heute ohne Rückmeldung von der 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal. Dieser Schriftsatz wurde nicht nur dem Bundespräsidenten, sondern auch als Teil von 2 Verfassungsbeschwerden an das Bundesverfassungsgericht übergeben:

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto ist das
Werk skrupelloser Staatsanwälte, mit deren Unterstützung vom Versicherungsträger neue Gerichtsverfahren mit neuen Rechtsanwälten organisiert werden und damit die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung fortgesetzt wird:
Sieh
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von13118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von11786,67 EUR

Die neuen Rechtsanwälte wurden ausführlich informiert über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto

Die neuen Rechtsanwälte wurden ausführlich darüber informiert,
dass vom Zerschlagungsopfer die Beiträge der Pflegepflichtversicherung und der Krankenversicherung nicht bestritten werden,
dass die Beitragsnachzahlungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verrechnen sind, beim Verwaltungsgericht längst beantragt sind und
dass keine Kosten übernommen werden können, die von den Rechtsanwälten verursacht werden.
Die anschließenden Mahnbescheide der neuen Rechtsanwälte wurden zurückgewiesen.

Darüber hinaus:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Verrechnung mit Schadenersatz aus
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto

Sieh auch Anlage OVG-04 zu Kapitel 32 in **Schriftsatz vom 12.März 2017:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde vom 11.Jan.2016 beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf
Kapitel 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Zu 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen
Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht
Daners, nach §60 SGG.

Bundesweite, politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften. Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a in der 1.Instanz des Sozialgerichtes ist unverzichtbar, weil auf Betreiben der Staatsanwaltschaft weitere Vorgänge am Sozialgericht zu erwarten sind.
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für eine miserable Begründung ist verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB.
Das Ablehnungsgesuch nach §60 SGG gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, ist unverzichtbar.

Für die Ausschließung und Ablehnung von Gerichtspersonen gelten die §§ 41 bis 46 Abs.1und die §§ 47 bis 49 der ZPO entsprechend.
Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a erfordert eine begründete Bescheidung.

Der Beklagte ist das Opfer und nicht der Täter. Er ist das lebende Zerschlagungsopfer einer seit 1998 regierenden Generation, die verantwortlich ist für eine
heimtückische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung: Sieh 23 Wahrheiten gemäß Kapitel 37.
Trotz intensiver Bemühungen seit 2010 und
trotz erdrückender Beweislage und
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
wird dem Opfer bis heute rechtliches Gehör für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz versagt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, der Sozialethik rücksichtslos dazu missbraucht, um an der Zerschlagung einzelner Versicherungsnehmer teilzunehmen mit dem Ziel, finanzielle Vorteile aus der Zerschlagung zu ziehen, obwohl er seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt.

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, für den Individualethik keinerlei Stellenwert hat. Der Kläger kennt kein moralisches Handeln. Obwohl der Kläger als Beteiligter ausführlich informiert ist, hält er es für angebracht, an den politisch motivierten Zerschlagungen des Betroffenen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker mitzuwirken, ohne eine einzige Versicherungsleistung zu erbringen. Seit 7 Jahren. Das ist eine Spitzenleistung von unmoralischem Handeln.
Es geht um Versicherungsleistungen an
Angehörige der Kriegsgeneration 1941,
die Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben und Opfer einer gigantischen, heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

An Anspruch und Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren wird erinnert.

Der Betroffene ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1, Verwaltungsgericht Berlin) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3, Verwaltungsgericht Düsseldorf)
unter Verantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4, soziale Zerschlagung)
unter Verantwortung weisungsgebundener, skrupelloser Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte)

Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben

Parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers hat das Opfer mehrfach zurückgewiesen:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sind ein Frontalangriff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte.
Staatshaftung für Forderungen einer Pflichtversicherung, deren Höhe zudem strittig ist, weil sie seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
für Angehörige der Kriegsgeneration 1941 (Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit nachgewiesenen, lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa)

Kostenhaftung hat ausschließlich der staatliche Angreifer und nicht das Opfer missbräuchlicher Staatsgewalt. Widerstand ist Grundrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (wiederholter Hinweis an das Vollstreckungsgericht auf Art.20 Abs.4 GG)
Unbestreitbar ist zusätzlicher Anspruch des Opfers auf Schmerzensgeld wegen psychischer Zerschlagung mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt (Schadenersatz für immaterielle Nachteile).

Eine Fortsetzung von Verhandlungen hat eigentlich keinen Sinn, weil öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile mit Verrechnung von Rückständen und Pflichtbeiträgen an öffentlich-rechtliche und soziale Einrichtungen mit erdrückender Beweislage an den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf beklagt werden.

Velbert, 23.November 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler und Erfinder zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen". Wir wollen diese Congressbände für nachfolgende Generationen im Internet zugänglich machen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband, geplant und ausgeführt haben. Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Laut einer aktuellen McKinsey-Studie ist in Deutschland ein zusätzliches Wachstum durch KI in Höhe von 1,3 Prozentpunkten pro Jahr möglich.
Bis 2030 wird ein globaler Wertschöpfungsbeitrag von 13 Billionen US-Dollar prognostiziert

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im
Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017
am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM
Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von
Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von13118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von
Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von11786,67 EUR

Anlagen im Schriftsatz vom 26.April 2017

Anlage OVG-04a
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und
15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 12.März 2017:

Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche
Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-
nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE
2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz
an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu)
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung,

Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Ppflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Folgende Anlagen wurden bis dato übergeben:

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/LG-WUP-2.pdf
Anlage7: Bestätigung der laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13, aktueller Stand der Verfassungsbeschwerde nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf
Anlage8: Information an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf

Anlage9: Drei Schriftsätze vom 15.01.2013, 12.02.2013 und 11.03.2013 zur laufenden Verfassungsbeschwerde 2 BvR 397/13
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-13.pdf
Anlage10: Unterlagen zum Bußgeld-Verfahren / Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann (Blatt 1 bis 4)
Anlage11: Unterlagen zum Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal / Oberlandesgericht Düsseldorf (Blatt 1 bis 2)
Anlage12a / 12b: Schreiben als Antwort auf ständige Mahnungen mit Hinweis auf Lebensversicherung, die der Beklagte vorzeitig unter Verlust auflösen musste, um die laufenden Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung weiter bezahlen zu können
Anlage13a / 13b: Briefwechsel anlässlich der Einleitung eines bis heute andauernden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann durch den Kläger
Anlage 14: Schriftliche Fixierung des Antrags auf Stundung der Versicherungsbeiträge mit Fax vom 28.09.2011
Anlage 15: Presseinformation zu
Von Ground Zero zu Ground Zero:
Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal in Deutschland.
Rechtsstaatliche Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht, höchstrichterliche Entscheidungen **bis heute verweigert.**
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können.
Nachlesbar in der Internet-Cloud:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1308.pdf
Anlage16: Freispruch des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013 zum Bußgeldverfahren und Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen Nichtzahlung der Beiträge zur privaten Pflegeversicherung mit Zeugenunterstützung durch den Kläger
Anlage17: Mitteilung des Amtsgerichtes Mettmann vom 20.03.2014, dass der Zulassungsantrag der Rechtsbeschwerde von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen wurde
Anlage18: Schreiben der Rechtsanwälte des Klägers vom 15.10.2013 an das Sozialgericht Düsseldorf mit der Spitzenleistung von 2 diskriminierenden Statements in einem 3-Zeiler
Anlage19: Informationen im Schriftsatz vom 12.05.2014 über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel
(Beklagte)
mit Beiladung von Kläger und Beklagten weiterer beteiligter Gerichtsverfahren

Legende des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)

Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz:
Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben:
Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung

30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf
rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren
seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten
Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit
exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates

Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine
Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden
Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
(Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der
Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen
Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch
motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am
Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich
erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit
körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen
Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei
ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen
wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für
Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes
Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert
Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer
Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne
Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen
generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen
Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller
anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene
Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen
Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung
5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt

Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Berufungsgericht zu
S 39 P 231/12 (Sozialgericht Düsseldorf)

Zweigertstraße 54
45130 Essen

08.Dez. 2018

Berufung wegen Anfechtung des Gerichtsbescheides
Az. **S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf**

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Berufung (mit fortlaufender Nummerierung):

42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach
SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der
politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene
Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort
und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der
politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung . . . . .

45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter
Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige
Begründung unterdrückt.

Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes, mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden: Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht

46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,
mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
<u>politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto</u>
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
<u>Nicht zu beklagen, weil nicht strittig</u>: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
<u>Wiederholter Antrag</u>: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Zu 42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach
SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

Der Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit den Kapiteln 36 bis 41 umfasst eine ausführliche Beschreibung mit 49 Seiten (Anlage LSG-01 / 2018):

Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Kapitel 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Kapitel 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

Kapitel 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
<u>politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und</u>
<u>kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto</u>
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

In Kopie an:
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

An die Verwaltungsgerichte Berlin und Düsseldorf wurde der Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit den Kapiteln 36 bis 41 versandt. Auszugsweise:

" . . . Das Zerschlagungsopfer beantragt bei den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf eine angemessene Härteleistung zur
Beendigung der hasskriminellen Eskalation mit psychischer und sozialer Zerschlagung unter Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes:
Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto, organisieren jetzt
> Psychische Zerschlagung:
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter wegen
kapitaler Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft (Zerschlagung 5, Wahrheit 22) und
> Soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit (Zerschlagung 4, Wahrheit 23):
Beklagt wird psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22, Zerschlagung 5) und soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23, Zerschlagung 4)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt).
Zwei politisch motivierte Todesopfer in 2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden sind
2 Tote zu viel: Das sind keine Schicksalsschläge, sondern das Resultat aus Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung und kein Weiter so in einem Rechtsstaat mit Rechtsschutz. . . . **"**

Eine Bescheidung der Anhörungsrüge durch die 39.Kammer ist
nicht eingegangen.
Eine Bescheidung des Ablehnungsgesuchs geschweige den ein anschließendes Befangenheitsverfahren hat **nicht stattgefunden.**
Dem Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren wurde ohne stichhaltige Begründung nicht entsprochen. Ein Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes, mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu schweren Vorwürfen gegen die regierende Generation seit 1998 ist nicht hinnehmbar.

Zu 43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto, mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa. Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt, zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund, einen Grund, den er lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit als Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005.
Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher: **Immunitätsaufhebung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gerichtlich beantragt:**
beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)
mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie der Präsident des Bundesverfassungsgerichts wurden persönlich und amtlich darüber informiert.

☹ **Warum schweigt der deutsche Bundespräsident? 23 Wahrheiten gegen eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens.**

Es geht um seine Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 bis 2005.
Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter **Bundeskanzlerin Angela Merkel**.

Der Beklagte ist nicht nur Opfer einer politisch motivierten Zerschlagung im Zuge einer pervertierten Umverteilungspolitik, sondern diese getoppt mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten, politisch motivierten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines nahestehenden Menschenlebens (Todesopfer) nach einer staatlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012).

Frank-Walter Steinmeier kann sich nicht hinter dem zu respektierenden Bundespräsidenten verstecken, wenn die Stellungnahme zu seiner Vergangenheit erforderlich ist.
Nur die Wahrheit zählt für seine Vergangenheitsbewältigung.

Wahrheit 01: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung der Zerschlagungsopfer mit Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat, soziale Zerschlagung, Rufmord und kapitale Vermögensschäden, trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa:
Ergebnis einer
heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik unter der Amtszeit von Frank-Walter Steinmeier als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)

Wahrheit 02: Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen.
Die Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 war nur rechtswidrig, indem der Innovationsmarkt nachhaltig zerstört wurde, mit verheerenden Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt (Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes durch massive Verstöße gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG).
Der zusätzliche Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine vernichtende Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein skandalöser Frontalangriff auf das Grundgesetz. Sieh Presseinformation Nr.8 Seite 2.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1809.pdf

Wahrheit 03: Die Eskalation zu einer bundesweiten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod ist das Werk einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hinter einer Mauer des Schweigens bis heute ständig neue staatliche Übergriffe produziert:
> Der Deutsche Bundespräsident schweigt
> Die Bundeskanzlerin schweigt
> Das beklagte Bundeskanzleramt schweigt
> Der beklagte Freistaat Bayern schweigt
> Der beklagte öffentlich-rechtliche Rundfunk schweigt,
letzterer hat eine langjährige, bis heute wirksame Rundfunksperre festgelegt zu den ungeheuerlichen Vorgängen einer heimtückischen Umverteilungspolitik, pervertiert zu einer Menschenrechte verletzenden Zerschlagungspolitik.

Wahrheit 04: Das noch lebende Zerschlagungsopfer hat den heutigen Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, **ohne eine Antwort zu erhalten.**
Erstes Schreiben vom 10.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Zweites Schreiben vom 25.Juli 20182018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf
Scroll down after link (page 22)

"Eine Brücke zu bauen, so verstehe ich meine Rolle als Bundespräsident" sind die Worte des Bundespräsidenten in anderen Zusammenhängen.
Das Zerschlagungsopfer:
"Wir wollen eine **Brücke** zum professionellen Wiederaufbau unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (Antrag beim Verwaltungsgericht Berlin).
Wir wollen eine **Brücke** zur öffentlichen Rehabilitierung unserer Sippe einschließlich des Unrechts an meinem Bruder nach seiner Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Klage beim Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf und Landgericht Wuppertal) und Schadenersatz."
Frank-Walter Steinmeier schweigt, als ob diese Briefe seine Vergangenheit, seine Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik nicht betreffen würden.

Wahrheit 05: Das Amt des Bundespräsidenten wird durch den Amtsträger selbst beschädigt, wenn seine Beteiligung an der Mauer des Schweigens weiter besteht. Stellungnahme unverzichtbar.
Wenn ein deutscher Bundespräsident nicht antworten will und keine Brücken bauen will, hat er einen Grund:
Einen Grund, den er hier lieber verschweigen möchte:
Seine Vergangenheit als
Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005:
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit sind überfällig.
Nach 2005 wurde Steinmeier Bundesminister im Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel, in 2007 zusätzlich Vizekanzler bis 2009. **Seitdem schweigt auch die Bundeskanzlerin**
So wurde die Mauer des Schweigens nachhaltig undurchdringbar gemacht, von einer regierenden Generation seit 1998 bis heute.

Wahrheit 06: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, verantwortlich für Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Gerhard Schröder.
Zerschlagungsmasse: Die Europäischen Congressmessen des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum, Leitveranstaltung der "New Economy" 2000
Zerschlagungsziel: Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche ("Autokanzler" Schröder als Macher, VW-Vorstand Hartz als Helfer) nach Einbruch der Digitalbranche mit verheerenden Folgewirkungen für gesamte Wirtschaft und Arbeitsplätze,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (zu wenige Mitglieder in der IT-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen)
Fortsetzung: Sieh Wahrheit 11.

Wahrheit 07: Heimtückische und nachhaltige Zerschlagung mit einer Mauer des Schweigens, mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft
Nicht nur Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war das Ziel.
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen sollte unterbunden werden. Die Zerschlagung sollte endgültig sein, Rehabilitierung und Schadenersatz sollte unterbunden werden. Sieh Antrag auf professionellen Wiederaufbau der Congressmessen am Verwaltungsgericht Berlin (Rehabilitierungsantrag bis heute ohne jede Chance).
Nachhaltige Durchsetzung mit einer Mauer des Schweigens seit 1998 über die verschwiegene Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik bis heute,

nachhaltig
mit einer politisch motivierten Sippenzerschlagung,
mit Unterstützung durch eine weisungsgebundene, bundesweit tätige und skrupellose Staatsanwaltschaft, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung nach Eintritt von politisch erzwungener Altersarmut.

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,
das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und
das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.
Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater ohne Subventionen aufgebaut und
in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat
Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).
Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.
Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:
Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit . Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt umgesetzt wurde:
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes
in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich eingeplant),
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

Wahrheit 10: Horrender Schaden in 2stelliger Millionenhöhe. Ohne Grundrechte: Verlust eines nahe stehenden Menschenlebens, Missbrauch deutscher Justiz für finale Zerschlagung, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, mehrfacher Rufmord, soziale und psychische Zerschlagung . . .
Politisch erzwungene Altersarmut hat eine einzige Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung.ist das Werk bundesweit tätiger, skrupelloser Staatsanwaltschaften, die nach Bedarf diskriminieren und diffamieren mit Unterstützung durch eine Mauer des Schweigens
Hasskriminelle Eskalation: Staatsanwälte, verantwortlich für politisch motivierte Sippenzerschlagung, organisieren jetzt Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Düsseldorf: **Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Mitwirkung bei politisch motivierten Zerschlagungen gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk wird reduziert und umgedeutet auf**
Klage wegen Rundfunkgebühren gegen den WDR trotz ständiger Beteuerung des Zerschlagungsopfers, dass er Rundfunkgebühren nicht beklagt.
> Vom Zerschlagungsopfer zum Justizopfer, zum Beispiel Verwaltungsgericht Berlin:**Rehabilitierungsantrag für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit selbst-finanzierten Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution ohne Beantwortung bis heute!**
Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf **50 Mio €** geschätzt.
Der beklagte zusätzliche Schaden wird auf **38 Mio €** berechnet, Berechnungen mit erdrückender Beweislage den Verwaltungsgerichten längst vorgelegt.
Der Verlust eines Menschenlebens ist nicht zu ersetzen. Selbst mehrfache Anträge auf schnelle Härteleistungen werden von einem Bundesamt für Justiz zurückgewiesen, weil es lieber Gerichtskosten für verfassungswidriges Versagen und Vortäuschen von rechtlichem Gehör vollstrecken möchte.

<u>Wahrheit 11</u>: Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes von 1999 bis 2005, war verantwortlich für die Durchsetzung einer gigantischen, mit Auto-Gewerkschaften heimlich abgestimmten Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der Bundesregierung unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (Wahrheit 06).
Er hat die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE unter Missbrauch staatlicher Hoheitsakte heimtückisch, ohne Wissen des Zerschlagungsopfers, geplant und die verheerenden Folgewirkungen eines Monster-Markteingriffes infolge rechtswidriger Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 missbräuchlich genutzt, um die vernichtende Zerschlagung der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution (weltweit herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers) rücksichtslos durchzusetzen.

Warum? Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, mit den führenden Congressen für Innovationstransfer und Innovationswachstum,
mit Digital-Gipfel-Programm in Deutschland und Europa,
sie waren als Leitveranstaltung der "New Economy" 2000 eine **attraktive Zerschlagungsmasse**, ihre Zerschlagung war der Schlüssel zur Umverteilung der Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche
(**"Autokanzler" Gerhard Schröder als Macher, VW-Vorstand und IG Metall Gewerkschaftsmitglied Peter Hartz als Helfer**).
Nach katastrophalen Einbruch im Innovationsbereich,
nach Zerstörung des Innovationsmarktes der Digitalbranche unter den verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag,
desaströs für die Digitalbranche und die gesamte Wirtschaft, weil dem Monster-Markteingriff ruinöse Auswirkungen für die gesamte Wirtschaft und für ihre Arbeitsplätze zwangsläufig folgten,
desaströs für den "Auto-Kanzler", der damit sein vorzeitiges Regierungsende herbeiführt hat,
desaströs für viele Arbeitnehmer(innen), die ohne ihr Verschulden ihren Arbeitsplatz verloren haben und mit HARTZ IV und Agenda 2010 dieses Desaster ertragen mußten,
desaströs für das Zerschlagungsopfer, weil sein Lebenswerk trotz Weltklasse-Höchstleistungen zerstört wurde und
eine nachfolgende Bundeskanzlerin keine Staatshaftung und keinen Wiederaufbau trotz hervorragender Kompetenz des Zerschlagungsopfers zulassen wollte,
nur eine Menschenrechte verletzende Mauer des Schweigens, mit der die Umverteilung und Zerschlagung rücksichtslos erzwungen wurde,
in Abstimmung mit den Gewerkschaften (IG Metall, Ver.di / Deutsche Postgewerkschaft, zu wenige Gewerkschaftsmitglieder in der ITK-Branche),
in Abstimmung mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der von der Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren wollte (mit neuem Sendekanal Phoenix seit 1997, mit neuen Polit-Magazinen, mit eigenen Kongressen). Sieh neue Klage 27 K 4325/18 am Verwaltungsgericht Düsseldorf seit Mai 2018:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
unter Verantwortung der regierenden Generation:
> **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
> **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX)

Wahrheit 12: Gewerkschaften mehrfach in den VIP-Referaten der Europäischen Congressmessen ONLINE vertreten, u.a. mit Kurt van Haaren, dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG, seit 2001 Ver.di):
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Kurt van Haaren, Vorsitzender des Hauptvorstandes 1982-2001, DEUTSCHE POSTGEWERKSCHAFT (DPG), Frankfurt/Main, auf der ONLINE´93: "**Zukunft statt Ausverkauf! – Das Konzept der Deutschen Postgewerkschaft für die Reform der Deutschen Bundespost"**
Das Zerschlagungsopfer hatte ein gutes Verhältnis zu dem Vorsitzenden des Hauptvorstandes der Deutschen Postgewerkschaft (DPG), sodass dieser sogar ein zweites Mal referierte auf der ONLINE'98 :**"Der liberalisierte Telekommunikationsmarkt auf dem Prüfstand: Der Markt allein wird es nicht richten"**.
Das Zerschlagungsopfer hat bewusst kritische Gewerkschaftsreferate in das Programm genommen, um eine qualifizierte Problemdiskussion zu unterstützen.
Kurt van Haaren hat die Umverteilung und Zerschlagung nicht mitgetragen, er hat sich in 2001 aus den Gewerkschaften zurückgezogen.

Peter Hartz, Mitglied der SPD und der IG Metall, war nicht nur Namensgeber für die Arbeitsmarkt-Reform nach 2001 v.a. zugunsten der Automobilbranche (HARTZ-Konzept der Agenda 2010), sondern auch als VW-Personalvorstand bis Juli 2005 ein skrupelloser Ideen-Geber für den Autokanzler. Im November 2006 wurde von der Staatsanwaltschaft Braunschweig gegen ihn ein **Strafverfahren wegen Untreue als VW-Vorstand eröffnet** und im Januar 2007 erfolgte seine Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe von 2 Jahren auf Bewährung und einer Geldstrafe 576.000 € wegen Veruntreuung von Firmengeldern in 44 Fällen u.a. zu Spesenmissbrauch, Prostitution, Lustreisen sowie Begünstigung/Schmiergeld-Zahlungen in Mio-Beträgen an den VW-Betriebsratsvorsitzenden.

Ver.di (zweitgrößte Gewerkschaft) entstand im März 2001 durch Zusammenschluss von 5 Einzelgewerkschaften (DAG, DPG, HBV, IG Medien, ÖTV). Verdi vertritt auch den Dienstleistungsbereich **Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung.**
IG Metall (größte Gewerkschaft) vertritt neben der Automobilbranche auch die **Informations- und Kommunikationstechnologiebranche.** Die größte Verwaltungsstelle der IG Metall ist Wolfsburg mit dem VW-Konzernsitz und mit ständig steigenden Mitgliederzahlen.

Die Digitalbranche wurde auf beide Gewerkschaften aufgeteilt. Das bedeutet eine gewerkschaftliche Schwächung der Digitalbranche insbesondere gegenüber der Autobranche bei IG Metall, die sich unter der Schröder-Regierung 1998-2005 mit **"Autokanzler" Gerhard Schröder** in vollem Umfang durchgesetzt hat. Die Schwächung der Digitalbranche zugunsten der Autobranche war eine geheime **Vereinbarung der Gewerkschaften mit Autokanzler Gerhard Schröder**, die von der nachfolgenden **Bundeskanzlerin Angela Merkel** übernommen wurde.

Wahrheit 13: Europäische Congressmessen ONLINE sind die Zerschlagungsmasse einer geheimen Vereinbarung von Bundeskanzler(in) und Autogewerkschaften
Die Europäischen Congressmessen ONLINE des Zerschlagungsopfers waren ein Dorn im Auge der IG Metall,
weil mit ihnen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digital-Branche professionalisiert wurden und dadurch eine Vielzahl moderner Arbeitsplätze geschaffen wurden, zu denen Gewerkschaften eher ein gestörtes Verhältnis hatten, weil auszurechnen war, dass die (Gewerkschafts-)Mitglieder-schwache Digitalbranche die Mitglieder-starke Autobranche überholen würde.
Ehemals: **Computer als "Job-Killer"** verteufelt oder
linker Protest mit Unterbrechung im Plenum der ONLINE'84 in Berlin mit Trillerpfeifen, Betttuch-Schmiertexten und Sprech-Chören:
"Wir lassen uns nicht verarschen von Computer und Patriarschen"
während der Rede von
Dr.-Ing. Roland Mecklinger, Mitglied des Vorstandes, STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG, Stuttgart, auf der ONLINE ´84 in Berlin: Glasfaser - das Übertragungsmedium der Zukunft
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111

Sieh durchschnittliches ITK-Branchenwachstum 1999: 12,2%,
der Innovationsbereich hatte ein Wachstum von über 40%:
Der Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für eine gesetzeswidrige Umverteilung hatte ein Ziel: Wachstum der Digitalbranche auf Kosten der Automobilbranche zu verhindern entgegen den Regulierungszielen im Telekommunikationsgesetz
Dies wurde durch verheerende Folgewirkungen aus einem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erreicht, mit dem **das TKG (Telekommunikationsgesetz) ausgehebelt wurde.**

Sieh Wachstum und Beschäftigte der ITK-Branche: > > >
> > > http://www.euro-online.de
(Scroll down after link). In der Telekommunikation war die Zahl der Beschäftigten seit 2001 (nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000) viele Jahre rückläufig.
In der deutschen Telekommunikationsbranche wurden jährlich seit 2001 bis heute Tausende von hochwertigen Arbeitsplätzen vernichtet. Das entsprechende Innovationswachstum ist nach Fernost und USA (Apple, Amazon, Google, Facebook & Co.) abgewandert.

Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution waren die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000), in- und ausländische Kapitalgeber waren sogar Referenten und Aussteller auf der ONLINE, um einen möglichst schnellen Kontakt zu den Startups zu bekommen.
Einer heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Kanzleramtschef Frank-Walter Steinmeier
ist es gelungen, durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 die Kapitalgeber der "New Economy" in die Flucht zu schlagen und unter dieser deutschen Innovationselite, dem Haupt-Kundenstamm der Europäischen Congressmessen, einen **Unternehmens-Genozid** zu veranstalten und nach 26 Jahren mit herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution das Ende der Congressmessen zu erzwingen.

Wahrheit 14: **Dem Einfluss der Automobilbranche kann sich offensichtlich keine Bundesregierung mehr entziehen: Globaler Abgas-Skandal in Verkaufsstrategie umgewandelt.**.
Nicht der deutsche Rechtsstaat, der US-amerikanische Rechtsstaat hat es geschafft, den globalen Abgas-Skandal deutscher Autobauer aufzudecken. US-amerikanische Digital-Unternehmen beherrschen den weltweiten Digitalmarkt und noch mehr,
nicht weil sie so gut sind, sondern
weil deutsche Autobauer mit Hilfe ihrer Gewerkschaften und der deutschen Bundesregierung das Innovationswachstum der deutschen Digital-Branche zerlegt und zertrümmert haben.

Mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wurde sogar das Telekommunikationsgesetz ausgehebelt (Massive Verstöße gegen das Telekommunikationsgesetz, gegen Regulierungsziele gemäß §2 Abs.2 TKG, sieh Wahrheit 02).
Mit dem Monstermarkt-Eingriff wurde ein Unternehmens-Genozid im Innovationsmarkt mit der New Economy 2000 ausgelöst, Kapitalgeber wurden in die Flucht geschlagen, Apple, Amazon, Google, Facebook & Co. hatten keine deutsche Konkurrenten mehr.
Deutschland 2000: Digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich.
Deutschland heute: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert)
mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der Bundesregierung zur Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen politisch motivierte **Sippen**zerschlagung in Fortsetzung seit dem 2.Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft recherchiert und umgesetzt.
Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. **Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CEBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Trotz 250 Mio Staatshilfe: AUS der CEBIT in 2018.** Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Wahrheit 15: Zerschlagung der Europäischen Congressmessen war heimtückisch, sollte nachhaltig und endgültig sein. Daher: Aktive Mauer des Schweigens zur heimtückischen Ausführung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998.
Rundfunksperre des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu den "unterirdischen" Vorgängen bei der Durchsetzung der heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung, Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch, Rufmord, psychischer Folter als Leistungsnachweis einer bundesweit tätigen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, **Treib- und Hetzjagd in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod** (Todesopfer), kapitale Vermögensschäden.

Aufgrund der heimtückischen Zerschlagung war das lebende Zerschlagungsopfer der irrtümlichen Überzeugung, dass selbst nach kostenbedingter Einstellung der Congressmessen in 2003 mit Unterstützung der Bundesregierung ein schneller Neustart im Messemarkt mit Sicherheit erwünscht war, um in Deutschland wieder den Anschluss an internationale Entwicklungen der digitalen Evolution zu schaffen.

Nachhaltige und endgültige Zerschlagung war jedoch heimtückische, eine für das Zerschlagungsopfer nicht vorstellbare Zielsetzung,
die mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung umgesetzt wurde. Skrupellose Staatsanwälte haben ganze Arbeit bundesweit geleistet.
Sieh Wahrheit 09 oben:
Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), totale Zerschlagung seiner deutschen Heimat, zweimal mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort.

Wahrheit 16: Heimtückische Zerschlagung
Nach Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 nicht den Hauch einer Chance, nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes ohne jede Perspektive:
Zerschlagungsopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, ausgetrickst mit Geheimabkommen von Autokanzler, Autovorstand und Autogewerkschaft.
Zweimal Rufmord mit einer Mauer des Schweigens, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz und
mit Missbrauch deutscher Justiz zur Durchsetzung des Unrechts zur Herrschaft des Unrechts
Der professionelle Wiederaufbau der Europäischen Congressmesse für digitale Evolution mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in der Digitalbranche ist am Verwaltungsgericht Berlin längst und immer wieder beantragt, Rehabilitierungsantrag bis heute aber ohne Bescheidung.
Seit 2005: Eine Vielzahl qualifizierter Schriftsätze mit konkreten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin, im Verteiler an **Bundesminister und Staatssekretäre:** Ohne Beantwortung.
Die **Bundeskanzlerin ist dafür verantwortlich.**
Diskriminierung qualifizierter Ausarbeitung der Projektvorschläge gegen eine Mauer des Schweigens, gegen geheime Abmachungen mit den Gewerkschaften, die nach Abwahl der Schröder-Regierung von der Bundeskanzlerin Merkel bestätigt und übernommen wurden.

Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut: **ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse**, seitdem ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunksperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist.

Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung
Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem
diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft,
mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,
mit psychischer Folter,
mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010 **soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung** in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.
> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss Pfändungsschutz-Konten benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe überleben zu können
> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.
Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist für qualifizierte Anwälte abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften.

Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten nur unglaublich staunen,
alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1.Instanz begründet wurde.
Polizisten verhöhnen Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich **deutsche Justiz für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies**

im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden für das noch lebende
Zerschlagungsopfer.

Weisungsgeber der Staatsanwaltschaft ist das Bundeskanzleramt, dessen Chef in 2000, **Frank-Walter Steinmeier,** die Umsetzung der desaströsen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik organisiert hat und für diesen Verfolgungswahnsinn verantwortlich ist.

Wahrheit 18: Längst nicht mehr auf dem Boden des Grundgesetzes: Aktive Mauer des Schweigens zu politisch motivierter Kumpanei zwischen heutigen Bundespräsident, Bundeskanzlerin, Gewerkschaftsspitzen und kriminellen Vorständen von Automobil-Branchenführern
Mauer des Schweigens zu Exzessen einer kaum noch vorstellbaren Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung
Mauer des Schweigens verstößt gegen Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes, indem das Opfer auch noch lebenslang Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erbracht hat:
"Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" gilt für alle deutschen Bürger, nicht nur bei Weltklasse-Höchstleistungen, und ist kein Grundrecht auf Gefangennahme (Polizist anlässlich einer Zwangsmaßnahme mit Freiheitsberaubung)

Politisch motivierte Kumpanei, verdeckte Zusammenarbeit unter Verletzung von anerkannten Regeln oder Gesetzen, geheime Vereinbarungen zwischen Bundeskanzler(in) und Auto-Gewerkschaften,
hier eine Menschenrechte verletzende Politik gigantischer Umverteilung und perverser Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit Todesopfer, mit dem noch lebenden Zerschlagungsopfer,
mit Zerschlagung der deutschen Heimat eines alteingesessenen Müllergeschlechts, dessen Generationen bis zum Westfälischen Frieden nach dem 30-jährigen Krieg in der nördlichen Oberpfalz (Landkreis Tirschenreuth) dokumentiert sind.

Der heutige Bundespräsident, der als Kanzleramtschef unter der Schröder-Regierung mit der Umsetzung einer miserablen Umverteilungspolitik für diesen Abgrund verantwortlich ist
und auch keine Brücke bauen will, ist mit Recht zu einer öffentlichen Stellungnahme zu belangen, damit endlich Transparenz hergestellt wird.
Öffentliche Rehabilitierung mit Aufhebung der Rundfunksperre und Herstellung einer angemessenen Transparenz ist unverzichtbar.
Diese Mauer des Schweigens zu öffnen und ihre Handlanger zur Verantwortung zu ziehen, ist eine Aufgabe der deutschen Justiz, um jahrelange Unterdrückung der Gerechtigkeit zu beseitigen.

Wahrheit 19: Herrschaft des Unrechts mit langjährigem Missbrauch des Rechtsstaates zur Durchsetzung des Unrechts anstatt grundgesetzlich möglicher Enteignungsverfahren.
Erdrückende Beweislage mit zusätzlicher Internet-Dokumentation
Verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren am Bundesverwaltungsgericht trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung) mit Unterstützung durch das Bundesamt für Justiz
Zeitgleiche Anhörungsrüge an das Amtsgericht Velbert und parallele Zwangsmaßnahme ohne Bescheidung der Anhörungsrüge im laufenden Beschwerdeverfahren gegen den Pfändungsbeschluss des Amtsgerichts

Tatsache und Rechtslage: Das Grundgesetz ermöglicht begründete Enteignungsverfahren, ohne Todesopfer und ohne Zerschlagungsopfer auch noch zum Justizopfer machen zu müssen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und Zerschlagungsopfer wäre gar nicht nötig gewesen bei Anwendung rechtsstaatlicher Enteignungsverfahren.

Erdrückende Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation zu:
Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Todesopfer, mit Zerschlagung der Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden
ist Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010:
> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Einfach nur verfassungswidrig: Vortäuschung und Versagung von rechtlichem Gehör mit anschließenden Zwangsmassnahmen zur Vollstreckung von Gerichtskosten für verfassungswidrige Gerichtsverfahren ohne vorgeschriebenen Rechtsanwalt am **Bundesverwaltungsgericht in Leipzig** trotz Verfassungsbeschwerde (Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung), mit Übernahme der Zwangsmaßnahme anstatt beantragter Härteleistung durch das Bundesamt für Justiz
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 18.Aug.2016 und 15.Jan.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)

<u>Wahrheit 20</u>: Kein Weiter so!
Wiederholte Anträge an den Verwaltungsgerichten
auf sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen,
auf angemessenen Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung,
auf Rehabilitierung mit professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
<u>Antragserweiterung auf Immunitätsaufhebung</u> des Bundespräsidenten wegen des Verdachts der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes

Sofortige Härteleistungen für Beiträge zu sozialen Pflichtversicherungen, die wegen staatlich erzwungener Altersarmut nicht mehr bedient werden können, sind ohne weiteres finanzierbar, beispielsweise aus den
<u>milliardenschweren Strafen gegen Automobilunternehmen</u> im Zuge des globalen Autoabgas-Skandals. Automobil-Unternehmen haben aus der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 große Vorteile gezogen.
Es ist ein verfassungswidriger, perverser Missbrauch deutscher Justiz, wenn die Opfer für verheerende Folgewirkungen einer gigantischen, heimtückischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik verantwortlich gemacht werden und für Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz rechtliches Gehör vorgetäuscht und versagt wird und die Zerschlagungsopfer zusätzlich einer sozialen und psychischen Zerschlagung unterzogen werden.
Ein Rechtsstaat muss nach 20 Jahren Unrecht endlich in der Lage sein, politisch motivierte Kumpanei mit Auto-Unternehmen und Auto-Gewerkschaften unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes juristisch aufzuarbeiten. Dies umso mehr, indem deutsche Auto-Unternehmen einen globalen Abgas-Skandal inszeniert haben und Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht haben.

Der Antrag auf Immunitätsaufhebung gegen den heutigen Bundespräsidenten ist unumgänglich,
weil er **Teil der Mauer des Schweigens** über eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik geworden ist, die endlich eingerissen werden muss,
weil der Verdacht der politisch motivierten Kumpanei mit Auto-Gewerkschaften und Auto-Unternehmen u.a. unter Aushebelung des Telekommunikationsgesetzes und einer daraus resultierenden politisch motivierten Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd unschuldiger Opfer bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin trotz Weltklasse-Höchstleistungen.für Deutschland und Europa nicht mehr zurückgewiesen kann.

Wer verantwortlich ist für eine gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit verheerenden Folgewirkungen inklusive HARTZ IV und Agenda 2010, sollte sich einer Stellungnahme zu bitteren Wahrheiten nicht versagen.

<u>Wahrheit 21</u>: Kein Weiter so!
Zwei politisch motivierte Todesopfer in
2 Generationen politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit kapitalen Vermögensschäden, 2 Tote zu viel:
Keine Schicksalsschläge, sondern grober Missbrauch deutscher Justiz für Aneinanderreihung von Ungerechtigkeiten.
Schadenersatz ohne Ausrede und öffentliche Rehabilitierung

Das NSDAP-Netzwerk wurde nach Kriegsende 1945 nicht aufgelöst, sondern durch flüchtige NSDAP-Mitglieder aus dem angrenzenden Sudetenland am Geburtsort der Zerschlagungsopfer eher verstärkt. Alte Feindschaften zwischen NSDAP-Mitglieder, die in Verwaltungsmanagement und Verwaltungsjustiz tätig wurden, und NSDAP-Nicht-Mitgliedern wurden so zum Nachteil der Nicht-Mitglieder sogar verstärkt.
Der Vater der Zerschlagungsopfer war als Inhaber und Betreiber eines lebenswichtigen, voll automatisierten Mühlenbetriebs einer sog.Kunstmühle mit Turbinen-Antrieb, der Themenreuther Mühle, ebenfalls vom Wehrdienst freigestellt, obwohl er **kein** NSDAP-Mitglied war. Er wurde jedoch vom Vater und Großvater des Nachbarn des verstorbenen Zerschlagungsopfers beim NSDAP-Ortsbauernführer denunziert, weil er immer wieder an notleidende Bittsteller Mehl abgegeben hat. Bei Kriegsausbruch wurde Brot rationiert, wobei die Rationen während des Kriegs nach und nach abgesenkt wurden. Nach Denunzierung durch seinen Nachbarn in 1942 wurde die Wehrdienst-Befreiung in 1943 aufgehoben, er wurde eingezogen und ist 1945 in russischer Kriegsgefangenschaft in der Ukraine verstorben (1.Todesopfer). Er hinterließ die eingeheiratete, junge Mutter der Zerschlagungsopfer, mit einer Landwirtschaft und einem modernen Mühlenbetrieb.

Das lebende Zerschlagungsopfer ist zudem einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012, 2.Todesopfer), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern).
Der Verstorbene war als Anerbe eines alteingesessenen Müllergeschlechts Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA u.a.), und Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

> Sieh Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung. **Hier werden Menschenrechte eingefordert.**
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, zweimal Zerschlagung seiner deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort.
Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Scroll down after link (page 50)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf

Kein Weiter so! Sieh Wahrheit 22 und 23.
☹ **Warum schweigt die deutsche Bundeskanzlerin?**
☹ **Warum schweigt das beklagte Bundeskanzleramt?**
In und seit 2005 hätte die **Bundeskanzlerin** den Schaden einer asozialen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik abwenden müssen. Von der Zerschlagungspolitik hat die deutsche Automobilbranche am meisten profitiert und mit einem weltweiten Abgas-Skandal "zurückgezahlt".

Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin, mit Bundesminister und Staatssekretäre im Verteiler,
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 43)

Es geht um kapitale Vermögensschäden in 2stelliger Millionenhöhe, um öffentliche Rehabilitierung nach Rufmord am Wohnort und am Geburtsort trotz Weltklasse-Höchstleistungen, **dokumentiert**
in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden und Schadenersatz für bundesweite Sippenzerschlagung einschließlich Schmerzensgeld für Zerschlagung der deutschen Heimat.
Die Gesamtverantwortung liegt beim Bundeskanzleramt. Das Bundeskanzleramt ist verantwortlich für soziale und psychische Zerschlagung.
Sieh aktuelle Verfassungsbeschwerden:

Missbrauch deutscher Institutionen und deutscher Justiz für ein *teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem:*
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
> > > Scroll down after link (page 84, page 90)

Beklagt wird
> psychische Zerschlagung (wiederholte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Wahrheit 22, Zerschlagung 5) und
> soziale Zerschlagung (anstatt sozialer Sicherheit mit Krankenversicherung und Pflegeversicherung, Wahrheit 23, Zerschlagung 4)
unter Verantwortung einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft (Weisungsgeber: Beklagtes Bundeskanzleramt)

Erste Freiheitsberaubung im Juni 2014
Strafanzeige und anschließende Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018
trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitrupp mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf
Scroll down after link (page 29).

Zu 44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Die Congressmessen ONLINE und KOMMTECH sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH 1988
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Prof.Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst." **"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"**
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congressteilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger, 9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der
Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung
Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation,
Fachhochschule Fulda,
Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof.Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/1996.htm

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post / Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof. Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering, Potsdam, Congressleiter der ONLINE 2000 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren
Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung,
ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub,
in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,
über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
mit der Telekommunikation als Innovationstreiber,
dokumentiert in mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden.

Zu 45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden: Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht

Das Zerschlagungsopfer hat ein rechtsstaatliches Verfahren beantragt gemäß Kapitel 33 im Schriftsatz vom 12.März 2017. Statt dessen erhält es den Gerichtsbescheid eines Einzelrichter(in)-Verfahrens mit totaler Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zu einem detailliertem Vortrag über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfers. Dies ist ein **massiver Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG.**

Darüber hinaus wird die Beschreibung des Tatbestandes im Richterbescheid so verfälscht mit dem Ziel, mit Versagung von rechtlichem Gehör in Verbindung mit verfälschtem Tatbestand eine **Rechtsanwendung von §105 SGG zu rechtfertigen. Ein derartiger Missbrauch von richterlicher Gewalt ist als kriminelle Rechtsbeugung nach §339StGB zu bestrafen.**
Eine Rechtsanwendung von §105 SGG mit Vortäuschung, Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör ist **verfassungswidrig. Die unnötige Aufteilung der Rechtsprechung auf Gerichtsbescheid und Prozesskostenhilfeverfahrens-Beschluss ist nicht nachvollziehbar und ist daher zurückzuweisen, weil nur die Schädigung des Opfers Zielsetzung ist.**
Auch bei Ablehnung einer Prozesskostenhilfe ist ein beantragtes rechtsstaatliches Verfahren zu gewährleisten.

Entgegen der Falsch-Darstellung des Tatbestandes:
Beiträge zur privaten Pflegeversicherung werden nicht bestritten. Die Beiträge wurden bis einschließlich Dezember 2009 bezahlt. Es werden sogar Zahlungen in Höhe von 387,76 (Sept.2009 bis Dez.2009) bestätigt. Es geht jedoch nicht nur um den Zeitraum Januar 2010 bis November 2011, sondern darüber hinaus **bis heute.**

Entgegen der Falsch-Darstellung des Tatbestandes:
Es sind es nicht die verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern deren Missbrauch für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer einer kriminellen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (2012) durch skrupellose Staatsanwälte in Verbindung mit kapitalen Vermögensschäden bis zur kompletten Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen. Letzteres war im Jahr 2010 der Fall.

Das lebende Zerschlagungsopfer war gezwungen, die Beitragszahlung zu sozialen Pflichtversicherungen nach 2009 einzustellen. Dies war der Zeitpunkt für eine skrupellose Staatsanwaltschaft, die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung zu toppen.
Sieh Wahrheit 16 / Kapitel 43:
Im Jahr 2010 und seit 2010: Ansehnliche Altersrücklagen des Zerschlagungsopfers nach kapitalen Vermögensschäden aufgebraucht, seitdem wegen staatlich erzwungener Altersarmut:
ohne jede Versicherungsleistung einer Krankenkasse (auch heute noch im 78.Lebensjahr), seitdem
ohne Rundfunkgebühren an einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der bis heute mit Rundfunksperre zu den beschriebenen Vorgängen und an diesen Vorgängen direkt nachweislich beteiligt ist,
seitdem Nutzung eines Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen.

Eine diskriminierende, rechtliches Gehör versagende Falsch-Darstellung des Tatbestandes im Gerichtsbescheid: "wegen der Einzelheiten wird auf die umfangreichen Schriftsätze des Beklagten Bezug genommen". Diese Einzelheiten: Sieh Anlage LSG-01 / 2018
Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit einer irreführenden und miserablen Begründung:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Der Gerichtsbescheid verniedlicht die soziale Zerschlagung. Das lebende Zerschlagungsopfer war gezwungen, die Beitragszahlung zu sozialen Pflichtversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung, einziger Versicherungsträger ist der Kläger) nach 2009 einzustellen. Es geht also um viel höhere Beträge. Ohne öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz

Es ist eine perverse Spitzenleistung der Diskriminierung,
das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung zum Täter zu machen.
Mit einer miserablen Falsch-Darstellung der Ursachen staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto (Darstellung im Gerichtsbescheid auf 2,5 Zeilen minimiert) wird die Weiche für einen Gerichtsbescheid gestellt, mit dem ein Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung fortgesetzt wird, unterstützt von einer **skrupellosen Staatsanwaltschaft,** die für das Werk der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden verantwortlich ist.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist ein Frontalangriff auf das Grundgesetz. Oberste Maxime eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.

Judikativer Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und ist Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht. Zielsetzung des Versicherungsrechtes sozialer Pflichtversicherungen ist soziale Sicherheit und nicht soziale Zerschlagung, geschweige denn psychische Zerschlagung.

Der diskriminierende Gerichtsbescheid gegen das Opfer ist zurückzuweisen, weil mit ihm die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung rücksichtslos fortgesetzt wird, darüber hinaus ein relativ kleiner Betrag vorgetäuscht wird.

In Kapitel 43 (Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe)
wird in den Abschnitten Wahrheit 01 bis Wahrheit 23 die politisch motivierte Sippenzerschlagung übersichtlich beschrieben.
Tatsache ist, dass das herausragende Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution **absichtlich nachhaltig zerstört wurde,** seine Zerschlagung und die Eskalation zur bundesweiten Sippenzerschlagung heimtückisch geplant wurde, diese Planung mit regierungsnahen Institutionen (z.B. öffentlich-rechtlicher Rundfunk) abgestimmt und brutal ausgeführt wurde, **mit einer gigantischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik seit 1998,** erzwungen mit rechtswidriger Ausführung und kriminellem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Zerschlagungen,
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)

Das Zerschlagungsopfer hat den Bundespräsidenten zweimal angeschrieben und um Stellungnahme gebeten, hat aber keine Antwort erhalten:

Daher: **Immunitätsaufhebung von**
Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier
gerichtlich beantragt:
beim Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14) und
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
in Kopie an das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe (2 BvR 1299/18)
mit einer übersichtlichen Darstellung von 23 Wahrheiten und
mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage.

Der Präsident des Deutschen Bundestags sowie
der Präsident des Bundesverfassungsgerichts
wurden persönlich und amtlich darüber informiert.

Die Klage der Versicherung wurde mit Datum **05.09.2012** am Amtsgericht Mayen eröffnet und mit Schreiben des Amtsgerichtes vom 15.11.2012 an das Sozialgericht Düsseldorf übergeben. Sieh Anlage LSG-07 / 2018.
In 2012 war das Opfer überhaupt noch nicht in der Lage, das Ausmaß der politisch motivierten Sippenzerschlagung zu erkennen und darzustellen. Das ganze Ausmaß der politisch motivierten Sippenzerschlagung musste von ihm
in parallelen Gerichtsverfahren an Verwaltungsgerichten und am Landgericht durch alle Instanzen seit 2011;
Schritt für Schritt gegen eine Mauer des Schweigens
nach einer Petition an den Deutschen Bundestag aufgedeckt werden.

Der Gerichtsbescheid des Sozialgerichts vom 07.Nov.2018 mit zusätzlichem Beschluss ist eingegangen nach einer letzten Stellungnahme des Opfers mit Schriftsatz vom 26.April 2017, also **vor mehr als 1 1/2 Jahren,**
mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017.
In der Zwischenzeit (April 2017 bis Nov.2018) musste das Zerschlagungsopfer ein zweites Mal
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft hinnehmen.
Ein beantragtes rechtsstaatliches Verfahren, in dem Bundespräsident und Bundeskanzlerin mit einer perversen Zerschlagungspolitik involviert sind, sieht anders aus.
Der Gerichtsbescheid basiert auf einer Klage aus 2011 mit Stellungnahme im Januar 2012, die heute längst überholt ist, weil in der Zwischenzeit ungeheuerliche Vorgänge einer gigantischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit erdrückender Beweislage aufgeklärt werden konnten.

Eine diskriminierende, rechtliches Gehör versagende Darstellung des Tatbestandes im Gerichtsbescheid: "wegen der Einzelheiten wird auf die umfangreichen Schriftsätze des Beklagten Bezug genommen". Diese Einzelheiten: Sieh
Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit einer irreführenden und miserablen Begründung:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Das Todesopfer und das lebende Zerschlagungsopfer haben diese sog. **"Einzelheiten" ertragen und aushalten müsse**n. Wenn die Immunitätsaufhebung eines Bundespräsidenten gerichtlich beantragt wird, gibt es Erklärungsbedarf. Eine Einzelrichterin ist der Meinung, solche ungeheuerlichen Vorgänge als "Einzelheiten" trotz ihrer entscheidungsrelevanten Bedeutung für den Gerichtsbescheid unterdrücken zu können.

Die Einzelrichterin will ihren Gerichtsbescheid in der Tatbestand-Beschreibung auch damit rechtfertigen, dass mehrfach Bußgeldbescheide gegen das Zerschlagungsopfer ausgestellt wurden, wohlgemerkt von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die für die unterdrückten "Einzelheiten" verantwortlich ist, und sie verweist beispielhaft auf das Urteil des Amtsgerichtes Mettmann vom 17.07.2013, Az.33 OWi 923 Js 1396/12-12/13. Dieses Urteil ist tatsächlich ein Freispruch: "Der Betroffene wird auf Kosten der Staatskasse, die auch seine notwendigen Auslagen trägt, freigesprochen" ! (Anlage SGD-2018-01)

Gemäß Sozialgerichtsgesetz **§105 Abs.1 Satz 1:** "Das Gericht kann ohne mündliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden, wenn die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklärt ist."

Besondere und gravierende Schwierigkeiten tatsächlicher und rechtlicher Art sind garantiert vorgegeben,
weil die politische Führung von Deutschland in eine Menschenrechte verachtende, perverse Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit einem Todesopfer und mit kapitalen Vermögensschäden
bis zur erzwungenen Altersarmut mit Nutzung von Pfändungsschutzkonten verstrickt ist,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Darüber hinaus ist klarzustellen, dass nicht allein der heutige Bundespräsident die Verantwortung für die Menschenrechte verachtende, perverse Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik zu übernehmen hat, weil von der
amtierenden Bundeskanzlerin die Zerschlagung bei Amtsantritt in 2005 hätte verhindert werden müssen, statt dessen: Sie hat diese Zerschlagung nachhaltig fortgesetzt und verfestigt.
Dies ist Gegenstand des seit 2011 laufenden verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Berlin.

Zu 46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,
mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

In Anbetracht der extremistischen Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen zu bundesweiter Sippenzerschlagung
mit einer Treib- und Hetzjagd der Zerschlagungsopfer bis in den Tod und in die politisch erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto zum Zwecke des Überlebens
hat das noch lebende Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf längst beantragt:
Sofortige Härteleistung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen mit vorrangigem Ausgleich von
> Rundfunkgebühren (Zerschlagung 3 unter Verantwortung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Verwaltungsgericht Düsseldorf)
> Sozialen Pflichtversicherungsbeiträgen (Zerschlagung 1 und 2 unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung, Verwaltungsgericht Berlin)

In Anbetracht kapitaler Schäden in Höhe von 2-stelligen Millionenbeträgen (Menschenleben nicht bezahlbar) mit Zwang zur Altersarmut und Benutzung von Pfändungsschutzkonto ist es eine perverse Annahme
(sieh Wahrheit 17 / Kapitel 43: **Maßlose Pervertierung**),
monatliche Beiträge entrichten zu können und
Nachzahlungen in 2-stelliger Tausenderbeträge und die Kosten von horrenden Zwangsmassnahmen schultern zu können und auch noch parallele Gerichtsverfahren mit zusätzlicher Internet-Dokumentation einer erdrückenden Beweislage führen zu können.
Der Verfolgungswahnsinn skrupelloser Staatsanwälte, mit dem
Opfer zum Täter gemacht werden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa, ist endlich zu beenden

Der Versicherungsträger, der seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt, auch nicht für Krankenversicherung, wird seit 2010 laufend über den Stand der juristischen Auseinandersetzungen informiert.

Trotzdem beteiligt er sich an der jüngsten Eskalation der
sozialen Zerschlagung (Zerschlagung 4, Wahrheit 23/Kapitel 37) und
psychischen Zerschlagung (Zerschlagung 5, Wahrheit 22/Kapitel 37) mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Verfahren, mit weiterer Freiheitsberaubung und psychischer Folter.

Hier ist der Versicherungsträger längst zum Täter geworden, der für die entstehenden Kosten zur Verantwortung zu ziehen ist.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur politisch erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto ist das Werk skrupelloser Staatsanwälte, deren Unterstützung vom Versicherungsträger zu verantworten sind:
> rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit ständig zurückzuweisenden, rechtswidrigen Bußgeldbescheiden mit mehrfacher Eskalation zu
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter
> neue Gerichtsverfahren mit neuen Rechtsanwälten

Die letzte Freiheitsberaubung mit psychischer Folter erfolgte offensichtlich in Abstimmung mit dem Sozialgericht zwischen dem letzten **Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf (Kapitel 36)**
und dem Gerichtsbescheid vom 07.11.2018:
Zweite Freiheitsberaubung mit psychischer Folter im Juni 2018 **trotz laufender Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (2 BvR 1299/18)**
unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € (nach Rechtsbeugung in 1.Instanz) durch einen 4-Mann-Polizeitrupp mit Anschluss an teuflische Isolationshaft in der JVA Wuppertal trotz laufender und anschließender Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf

Scroll down after link (page 29).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf

Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto ist das
Werk skrupelloser Staatsanwälte, mit deren Unterstützung vom Versicherungsträger neue Gerichtsverfahren mit neuen Rechtsanwälten organisiert werden und damit die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung fortgesetzt wird:
Sieh
Anlage SGD-2018-03 (Anlage LSG-01 / 2018)
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04 (Anlage LSG-01 / 2018
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Die neuen Rechtsanwälte wurden ausführlich informiert über politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto

Die neuen Rechtsanwälte wurden ausführlich darüber informiert,
dass vom Zerschlagungsopfer die Beiträge der Pflegepflichtversicherung und der Krankenversicherung nicht bestritten werden,
dass die Beitragsnachzahlungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung zu verrechnen sind, beim Verwaltungsgericht längst beantragt sind und
dass keine Kosten übernommen werden können, die von den Rechtsanwälten verursacht werden.
Die anschließenden Mahnbescheide der neuen Rechtsanwälte wurden zurückgewiesen.

Darüber hinaus:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Verrechnung mit Schadenersatz aus
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto

Sieh auch Anlage OVG-04 zu Kapitel 32 in **Schriftsatz vom 12.März 2017:**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde vom 11.Jan.2016 beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf
Kapitel 32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut

Zu 47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten

Der Beklagte ist das Opfer und nicht der Täter. Jede weitere Diskriminierung als Täter ist unerträglich. Er ist das lebende Zerschlagungsopfer einer seit 1998 regierenden Generation, die verantwortlich ist für eine
heimtückische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik mit politisch motivierter Sippenzerschlagung: Sieh 23 Wahrheiten gemäß Kapitel 37 43.
Trotz intensiver Bemühungen seit 2010 und
trotz erdrückender Beweislage und hochqualifizierter Zeugen,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
wird dem Opfer bis heute rechtliches Gehör für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz versagt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Sieh **Anlage LSG-11 / 2018**
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)

Sieh **Anlage LSG-12 / 2018**
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018

mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, der Sozialethik rücksichtslos dazu missbraucht, um an der Zerschlagung einzelner Versicherungsnehmer teilzunehmen mit dem Ziel, finanzielle Vorteile aus der Zerschlagung zu ziehen, obwohl er seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt.

Es ist unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers, für den Individualethik keinerlei Stellenwert hat. Der Kläger kennt kein moralisches Handeln. Obwohl der Kläger als Beteiligter ausführlich informiert ist, hält er es für angebracht, an den politisch motivierten Zerschlagungen des Betroffenen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker mitzuwirken, ohne eine einzige Versicherungsleistung zu erbringen. Seit 7 Jahren. Das ist eine Spitzenleistung von unmoralischem Handeln.
Es geht um Versicherungsleistungen an
Angehörige der Kriegsgeneration 1941,
die Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland erbracht haben und Opfer einer gigantischen, heimtückischen, perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998 geworden sind.

An Anspruch und Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren wird erinnert.

Der Betroffene ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1, Verwaltungsgericht Berlin) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
(Zerschlagung 3, Verwaltungsgericht Düsseldorf)
unter Verantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)
(Zerschlagung 4, soziale Zerschlagung)
unter Verantwortung weisungsgebundener, skrupelloser Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte)

Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben

Parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers hat das Opfer mehrfach zurückgewiesen:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sind ein Frontalangriff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte.
Staatshaftung für Forderungen einer Pflichtversicherung, deren Höhe zudem strittig ist, weil sie seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
für Angehörige der Kriegsgeneration 1941 (Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit nachgewiesenen, lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa)

Kostenhaftung hat ausschließlich der staatliche Angreifer und nicht das Opfer missbräuchlicher Staatsgewalt. Widerstand ist Grundrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (wiederholter Hinweis an das Vollstreckungsgericht auf Art.20 Abs.4 GG)
Unbestreitbar ist zusätzlicher Anspruch des Opfers auf Schmerzensgeld wegen psychischer Zerschlagung mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt (Schadenersatz für immaterielle Nachteile).

In weiteren Verhandlungen ist zu klären, wie öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile mit Verrechnung von Rückständen und Pflichtbeiträgen an öffentlich-rechtliche und soziale Einrichtungen mit erdrückender Beweislage an den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf vorgenommen werden kann.

Velbert, 08.Dezember 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2018 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die nun eingestellt ist trotz eines Verlustausgleich von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen in diesem Schriftsatz:

Anlage LSG-01 / 2018
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen

Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)

Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge bis zur Verrechnung mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion2000 und totaler Anschlussdiskriminierung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18
(VNR: 168574)

Zweigertstraße 54
45130 Essen

31.Dez. 2018

L 5 P 88/18 (VNR: 168574)
Berufung wegen Anfechtung des Gerichtsbescheides vom 07.Nov.2018
Az. S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

Fortsetzung der Berufung (mit fortlaufender Nummerierung):

48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012

49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter, trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,

trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung

51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Zu 48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012

Mit Schriftsatz vom 23.Nov.2018 (Anlage LSG-01 / 2018) wurde das Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.11.2018 Sonnabend) und das Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG begründet. Die Begründung umfasst folgende Kapitel 36 bis 41:

Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Kapitel 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: **Opfer wird zum Täter gemacht**
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Kapitel 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: **Opfer wird zum Täter gemacht**
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

Kapitel 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
<u>politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und</u>
<u>kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto</u>
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich im Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Wiederholte Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG ist ein mehrfacher Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012 ist in unerträglicher Weise verfassungswidrig.

Weil weder eine Bescheidung noch eine Empfangsbestätigung vom Sozialgericht Düsseldorf an das Zerschlagungsopfer gesendet wurde, musste es befürchten, dass ihm auch noch vorgeworfen wird, die Frist der Berufung versäumt zu haben.
Die Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 wurde daher mit dem Schriftsatz der
Berufung vom 08.Dez.2018 in den Kapiteln 42 bis 47 (**390 Seiten** einschl. der Anlagen LSG-01 / 2018 bis LSG-12 / 2018) vorgenommen und fortgesetzt:

Kapitel 42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

Kapitel 43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,

zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel 45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden: **Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto**
Juristische Binsenweisheit: **Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht**

Kapitel 46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: **Opfer wird zum Täter gemacht**
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,
mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

Kapitel 47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit
Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der
Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der
Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des
Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 42 bis 47 sind zusätzlich im
Internet dokumentiert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Zu 49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche: Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

Erdrückendes Beweismaterial zu einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik vom lebenden Zerschlagungsopfer längst vorgelegt, hochqualifizierte Zeugen wurden benannt:
Landgericht Wuppertal, 2.Zivilkammer (2 O 70/15, 2 O 163/16)
Verwaltungsgericht Berlin, 27. Kammer (VG 27 K 308.14)
Verwaltungsgericht Düsseldorf, 27. Kammer (27 K 4325/18)

Zusätzliche Internet-Doku von erdrückendem Beweismaterial zu Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf

Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer, bundesweiter Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Verlust eines Menschenlebens, kapitalen Vermögensschäden, Zerschlagung der Heimat und Rufmord am Wohnort und am Geburtsort
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010:
> Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> Zerschlagung 2: unter Verantwortung bayerischer Verwaltung und der Bayerischen Staatsregierung mit wirtschaftlichen Ruin und tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib-und Hetzjagd in NRW auf seinen einzigen Rechtsnachfolger (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)
> Zerschlagung 3: unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1) mit neuer Klage in 2018
> Zerschlagung 4 (hier): unter Verantwortung deutscher Justiz wegen verfassungswidrigem Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut mit Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto, Zerschlagungsopfer wird zum Täter diskriminiert

> Zerschlagung 5: unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit Fortsetzung verwerflicher Rufschädigung

Neuer Beweis: Die perverse Zerschlagung eines herausragenden Innovationswachstums der Digitalbranche mit dem Monster-Markteingriff und mit dem Missbrauch der
staatlichen UMTS-Auktion 2000 ist der einzige Grund für den Niedergang der Digital-Weltmesse CeBIT mit dem Aus in 2018. Es ist ein politisch motivierter Schwindel (Fake), den Niedergang der CeBIT 2002 an den Terroranschlägen des 11.September 2001 in New York festzumachen, weil viele amerikanische Besucher und Firmen deswegen nicht angereist wären (absoluter Schwachsinn), tatsächlich aber über ihre Niederlassungen in Deutschland und Europa vertreten waren und tatsächlich heute den Weltmarkt beherrschen. So wird die deutsche Öffentlichkeit "an der Nase" herumgeführt.
Die Europäische Congressmesse ONLINE 2002 des Zerschlagungsopfers unmittelbar vor der CeBIT 2002 hatte einen vergleichbaren Einbruch mit der gleichen Ursache: Sieh **Wahrheit 02:** Die Durchsetzung der Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik wurde mit einem Monster-Markteingriff und Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 erzwungen, unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

Die Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum über mehr als 25 Jahre (herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers, als profitable Zerschlagungsmasse diskriminiert),
mit qualifizierten Digital-Gipfel in jährlichem Turnus (mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt und seit 2006 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums durch staatliche Veranstaltung ersetzt),
mußten wegen Vernichtung ihres Hauptkundenstamms nach 2003 eingestellt werden. Das war Plan des Zerschlagungskonzeptes der damaligen Bundesregierung zur nachhaltigen Schwächung der Digitalbranche gegenüber der Automobilbranche. Ohne jede Entschädigung, ohne jede Hilfe, statt dessen nachhaltige, politisch motivierte **Sippen**zerschlagung in Fortsetzung seit dem 2.Weltkrieg, heimtückisch von skrupelloser Staatsanwaltschaft recherchiert und umgesetzt. Sieh Wahrheit 14.
Diskriminierung des Zerschlagungsopfers, weil alle von dem Markteingriff beschädigten Personen und Institutionen staatliche Unterstützung erhalten haben: z.B. Verlustausgleich von 250 Mio EUR an CeBIT/Deutsche Messe AG Hannover durch staatliche Anteilseigner im Jahr 2009. Das Zerschlagungsopfer musste in 2007 mit Hilfe eines Rechtsanwalts auch noch staatsanwaltschaftliche Übergriffe wegen angeblicher Insolvenzverschleppung abwehren.

Es ist Zeit zur Vergangenheitsbewältigung, bei der nur die Wahrheit zählt. Die gerichtlich beantragte Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005), ist eine notwendige Maßnahme zur Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens und gegen politische Schwindeleien über den Niedergang der deutschen Digitalbranche zugunsten der Automobilbranche.

Die Aufhebung der Rundfunksperre im gebühren-finanzierten, öffentlich-rechtlichen Rundfunk, im Verbund mit einer Mauer des Schweigens über unerhörte Vorgänge einer **gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik** ist längst erforderlich (Zerschlagung 3).

Es ist Zeit für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung, Todesopfer kann man nicht mehr lebendig machen, aber öffentliche Rehabilitierung ist Menschenrecht.
Der Bundespräsident könnte Brücken bauen, will aber nicht, weil er bei der Durchsetzung dieser **gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 in vorderster Linie beteiligt ist, mit verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010.**

Mit dem CeBIT-Aus in 2018 wurde nicht nur die tolle Weltmesse an die "Wand gefahren", sondern auch der Verlustausgleich von 250 Mio EUR für verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (3G) (Steuergelder der staatlichen Eigentümer) in den "Sand gesetzt".

Eine Mittelstands-verachtende, desaströse Innovations- und Technologiepolitik seit mehr als 18 Jahren hat die Digital-Branche, im globalen Wettbewerb 2000 internationale Weltspitze, "GSM-Weltmeister" (2G) der 90er Jahre, auf eine Branche von Import, Handel und Service reduziert. Das Innovationswachstum mit zig-Tausenden Hochtechnologie-Arbeitsplätzen ist nach Fernost ausgewandert. Bei jeder ITK-Anwendung müssen die abgewanderten Hightech-Arbeitsplätze mitfinanziert werden. Aus einer blühenden Branche, mit **über 12 % jährlichem Umsatzwachstum in 1999/2000**, mit der Telekommunikation als Innovationstreiber, wurde eine Branche ohne Perspektive (- 5 % in 2009), mit der **Telekommunikation auf Dauer-Schrumpfkurs seit über 17 Jahren.**
Der CeBIT-Niedergang mit dem CeBIT-Aus in 2018 war nicht aufzuhalten, trotz einer Viertel Mrd € Verlustausgleich von den staatlichen Anteilseignern (Steuergelder) in 2009. Die **CeBIT (BITKOM-Messe)** ist das Spiegelbild einer heruntergewirtschafteten Digital-Branche. Das CeBIT-Aus ist nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung, vom Zerschlagungsopfer in vorderster Front als Zeitzeuge des Innovationseinbruchs, gebetsmühlenartig immer wieder vorgetragen und erklärt,
Heute ist Deutschland Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.
Das einzige Unternehmen in Deutschland (Gigaset), das Smartphones herstellen kann, hat einen chinesischen Eigentümer mit Wohnsitz in Hongkong und Geburtsort in Guandong, mit Gewinnabführung an den Wohnsitz. Im Jahr 2000 war China Entwicklungsland und Deutschland Entwicklungshelfer.
Deutschland 2018 beim Mobilfunk weit abgehängt: Selbst in Albanien ist die Qualität besser, auch das beste Netz ist im internationalen Vergleich (4G/LTE) weit abgeschlagen.

Unerträglich: Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung,
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010 wird beklagt.

Zu 50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet. Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für verfassungswidrige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung

Es gibt nur einen Digital-Gipfel in Deutschland. Dieser Digital-Gipfel war integrierter Bestandteil der Europäischen Congressmessen des lebenden Zerschlagungsopfers im jährlichen Turnus, untermauert mit mehreren 100.000 ISBN-nummerierten Congressbänden, mit denen der Aufbau der deutschen Digital-Branche unterstützt und durchgeführt wurde. Öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wird am Verwaltungsgericht Berlin und am Verwaltungsgericht Düsseldorf beklagt.
Öffentliche Rehabilitierung heißt:
Professioneller Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers und Rückführung des Digital-Gipfels in die Europäischen Congressmessen ist berechtigter Rehabilitierungsanspruch des Zerschlagungsopfers und liegt im Interesse der digitalen Evolution in Deutschland.

Das CeBIT-Aus in 2018, trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, ist nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung mit dem Niedergang der deutschen Digital-Branche seit 2000. Deutsche Sozialgerichte und deutsche Verwaltungsgerichte sollten nicht das Zerschlagungsopfer zum Täter machen, sondern den tatsächlichen Täter einer **kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik verurteilen.**

Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz: Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte sind Individualrechte, deren Respektierung Voraussetzung jeder Rechtsanwendung ist.
Gegen das Versicherungsrecht sozialer Pflichtversicherungen wurde überhaupt nicht verstoßen,
weil die Grundrechte des wehrlosen Opfers mit einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ausgehebelt wurden.

An Anspruch und Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren wird erinnert.

Der Betroffene ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe: Beklagt wird die ausufernde Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1, Verwaltungsgericht Berlin) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)

unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3, Verwaltungsgericht Düsseldorf)
unter Verantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4, soziale Zerschlagung)
unter Verantwortung weisungsgebundener, skrupelloser Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5, psychische Zerschlagung mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte)

Extremistische staatliche Übergriffe zur Durchsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen sind ein Frontalangriff auf das Grundgesetz:
„Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren“, so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Das Grundgesetz soll staatliche Übergriffe verhindern und nicht schützen. Dies gilt insbesondere für extremistische staatliche Übergriffe.

Es ist verabscheuenswert und unerträglich, soziale Verantwortung vorzuheucheln, aber individuelle Zerschlagung zum eigenen Vorteil zu betreiben

Parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers hat das Opfer mehrfach zurückgewiesen:
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sind ein Frontalangriff auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte.
Staatshaftung für Forderungen einer Pflichtversicherung, deren Höhe zudem strittig ist, weil sie seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
für Angehörige der Kriegsgeneration 1941 (Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit nachgewiesenen, lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa)

Kostenhaftung hat ausschließlich der staatliche Angreifer und nicht das Opfer missbräuchlicher Staatsgewalt. Widerstand ist Grundrecht: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“ (wiederholter Hinweis an das Vollstreckungsgericht auf Art.20 Abs.4 GG)
Unbestreitbar ist zusätzlicher Anspruch des Opfers auf Schmerzensgeld wegen psychischer Zerschlagung mit tumbem Missbrauch von Staatsgewalt (Schadenersatz für immaterielle Nachteile).

In weiteren Verhandlungen ist zu klären, wie öffentliche Rehabilitierung, Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile mit Verrechnung von Rückständen und Pflichtbeiträgen an öffentlich-rechtliche und soziale Einrichtungen mit erdrückender Beweislage an den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf vorgenommen werden kann.

Kein Weiter so, ist überfällig, die Diskriminierung des Opfers zum Täter mit Bußgeldern ist ein hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz durch die regierende Generation seit 1998.

Zu 51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse

Das Zerschlagungsopfer erhält von der Geschäftsstelle des Amtsgerichtes Mettmann mit automatisierter Unterschrift einer Justizbeschäftigten, dass die zuständige Verwaltungsbehörde (Kreisverwaltung Mettmann) Erzwingungshaft für eine Geldbuße in Höhe 183,60 € plus Verwaltungskosten in Höhe von 36,20 € beantragt habe, weil keine Umstände bekannt sind, die eine Zahlungsunfähigkeit ergeben können. Das Schreiben vom 27.Dez.2018 ist am Sonnabend, den 29.12.2018 eingegangen.
Tatsache: Verwaltungsbehörde und Amtsgericht sind seit 2010 laufend informiert über die Vorgänge der politisch motivierten Sippenzerschlagung, die vom Zerschlagungsopfer scheibchenweise gegen ein Mauer des Schweigens unter einer regierenden Generation seit 1998 erfahren und ertragen werden muss.

Die Geldbuße resultiert aus einem Urteil des Amtsgerichtsdirektors Dr. Künzel **aufgrund der Hauptverhandlung vom 10.08.2016**, in dem das Zerschlagungsopfer wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt wurde. Sieh
Anlage LSG-13 / 2018
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Das Zerschlagungsopfer musste in 2018 zum wiederholten Male **Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft hinnehmen**.

Tatsache: Rechtliches Gehör wird vorgetäuscht, findet aber nicht statt
Falsche Darstellungen des Tatbestandes werden erfunden,
Zahlungsunfähigkeit soll bewiesen werden, obwohl das Opfer seit 2010 keine sozialen Versicherungsleistungen mehr erhält und Pfändungsschutzkonto benutzen muss.
Trotz erdrückender Beweislage mit zusätzlicher Internet-Doku wurde und wird rechtliches Gehör, nicht nur am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer), sondern an allen deutschen Gerichten versagt, weil die regierende Generation seit 1998 unter Verantwortung der politischen Spitze (Bundespräsident und Bundeskanzlerin) eine
Menschenrechte verachtende, gigantische Umverteilungspolitik und perverse Zerschlagungspolitik (hier politisch motivierte Sippenzerschlagung) betreibt, an die Zerschlagungsopfer keinen Schadenersatz, geschweige denn Schmerzensgeld erstatten will, und die Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung vorzieht. Aus diesem Grunde wurde die
Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten beantragt und
sowohl der Präsident des Deutschen Bundestags
als auch der Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
beide amtlich und persönlich informiert.

Die Unabhängigkeit deutscher Justiz ist wichtiger denn je. Es ist eine juristische Binsenweisheit, dass der Respekt vor dem Grundgesetz Voraussetzung für jede andere Rechtsanwendung ist, unabhängig davon, ob die Zerschlagungsopfer ein herausragendes Lebenswerk aufweisen können. Null Akzeptanz für Missbrauch von Staatsgewalt!
Politisch motivierte Sippenzerschlagung als Resultat einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist das
Werk einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft und
keine Verkehrsordnungswidrigkeit mit Erzwingungshaft für Bußgelder.

Es wird hiermit beantragt, den verfassungswidrigen Antrag der Verwaltungsbehörde Mettmann auf Erzwingungshaft unverzüglich zu stoppen. Dieser Antrag wird auch beim Amtsgericht Mettmann eingereicht.

Velbert, 31.Dezember 2018

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage LSG-13 / 2018
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:

Anlage LSG-01 / 2018
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**

Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung

Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen

Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)

Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
19.Kammer
S 19 SF 680/18 AB

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

28.Januar 2019

S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung des Befangenheitsverfahrens
zum Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019 (eingegangen am 16.Jan.2019)

Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung (mit fortlaufender Nummerierung):

52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft
Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer

54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln 52 bis 54 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Zu 52. <u>Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018</u> gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
<u>Schriftsatz vom 08.Dez.2018</u> an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
<u>Schriftsatz vom 31.Dez.2018</u> an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Der Schriftsatz vom 23.Nov.2018 umfasst die Kapitel 36 bis 41:

Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen

Kapitel 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
<u>Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.</u>
<u>gegen eine Mauer des Schweigens:</u>
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Kapitel 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger

Kapitel 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
<u>politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und</u>
<u>kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto</u>
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 36 bis 41 (insgesamt 49 Seiten inkl. Anlagen) sind auch in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit den Kapiteln 42 bis 47 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) **mit Berufung,** weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Kapitel 42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

Kapitel 43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.

Kapitel 44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:

Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und
Verwaltung . . . . .

Kapitel 45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter
Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige
Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser
Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker
in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen
Vermögensschäden: Einzige Ursache für staatlich erzwungene
Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute
Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz
vor Missbrauch von Versicherungsrecht

Kapitel 46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale
und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren
Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch
langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und
beschädigt,
mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer
Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann
seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter
dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum
Versicherungsträger

Kapitel 47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
<u>politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und</u>
<u>kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit</u>
<u>Pfändungsschutzkonto</u>
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter

Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 42 bis 47 (insgesamt 390 Seiten inkl. Anlagen) sind auch in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Kapitel 48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf
vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012

Kapitel 49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers: > > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

Kapitel 50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung

Kapitel 51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 48 bis 51 (insgesamt 30 Seiten inkl. Anlagen) sind auch in der Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Zu 53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft
Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer

Das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung bestreitet **nicht** die Verpflichtung zu Beitragszahlungen an soziale Pflichtversicherungen. Es hat die Verrechnung rückständiger Beitragszahlungen mit Schadenersatz aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2 und Zerschlagung 3 beantragt.
Unüberwindbare Befangenheit ist,
wenn das Zerschlagungsopfer zum Täter gemacht wird,
wenn seit 2011 in Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft verfassungswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit ständiger Schikanierung, Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, mit ständiger Wiederholung und Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft stattfinden,
wenn von der befangenen Richterin die Fortsetzung des sozialgerichtlichen Verfahrens über mehr als ein Jahr seit April 2017 unterbrochen wird, um verfassungswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft fortzusetzen,
wenn mit schwerer Rufschädigung die politisch motivierte Sippenzerschlagung hinter einer neuen Berliner Mauer des Schweigens verborgen wird.

In der dienstlichen Äußerung wird auf den Akteninhalt verwiesen, der dem Zerschlagungsopfer nicht zugänglich ist. In diesem Fall wäre überhaupt der Zugang zum Akteninhalt notwendig, um tiefste Befangenheit aufzuzeigen. Aufgrund kapitaler Schäden aus der politisch motivierten Sippenzerschlagung kann sich das Opfer auch keinen Rechtsanwalt mehr leisten, dem vielleicht der Zugang möglich wäre.
Dies ist die Fortsetzung einer unsäglichen Diskriminierung, die das Opfer einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter Verantwortung der regierenden Generation in Berlin seit 1998 (Zerschlagung 1),
unter Beteiligung der Bayerischen Staatsregierung, der bayerischen Verwaltung, Verwaltungsjustiz und Staatsanwaltschaft, zuständig für den Geburtsort des noch lebenden Zerschlagungsopfers (Zerschlagung 2 mit Todesopfer), und
unter direkter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der von der Zerschlagung profitieren wollte im Zusammenhang mit dem Aufbau von Phoenix (ARD/WDR, ZDF) in 1997 (Zerschlagung 3)
hinnehmen muss.
Wegen ruinöser Vermögensschäden aus den politisch motivierten Zerschlagungen, nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen mit mehreren Lebensversicherungen, wegen Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto mußten die Beitragszahlungen zu sozialen Pflichtversicherungen **seit 2010** eingestellt werden.

Seitdem hat das Zerschlagungsopfer keine Versicherungsleistungen mehr erhalten. Seitdem wird von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften die finale Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung (**Zerschlagung 4**, hier, soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit) und psychischer Zerschlagung (**Zerschlagung 5**) betrieben.

Die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht hat sich weiterhin ausgewirkt,
dass sie jede Kommunikation mit dem Opfer unterbunden hat,
dass sie mit einem Gerichtsbescheid trotz Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren erneut direkte Kommunikation mit dem Opfer vermeiden wollte,
dass sie statt dessen einen Gerichtsbescheid mit Verniedlichung und Falsch-Darstellungen des Tatbestandes rechtfertigt,
dass sie mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu einer heimtückischen Umverteilungspolitik und perversen Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates das Opfer diskriminiert,
dass sie das Opfer nur als Täter sieht, und nur mit der vom beklagten Bundeskanzleramt angewiesenen Staatsanwaltschaft bzw. den Versicherungsträger kommunizieren möchte.

Die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht spiegelt sich in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder.
Dies ist erkennbar, indem sie nur auf den Akteninhalt verweist, der für das Opfer nicht einsehbar ist.
Dies ist erkennbar, indem für das Ablehnungsgesuch und für die Anhörungsrüge nicht einmal eine Empfangsbestätigung gegeben wird, sodass vom Opfer innerhalb von 2 Wochen auch noch die Berufungsunterlagen (390 Seiten) an das Landessozialgericht erstellt werden müssen, um eine Terminüberschreitung zu vermeiden. Versagung von rechtlichem Gehör zu einer Anhörungsrüge ist verfassungswidrig.
In diesem Umfeld ist die Eingrenzung der dienstlichen Äußerung auf Akteninhalt-Verweis unerträglich mangelhaft, und trotzdem
ungeheuerliche, rechtswidrige Besonderheiten aufgezeigt werden müssen:

Einziger Grund für Nicht-Bezahlung der Beiträge seit 2010 zu sozialen Pflichtversicherungen ist Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto nach Auflösung ansehnlicher Altersrücklagen inkl. mehrerer Lebensversicherungen, die aus der heimtückischen, für das Opfer zunächst nicht erkennbaren Durchführung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer (in 2012) und ruinösen Schädigungen resultiert und
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa und
trotz intensiver Bemühungen mit qualifizierten Projektvorschlägen an die Bundeskanzlerin und Mitglieder der Bundesregierung seit 2005 bis heute am Verwaltungsgericht Berlin durch das noch lebende Zerschlagungsopfer nicht verhindert werden konnte.

Im November 2011 wurde die Klage des Versicherungsträgers nach Widerspruch gegen das Mahnverfahren vom Amtsgericht Mayen an das Sozialgericht Düsseldorf übergeben. Äußerst verwunderlich:
Bis 2018 hat das Sozialgericht jede Entscheidung vermieden, jede Kommunikation unterbunden, obwohl das Opfer vom klagenden Versicherungsträger seit 2010 keine Versicherungsleistung mehr erhält.

Offensichtlich ist, dass eine skrupellose Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Durchsetzung **einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Weisung durch die politische Spitze in Deutschland,** die Fäden zieht.
Sieh Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten Frank Walter Steinmeier an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf und an den Deutschen Bundestag, der schon in 2010 mit Niederschlagung einer Petition durch Mitglieder der Regierungsparteien involviert ist.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
> > > Scroll down after link (page 48)

Seit 2011 ist das Opfer parallelen, verfassungswidrigen "Ordnungswidrigkeitsverfahren" am Amtsgericht Mettmann ausgesetzt
mit Beteiligung des Klägers als Zeugen,
auf Betreiben einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter
unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft,
mit Versagung von jeglichem Gehör zu einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage mit vernetzter Internet-Dokumentation
mit laufendem Verfahren am Amtsgericht Mettmann auch in 2019, in dem vom Staatsanwalt erneut Erzwingungshaft beantragt ist.

Seit 2011 findet offensichtlich eine Abstimmung zwischen den Verfahren am Amtsgericht Mettmann und am Sozialgericht Düsseldorf statt,
mit einer Unterbrechung des sozialgerichtlichen Verfahrens über mehr als 1,5 Jahre seit Ende April 2017 bis zum Gerichtsbescheid vom 07.11.2018
ohne jede Kommunikation mit dem Opfer, das in dieser Zwischenzeit eine weitere Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft hinnehmen muss:
Sieh Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf

> > > Scroll down after link (page 29)

Diese erneute Unterbrechung des sozialgerichtlichen Verfahrens im April 2017 zur Fortsetzung der psychischen Zerschlagung des Opfers mit krimineller Verletzung von Menschenrechte ist für das Ablehnungsgesuch **entscheidungsrelevant.** Perverse,kriminelle Beweggründe sind offensichtlich:

Sieh Kapitel 113
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft am Morgen des 14.Juni 2018
Schriftsatz vom 31.Juli 2018 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf
Scroll down after link (page 289)

Zu 54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Soziale Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4) betrifft alle Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf (Pflegeversicherungsbeiträge seit 2010) und am Landgericht Wuppertal (Krankenversicherungsbeiträge seit 2010)
1.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Dezember 2012 (S 39 P 231/12)
2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
3.Verfahren am Landgericht Wuppertal zu erwarten
Der Kläger im 1.Verfahren ist mit Sicherheit nicht durch Rechtsanwalt Dr. Jochems Kaspers vertreten, weil er in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat:
Der Kläger war seit Beginn aller Verfahren am Landgericht und am Sozialgericht in 2011 durch die Rechtsanwälte Caspers, Mock & Partner mbB vertreten.
Der Kläger war in 2017 noch durch Unterbevollmächtigten Dr. Klaus E.Böhm der Rechtsanwälte Caspers, Mock & Partner mbB vertreten, die als renommierte "Hausanwälte" des Versicherungsträgers bekannt sind und sich offensichtlich aus diesem Menschenrechte verachtenden Verfahren zurückgezogen haben.
Sieh **Anlage SGD-14 / 2019** in diesem Schriftsatz
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten im Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018:
Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Nach 2017, nach 6 Jahren wird von der Rechtsanwaltskanzlei der Rechtsanwälte Caspers, Mock & Partner mbB die weitere Wahrnehmung der Prozessvollmacht abgelehnt, auch der Unterbevollmächtigte zieht sich zurück, ohne Nachricht an das Zerschlagungsopfer. Keine Nachricht vom Versicherungsträger! Keine Nachricht vom Sozialgericht! **Ungeheuerlich!**
Dr. Jochems Kaspers ist in 2015 aus Altersgründen aus der Rechtsanwaltskanzlei ausgeschieden, hat inzwischen seine Anwaltszulassung zurückgegeben, ist über die Vorgänge wahrscheinlich überhaupt nicht informiert, **soll nun als "Strohmann" das Treiben einer skrupellosen Staatsanwaltschaft in Kumpanei mit der abgelehnten Richterin verdecken.**

Strohmann ist ein Rechtssubjekt, das bei Geschäften oder sonstigen Rechtshandlungen für eine andere Person auftritt, **die selbst nicht in Erscheinung treten will, kann oder darf.** Hier die Staatsanwaltschaft.

Derselbe Kläger im 2.Verfahren wird durch RAe Giebel und Kollegen vertreten, mit denen die Rechtsanwälte Dr. Caspers, Mock & Partner mbB abgelöst werden.
Anlage SGD-15 / 2019 in diesem Schriftsatz
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, **die unbekannt ist** und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) an das Amtsgericht Mayen mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten sei und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Ein Blinder mit Krückstock kann erkennen, dass hier getäuscht wird, was das Zeug hält. Offensichtlich haben sich Staatsanwälte in pragmatischer Vorgehensweise als Prozessbevollmächtigte des Klägers eingesetzt, um ein rechtsstaatliches Verfahren vorzugaukeln, ein Auftreten des Klägers zu vermeiden und und die soziale Zerschlagung zu vollenden.
Weisungsgebundene Staatsanwälte,
verantwortlich für den kriminellen Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers, hier in heimtückischer Kumpanei mit der abgelehnten Richterin.
Sieh **Anlage SGD-14 / 2019** und **Anlage SGD-15 / 2019.**

Solche Vorgänge sind ein Skandal und strafbar.

Die Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten sollte mit einem Gerichtsbescheid gemäß §105 SGG anstatt mündlicher Verhandlung in heimtückischer Weise verdeckt werden, weil bei einer mündlichen Verhandlung das Fehlen des Prozessbevollmächtigten nicht zu verbergen gewesen wäre.
Ein volle Aufklärung dieses skandalösen Vorgangs ist unverzichtbar.

Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf in skandalöser Kumpanei hat eine neue Dimension erreicht.
Kein Weiter so mit sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit perverser Diskriminierung des Opfers als Täter, trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 28.Januar 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage SGD-14 / 2019 in diesem Schriftsatz
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018:
Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten,
des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine
Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an
das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu
Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 in diesem Schriftsatz
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht
Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer
Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen
beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018
(Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines
Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu
erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines
rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das
Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom
02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den
Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht
stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit
dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von
rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit
Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlagen im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:

Anlage LSG-01 / 2018
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel
der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen
Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im
Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden, vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz

wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
19.Kammer
S 19 SF 680/18 AB

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

20.Februar 2019

S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG

Begründung (mit fortlaufender Nummerierung):

55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!

56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und
unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010,
trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG..
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Zu 55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54, Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher: Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!

Die Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung des Befangenheitsverfahrens zum Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019 (eingegangen am 16.Jan.2019) wurde ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54

Kapitel 52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Kapitel 53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft
Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer

Kapitel 54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht.

Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so
mit sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit,
mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung
trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Wir sind das Opfer und nicht der Täter!
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln 52 bis 54 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schon das Rubrum des Beschlusses ist in unerträglicher Weise wahrheitswidrig, weil in Kapitel 54 unmissverständlich begründet und mit Anlage nachgewiesen:
"Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht.
Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen.
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?" Tatsächlich wird die Prozessvollmacht von einem Staatsanwalt wahrgenommen. Das ist ein wahrer Grund, warum die Klägerin sich zu dem Befangenheitsantrag nicht geäußert hat.
Die Wahrheitswidrigkeit des Rubrums wird nicht dadurch korrigiert, indem festgehalten wird, dass die Klägerin zu einer täuschenden Falschdarstellung der Klägerin, die als skandalös nachgewiesene Unrichtigkeit der Prozessvollmacht, keine Stellung nimmt. **Die Wahrheitswidrigkeit des Rubrums darf nicht korrigiert werden, weil damit die Besorgnis der Befangenheit schon im Rubrum erhärtet wird.**
Wenn schon im Rubrum getäuscht wird, selbst Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Weiterhin: Die einseitige Kurzdarstellung in Abschnitt I Ziffer 1
unterdrückt und verfälscht die Faktenlage, indem der Beginn des Verfahrens nicht im Jahr 2017, sondern im Jahr 2012 liegt. **7 Jahre** sind ohne einen Verhandlungstermin vergangen. **Seit 7 Jahren gibt es Probleme**, die heute noch nicht gelöst sind.

Weiterhin: Die einseitige Kurzdarstellung in Abschnitt I Ziffer 1 will mit den Schriftsätzen des beklagten Opfers vom 12.03.2017 (Ziffer 30 bis 33) und vom 26.04.2017 (Ziffer 34 und 35) den **falschen Eindruck suggerieren**, dass rechtliches Gehör stattgefunden hätte, also nicht vorgetäuscht worden sei. Tatsächlich wird dadurch nur erkennbar, dass das beklagte Zerschlagungsopfer sich um rechtliches Gehör sehr bemüht hat.

Weiterhin: Schon die einseitige Kurzdarstellung in Abschnitt I Ziffer 2 und 3 zeigt deutlich, **dass die Dienstliche Äußerung der befangenen Richterin aus einer unzureichenden Standardfloskel besteht,** nämlich den Verweis auf den

Akteninhalt, und diese Standardfloskel wird noch eingeschränkt auf den Gerichtsbescheid vom 7.11.2018, der nur als Ergebnis und Auswirkung tiefster Befangenheit zu bewerten ist.
Tatsächlich hat es bis zum Gerichtsbescheid **keine Kommunikation**, sondern nur Eingaben des verurteilten Opfers gegeben. Für eine Kommunikation ist auch eine Antwort auf eine Eingabe erforderlich. Ohne eine Antwort ist eine Befangenheit nicht erkennbar. Dem Opfer kann nicht die Fähigkeit eines Hellsehers unterstellt werden. Es wäre mit Recht verwerflich, wenn Befangenheit ohne einen Grund, nur auf unbegründeten Verdacht hin vorgeworfen wird.

Weiterhin: Es geht um Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers.
Das ist kein Kavaliersdelikt!
Andere Gerichte sind involviert.
Der Deutsche Bundestag ist involviert.
Der Bundespräsident ist involviert: Seine Immunitätsaufhebung ist bei den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf sowie beim
Präsidenten des Deutschen Bundestags beantragt. Im einem weiteren Verfahren an der 39.Kammer (S 39 P 19/19) ist derselbe Antrag gestellt. Ein weiterer Antrag an das Landgericht Wuppertal ist kurzfristig in Vorbereitung.

Weiterhin: Sozialgerichte müssen offensichtlich über ihre eigentliche Aufgabenstellung nachdenken. Ihre Aufgabe ist die Gewährleistung von sozialer Sicherheit und nicht das Gegenteil: Soziale und psychische Zerschlagung. Es ist nicht nur pervers und perfide, dem Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit einer Rechnung wie in Anlage SGD 17/2019 a zum Täter machen zu wollen. Der betreffende Gerichtsbescheid unterstützt
hasskriminelle Zielsetzungen einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die keine Verantwortung für politisch motivierte Sippenzerschlagung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik übernehmen will.

Weiterhin: Gerade von deutschen Sozialgerichten muss mehr erwartet werden Sozial-Ethik der Sozialgerichte darf sich wichtigen Fragen nicht versagen wie Fragen nach der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, nach Werten wie Freiheit, Toleranz, Gerechtigkeit oder Nachhaltigkeit und richtigen Strukturen auch in der Justiz. Gerade in Befangenheitsverfahren sind sozialethische Grundsätze zu beachten und das Grundgesetz nicht aus dem Auge zu verlieren. Politisch motivierte Sippenzerschlagung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ist ein Frontalangriff auf das Grundgesetz. Daher:
Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschlüsse der ersten Instanz auch im Befangenheitsverfahren hat volle Berechtigung und Schlüsselfunktion beim Nachweis, **dass die Verfahren am Sozialgericht verfassungswidrig sind, wenn sie zur sozialen Zerschlagung missbraucht werden:** Es geht um Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen.
Die abzulehnende Richterin hat ihre Befangenheit schon wieder erneut selbst nachgewiesen, indem sie das Ende des Befangenheitsverfahrens nicht abgewartet hat und einen weiteren Beschluss erlassen hat, den sie auch noch als als unanfechtbar erklärt. Sieh Anlage SGD 17 / 2019 b Seite 5.
Die Beachtung des Grundgesetzes ist Voraussetzung für jede Rechtsanwendung auch der Sozialgesetze, erst Recht für eine Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren **mit Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO.**
Kein Weiter so.

Zu 56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und
unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998,
trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010
trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Es ist nicht hilfreich, alle möglichen Zweifel aufzuzählen und damit einen Beschluss zu rechtfertigen, mit denen und mit dem auch der Glaubwürdigkeit der Sozialgerichte geschadet wird. Sieh sozialgerichtliche und sozialethische Aufgabenstellungen im letzten Kapitel.
19.Kammer: "Es ist bereits zweifelhaft, ob das Befangenheitsgesuch zulässig ist. Denn das erstinstanzliche Verfahren ist durch den Gerichtsbescheid vom 07.11.2018 bereits abgeschlossen worden." Sieh Faktenlage, warum erstinstanzliches Verfahren nicht abgeschlossen ist. Die 19. Kammer muss nicht dem Opfer, sollte aber dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts vertrauen:
"Man muss das Grundgesetz nicht lieben, aber man muss es respektieren."
Wer Anhörungsrügen nicht beachtet, gerade im Umfeld **einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit Fortsetzung durch soziale Zerschlagung, ist verantwortlich** für schwere Verletzungen des grundrechtsgleichen Recht gemäß Art.103 Abs.1 GG:

Nicht nachvollziehbar ist, wenn Selbstkorrektur eines Gerichts mit Selbstkorrektur einer abgelehnten, weil befangenen Richterin verknüpft wird. Personale Bindung der Rechtsprechung bei Befangenheit ist völlig daneben. Hier ist dies überhaupt nicht möglich, indem die abgelehnte Richterin in der Dienstlichen Äußerung überhaupt kein Einsehen erkennen lässt. Sieh oben: . . . Kurzdarstellung in Abschnitt I Ziffer 2 und 3 zeigt deutlich, **dass die Dienstliche Äußerung der befangenen Richterin aus einer unzureichenden Standardfloskel besteht,** nämlich den Verweis auf den Akteninhalt, und diese Standardfloskel wird noch eingeschränkt auf den Gerichtsbescheid vom 7.11.2018, der nur **als Ergebnis und Auswirkung tiefster Befangenheit zu bewerten ist.**

Tatsache ist, dass auf die Anhörungsrüge im Schriftsatz vom 23.Nov.2018 (Umfang 49 Seiten) nicht einmal eine Empfangsbestätigung gegeben wurde, und damit eine zu schnelle Einleitung des Berufungsverfahrens erzwungen wurde, nachdem über 7 Jahre lang eine Kommunikation versagt wurde und diese Zeit für rechtswidrige Schikaneverfahren am Amtsgericht Mettmann, mit Eskalation zu wiederholten Freiheitsberaubung und psychischer Folter gefüllt wurde. Das Rechtsmittel der Anhörungsrüge hat Schlüsselfunktion, um verfassungswidrige Rechtsanwendungen am Sozialgericht zu verhindern.

Die Ausführungen im Abschnitt II Ziffer 1 enden mit der Feststellung: "Letztlich kann dies hier aber dahingestellt bleiben, weil das Befangenheitsgesuch jedenfalls unbegründet ist". Tatsächlich ist es nicht hilfreich, alle möglichen Zweifel aufzuzählen und damit einen Beschluss zu rechtfertigen, mit denen und mit dem auch der Glaubwürdigkeit der Sozialgerichte geschadet wird.

Die Ausführungen im Abschnitt II Ziffer 2 betrifft die Besorgnis der Befangenheit eines Richters im Zusammenhang mit Misstrauen gegen seine Unparteilichkeit. Die Feststellung, dass keinerlei Anhaltspunkte dafür vorliegen würden, die für eine Befangenheit der abgelehnten Richterin aus der Sicht der vorhergehenden Ausführungen sprechen könnten, steht in völligem Widerspruch zu der immer wieder aufgezeigten Faktenlage.

Mit Widerspruch zu **Ziffer 2 a) ist der Gerichtsbescheid das Ergebnis der richterlichen Befangenheit,**
die schon im Vorfeld einer mündlichen Verhandlung mit kompletter Versagung einer notwendigen Kommunikation begründet liegt,
die mit der Kommunikation einer mündlichen Verhandlung hätte vielleicht überwunden werden können.

Der wirkliche Grund für die Versagung einer mündlichen Verhandlung ist jedoch, wie mehrfach ausgeführt,
dass in diesem Verfahren der Staatsanwalt de facto als Prozessbevollmächtigter agiert und dass der im Rubrum angegebene Prozessbevollmächtigte des Klägers nur als "Strohmann" missbraucht wird und daher folgerichtig von der Klägerseite keine Stellungnahme zu dem Befangenheitsverfahren abgegeben wurde. Also sind die Ausführungen in **Ziffer 2 a)** de facto ein starker Beweis für das berechtigte Misstrauen einer tatsächlichen Unparteilichkeit. Der Beschluss erhärtet die Beweiskraft:
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist <u>auch bei Wiederholung rechtswidrig</u>.

Mit Widerspruch zu **Ziffer 2 b) setzt der Beschluss eine unerträgliche Diskriminierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung fort** mit der Feststellung: "Aus dem Umstand, dass in dem Gerichtsbescheid nicht auf jeden von dem Beklagten geäußerten Gesichtspunkt eingegangen wurde, kann nicht auf eine Befangenheit der Richterin geschlossen werden". Das ist wie ein **Faustschlag in das Antlitz der Justitia**: Kein Weiter so!
Mit dieser Verniedlichung wird "Tür und Tor" für verfassungswidrige Verfahren am Sozialgericht geöffnet. Rechtsanwendungen sind verfassungswidrig, wenn rechtliches Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen versagt wird.

Es ist pervers, auf den wirklichen Grund, mit dem das Opfer zum Täter abgestempelt wird, überhaupt nicht einzugehen. Sieh
**Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.**

Kapitel 36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
Kapitel 37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
Kapitel 38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Kapitel 39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB

Kapitel 40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
Kapitel 41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
Detaillierte Ausführungen mit Mausklick leicht nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Mit Widerspruch zu Ziffer 2 c) der Feststellung: "Soweit der Beklagte rügt, dass die Richterin mit der Dienstlichen Äußerung lediglich auf den Akteninhalt verwiesen habe, ist dies nicht zu beanstanden." Sieh obige Ausführung:
Schon die einseitige Kurzdarstellung in Abschnitt I Ziffer 2 und 3 zeigt deutlich, **dass die Dienstliche Äußerung der befangenen Richterin aus einer unzureichenden Standardfloskel besteht,** nämlich den Verweis auf den Akteninhalt, und diese Standardfloskel wird noch eingeschränkt auf den verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 7.11.2018, der nur als Ergebnis und Auswirkung tiefster Befangenheit zu bewerten ist.
Dieser Widerspruch entspricht gängiger Meinung seriöser Rechtsprechung.
Weiterhin ist aus dem 2.Abschnitt der **Ziffer 2 c) zu entnehmen:** Die Klägerin hat offensichtlich keinen wesentlichen Beitrag zur Klage geleistet, andernfalls müssten Belege beim Beklagten vorliegen. Dies erhärtet den Beweis, dass der im Rubrum angeführte Proz.-Bev. nur ein "Strohmann" ist, weil diese Funktion von einem skrupellosen Staatsanwalt wahrgenommen wird.

Mit Widerspruch zu **Ziffer 2 d) der Feststellung, weil unerträgliche Diskriminierung des Zerschlagungsopfers:** "Die weiteren Ausführungen des Beklagten in den Schriftsätzen vom 23.11.2018 und 30.01.2019 sind nicht nachvollziehbar." Diese Feststellung zeigt lediglich einen hohen Kommunikationsbedarf, dem das Sozialgericht nicht nachkommen will, kein Interesse an einer mündlichen Verhandlung hat und lieber das Zerschlagungsopfer zum schuldigen Täter macht.

Das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung weist jede Verantwortung einer skandalösen Justiz zurück, die mit verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen zu einer extremistischen Ausuferung staatlicher Übergriffe geführt hat:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Deutscher Bundestag und Deutsche Justiz mit derzeit laufenden Verfahren unter Steuerung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit Weisung durch das beklagte Bundeskanzleramt.
Verwaltungsgericht Berlin (VG 27 K 308.14)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 4325/18)
Landgericht Wuppertal (16 T 194/18)
Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12, S 39 P 19/19)
Deutscher Bundestag mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten wegen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 unter seiner Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005).

Es ist in einem unerträglichen Maße diskriminierend, mit rechtswidrigen und verfassungswidrigen Verfahren die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu verursachen, den dadurch erhöhten Kommunikationsbedarf zu verhindern und dem Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung vorzuwerfen: "Es handelt sich um eine nahezu unverständliche Aneinanderreihung und Wiederholung von schlagwortartig formulierten Vorwürfen, die einen Zusammenhang mit dem vorliegenden Verfahren nicht erkennen lassen."

Dieser Vorwurf steht im Widerspruch zu einem zusätzlichen Service der vernetzten Internet-Doku zum Nachlesen von hier mit über 55 Kapiteln:
Der Inhalt mit relevanten Überschriften und Schlüsselwörter (Suchargumente) und daran anschließende detaillierte Ausführungen soll das Verstehen unterstützen, um zu vermeiden, dass "vor lauter Bäumen der Wald nicht mehr gesehen" wird. Der Leser sollte natürlich nicht nur die Überschriften lesen, sondern auch die detaillierten Ausführungen.

Nicht relevant für Befangenheitsverfahren, aber für besseres Verständnis:
Presseinformation mit 23 Wahrheiten als Anlage zum Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1901.pdf

Zu 57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung

Das Zerschlagungsopfer übergibt in Anlage SGD-17 / 2019 zusätzliche Beweise für rechtswidriges Verhalten der abgelehnten Richterin während des Befangenheitsverfahrens:
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
Dies sind Beweise für einen mehrfachen Verstoß gegen **§47 Abs.1 ZPO:** Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten.

Damit wird die abgelehnte Richterin untragbar, zumal sie in den Verfahren auch noch als Einzelrichterin trotz Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit Beisitzer auftritt. **Es ist offensichtlich,** dass die abgelehnte Richterin dem massiven Druck weisungsgebundener Staatsanwaltschaft nicht gewachsen ist, nachdem das Zerschlagungsopfer gezwungen ist, die Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Frank-Walter Steinmeier beim Präsidenten des Deutschen Bundestags zu beantragen.

In diesem Zusammengang ist es **unverantwortlich vom Sozialgericht,** eine Unterstützung der/des verantwortlichen Richterin/Richters mit Beisitzer zu untersagen. Dieselbe Verfahrenskritik ist auch für dieses Befangenheitsverfahren deutlich auszusprechen.

Dem Ablehnungsgesuch ist unter Beachtung aller Argumente stattzugeben. Darüber hinaus wurde mit detaillierten Ausführungen über die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit einer erdrückenden, Ordner-Reihen füllenden Beweislage in den o.g. Gerichten vorgetragen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist ein Frontalangriff auf das Grundgesetz. Gegen die Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung in mehreren Verfahren (S 39 P 231/12, S 39 P 19/19) ist der Respekt vor dem Grundgesetz einzufordern.
Unverzichtbar ist daher der Anspruch auf rechtliches Gehör, das mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG einzufordern ist.
In Konsequenz ist die Rechtsanwendung von Sozialgesetzen verfassungswidrig, wenn dagegen verstoßen wird. Das gilt auch für §172 Abs.2 SGG. Voraussetzung für die Rechtsanwendung von §172 Abs.2 SGG ist der notwendige Respekt vor dem Grundgesetz.

Zur Erinnerung: Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln 42 bis 47 (insgesamt 390 Seiten inkl. Anlagen) sind auch in der Internet-Doku nachlesbar:
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Zur Erinnerung: Das Zerschlagungsopfer hat ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden ist der Hintergrund zu staatlich erzwungener Altersarmut. Selbst als Nicht-Jurist war es ihm möglich, in diesem Befangenheitsverfahren eine Kombination von Rechtswidrigkeit und Verfassungswidrigkeit aufzuzeigen. In diesem Umfeld ist das Rechtsmittel der Anhörungsrüge zu 100 % berechtigt. Außerdem kann die Lesbarkeit des Beschlusses und damit die Kommunikation verbessert werden, wenn wenigstens die Hauptabschnitte I und II eine Überschrift hätten.

Kein Weiter so mit sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit perverser Diskriminierung des Opfers als Täter, trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 20.Februar 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage SGD-17 / 2019 in diesem Schriftsatz
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018:
Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht

mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA
Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf
Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des
grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche
Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-
nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE
2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines
verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines
Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung
seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen

Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010,
trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem
Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine
Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere
unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit
nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter
diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch
motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes
verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf
rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter
Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
19.Kammer
S 39 P 231/12
S 39 P 19/19

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

02.März 2019

S 39 P 231/12, S 39 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Zurückweisung des Beschlusses **S 39 P 231/12** vom 12.02.2019 (eingegangen am 16.02.2019) und Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben **S 39 P 19/19** vom 13.02.2019 (eingegangen am 19.02.2019)

Begründung (mit fortlaufender Nummerierung):

58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19

Die Besorgnis der Befangenheit der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners wurde mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 nicht entkräftet, sondern verstärkt. Daher war es nicht vermeidbar, mit entscheidungsrelevanter Begründung das Rechtsmittel der Anhörungsrüge anzuwenden, um das Befangenheitsverfahren fortzusetzen. Die betroffene Richterin hielt es nicht für erforderlich, das Ende des laufenden Befangenheitsverfahrens abzuwarten und hat in unnötiger Weise gegen gesetzliche Regelungen, die ihr Verhalten während eines Befangenheitsverfahren betreffen, mehrfach verstoßen.

Das Zerschlagungsopfer hat mit Anlage SGD-17 / 2019 zusätzliche Beweise für rechtswidriges Verhalten der abgelehnten Richterin während des Befangenheitsverfahrens an die 19.Kammer übergeben:
b. Seite 3-5: Beschluss **S 39 P 231/12** vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben **S 39 P 19/19** vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
Dies sind Beweise für einen mehrfachen Verstoß gegen **§47 Abs.1 ZPO:** Ein abgelehnter Richter hat vor Erledigung des Ablehnungsgesuchs nur solche Handlungen vorzunehmen, die keinen Aufschub gestatten.

Aus dieser Begründung ergibt sich die Konsequenz, dass gegen den Beschluss S 39 P 231/12 Einspruch einzulegen ist, weil er von einer Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren verfasst worden ist und dementsprechend zurückzuweisen ist. Darüber hinaus ist darauf hinzuweisen, dass ein Ablehnungsgesuch nur personenbezogen, nicht Gerichts-bezogen, also Verfahrens-übergreifend zu bewerten ist.
Das Ablehnungsgesuch gilt somit auch für das Verfahren S 39 P 19/19, insbesondere im verfassungswidrigen Umfeld von
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010

In diesem verfassungswidrigen Umfeld sollte es selbstverständlich sein, im wahrsten Sinne des Wortes, dass gesetzliche Vorschriften penibel einzuhalten sind, insbesondere Vorschriften, die das Verhalten der Richterin selbst betreffen.

Zur Erinnerung: Das Zerschlagungsopfer hat ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit erdrückender Beweislage längst nachgewiesen. Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden ist der Hintergrund zu staatlich erzwungener Altersarmut. Selbst als Nicht-Jurist war es ihm möglich, in diesem Befangenheitsverfahren eine Kombination von Rechtswidrigkeit und Verfassungswidrigkeit aufzuzeigen. In diesem Umfeld ist das Rechtsmittel der Anhörungsrüge **zu 100 % berechtigt**. .

Kein Weiter so mit sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit perverser Diskriminierung des Opfers als Täter, trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Velbert, 02.März 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018:
Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht

mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA
Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf
Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des
grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche
Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-
nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE
2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines
verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines
Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung
seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen

Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits

Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
19.Kammer
S 19 SF 680/18 AB

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

Velbert, 19.März 2019

S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019.

Begründung (mit fortlaufender Nummerierung):

59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagung hat mit
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf
Einspruch mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG erhoben, Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB. Der Einspruch umfasst die Kapitel 55 bis 57:
Kapitel 55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52-54, Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher: Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
Kapitel 56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010,
trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Darüber hinaus hat das Zerschlagungsopfer mit
Schriftsatz vom 02.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf
den Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und alle Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners wegen laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 zurückgewiesen
Kapitel 58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß
gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Eine Bescheidung der Anhörungsrüge hat bis heute nicht stattgefunden. Die Versagung der Bescheidung einer Anhörungsrüge ist verfassungswidrig, weil rechtliches Gehör versagt wird: Verstoß gegen Art.103 Abs.1 GG**. Wegen rechtlicher Zusammenhänge im Umfeld politisch motivierter Sippenzerschlagung wird eine**
Bescheidung bis spätestens zum 3.April 2019 erwartet.

Velbert, 19.März 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018:
Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht

mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA
Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf
Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des
grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche
Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-
nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE
2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung
eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und
aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit
anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz
(staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines
verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines
Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung
seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel (Beklagte)**
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen

Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 02101-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Kopie an
Sozialgericht Düsseldorf, 19.Kammer, S 19 SF 680/18 AB, S 19 SF 156/19 AB
40227 Düsseldorf, Ludwig-Erhard-Allee 21, Fax an 0211-7770-2373

Velbert, 10.April 2019

L 5 P 88/18 Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
S 19 SF 156/19 AB in Sachen S 39 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
mit Konsequenz für ein nicht beantragtes
Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019
nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019

Begründung (mit fortlaufender Nummerierung):

60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
<u>Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit</u> wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
<u>Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde</u> wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Zu 60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit, daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

Der Beklagte ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung. Die tatsächliche Behandlung als Täter vor dem Sozialgericht ist eine infame Diskriminierung. Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist mit
massiven Grundrechtsverletzungen, mit verheerenden Folgewirkungen bis zu staatlich erzwungener Altersarmut, mit ungeheuerlichen Vorgängen des Missbrauchs von Regierungsgewalt, des Missbrauchs deutscher Justiz mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe verbunden.
Das Zerschlagungsopfer wehrt sich, darüber hinaus Opfer richterlicher Befangenheit zu werden.

Mit Schriftsatz vom 23.Nov.2018 (Anlage LSG-01/2018 der Berufungsunterlagen) wurde das
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und das Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG begründet.
Das Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz wurde erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018 zugelassen:
Sieh
Anlage LSG-18 / 2019 in diesem Schriftsatz:
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners

Das Zerschlagungsopfer hat mit Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin mit schwerwiegenden Vorwürfen Stellung genommen: Sieh **Anlage LSG-19 / 2019**
Die Stellungnahme umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf

Kapitel 53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft
Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer

Kapitel 54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln 52 bis 54 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Das Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 wurde trotz überzeugender Begründung von der 19.Kammer mit Beschluss vom 06.Feb.2019 für unbegründet erklärt: **Sieh Anlage LSG-20 / 2019**

Mit Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf wurde gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG Einspruch eingelegt:
Sieh Anlage LSG-21 / 2019 mit den Kapiteln 55 bis 57:

Kapitel 55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher: Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!

Kapitel 56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010,
trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.

Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen,
weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Trotz laufendem Befangenheitsverfahren, **im Widerspruch zu §47 Abs.1 ZPO**, hat die abgelehnte Richterin am Sozialgericht Daners einen weiteren Beschluss gefasst und zugesandt: Sieh
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.

Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
Die Begründung der vorstehenden Zurückweisung wurde mit Kapitel 58 ausgeführt:
Kapitel 58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners
mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Die Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 musste mit Schriftsatz vom 19.März 2019 auch noch angefordert werden:
Sieh Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG

Erinnerung und Antrag auf Bescheidung wurde mit Kapitel 59 ausgeführt:
Kapitel 59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Wenn man "Jäger zum Jagen tragen muss", dann ist leicht erkennbar, dass zum Jagd-Ergebnis die notwendige Voraussetzung fehlt. Wenn man die 19.Kammer mit Anhörungsrügen und mit Erinnerung und Antrag zur Bescheidung einer Anhörungsrüge "prügeln" muss, dann ist leicht erkennbar, dass überhaupt keine Motivation vorhanden ist, das Befangenheitsverfahren objektiv durchzuführen.

Ein echter Jäger sucht den Jagderfolg und behindert nicht die Treiber.
Ein objektiver Richter eines Befangenheitsverfahrens im Umfeld politisch motivierter Sippenzerschlagung kann nicht einfach Beschwerden und die Anfechtung von Rechtsmittel unterdrücken, wenn es um Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte geht.

Zu 61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

Mit "unanfechtbaren" Beschluss vom 22.03.2019 wird die ausführlich begründete Anhörungsrüge des Beklagten, der als Täter in unerträglicher Weise diskriminiert wird, vom Gericht zu Unrecht zurückgewiesen. Es besteht kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung. Sieh **Anlage LSG-25 / 2019**
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit.

Schon der erste Satz der Begründung ist derart skurril, weil §78a SGG nicht auffindbar ist, also nicht existent ist. Mit einem nicht existenten §78a SGG wird die Begründung eröffnet.

Mit Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf wurde gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG ein überzeugender Einspruch eingelegt:
Sieh Anlage LSG-21 / 2019 mit den Kapiteln 55 bis 57:

Das Befangenheitsverfahren ist erst mit dem letzten Rechtsmittel und notfalls nach einer Beschwerde mit Aufarbeitung der Ergebnisse beendet. Eine **abgelehnte Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren handelt rechtswidrig** (sieh §47 Abs.1 ZPO), wenn sie weitere Beschlüsse erlässt, mit denen sie das laufende Befangenheitsverfahren einfach ignoriert.
Daher unverzichtbar: Die befangene Richterin ist dauerhaft abzulehnen
Sieh **Anlage LSG-22 / 2019**
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.

Wenn man "Jäger zum Jagen tragen muss", dann ist leicht erkennbar, dass zum Jagen überhaupt kein Interesse vorhanden ist. Wenn man die 19.Kammer mit Anhörungsrügen und mit Erinnerung und Antrag zur Bescheidung einer Anhörungsrüge "prügeln" und treiben muss, dann ist leicht erkennbar, dass überhaupt keine Motivation vorhanden ist, das Befangenheitsverfahren objektiv durchzuführen.

Ein echter Jäger sucht den Jagderfolg und behindert nicht die Treiber.
Ein objektiver Richter eines Befangenheitsverfahrens im Umfeld politisch motivierter Sippenzerschlagung kann nicht einfach Beschwerden und die Anfechtung mit Rechtsmitteln unterdrücken, wenn es um Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte geht.
Es besteht kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
Dementsprechend ist die Berufungsinstanz (L 5 P 88/18) mit dieser Beschwerde in Kenntnis zu setzen, weil das Befangenheitsverfahren in rechtswidriger Weise und verfassungswidriger Weise abgebrochen wurde.

Darüber hinaus ist die Oberflächlichkeit der Begründung
mit nicht zutreffenden Behauptungen, mit leeren Plattitüden,
mit abwertenden, diskriminierenden, wiederholten und nicht zutreffenden Phrasen, sogar
mit nicht existenten Gesetzesvorschriften
mit Kritik zurückzuweisen: z.B. der Richter könne nicht auf alle Einzelheiten eingehen, wenn er die Hauptsache mit totaler Verschweigung unerhörter Vorgänge politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz mehrfacher Anhörungsrügen in verfassungswidriger Weise übergeht:
Tatsache ist, dass die regierende Generation seit 1998, die beklagte Bundesregierung in die politisch motivierte Sippenzerschlagung verwickelt ist. Daher auch der Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten bei allen Gerichten zur Unterstützung eines entsprechenden Antrags beim Deutschen Bundestag.
Tatsache ist, dass politisch motivierte Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Todesopfer und staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang eines Pfändungsschutz-Konto das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften ist.

Dieses Befangenheitsverfahren ist reine "Augenwischerei", ein "Bluff":
Ein rechtsstaatliches Verfahren wird vorgetäuscht, um die politisch motivierte Sippenzerschlagung mit sozialer Zerschlagung und psychischer Zerschlagung ungestört zu Ende bringen zu können.
Das Zerschlagungsopfer hat die generell übliche Verrechnung von Beitragsrückständen sozialer Versicherungen beantragt, weil es seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erhält. Dieser Antrag wurde bis heute einfach unterdrückt. Kein Weiter-so!

Gleichheit vor dem Gesetz ist Grundrecht, das massiv verletzt wird, wenn sich das Zerschlagungsopfer alleine nicht nur gegen Kläger und Staatsanwaltschaft, sondern auch noch gegen das Gericht wehren muss, weil dieses sich auf die Seite des Stärkeren schlägt: Sieh **Missbrauch deutscher Justiz für politisch motivierte Zerschlagungen**

Das Zerschlagungsopfer wehrt sich mit vollem Recht wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung gegen jegliche Kostenberechnung zum Befangenheitsverfahren.

Zu 62. Befangenheit ist <u>personenbezogen</u> und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB gegen dieselbe Richterin in Sachen S 39 P 19/19 wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung derselben Richterin in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung der Beschwerde und bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens

Befangenheit ist eine innere Haltung des Richters, die seine Neutralität, Distanz und Unparteilichkeit gegenüber den Verfahrensbeteiligten störend beeinflusst, indem sie ein persönliches, parteiliches Interesse des Richters, sei es wirtschaftlicher, ideeller, politischer oder rein persönlicher Art, am Verfahrensgang und am Ausgang des Verfahrens begründet. Besorgnis der Befangenheit besteht, wenn ein am Verfahren Beteiligter bei vernünftiger Würdigung aller Umstände an der Unvoreingenommenheit Anlass hat, an der Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln. Hierbei ist ein individuell-objektiver Maßstab anzulegen.

Im vorliegenden Verfahren musste
nicht nur schwere Befangenheit der abgelehnten Richterin festgestellt werden, **sondern auch eine subjektive Parteilichkeit der 19.Kammer,** sodass Ansprüche auf Unanfechtbarkeit der Beschlüsse und auf Nicht-Zulassung von Beschwerden zurückgewiesen werden müssen. Sieh Kapitel 61. Besonders zu bemängeln ist die nicht erkennbare Respektierung des Grundgesetzes. Rechtsanwendungen der Sozialgesetze sind nur mit der angemessenen Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen.

Erschwerend kommt hinzu, dass keinerlei Beachtung politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffen zu erkennen ist, obwohl diese derzeit Gegenstand weiterer Verfahren an den Verwaltungsgerichten in Berlin und Düsseldorf sowie am Landgericht Wuppertal sind.

Erschwerend kommt hinzu, dass weisungsgebundene Staatsanwälte die Interessen der obersten politischen Spitze wahrnehmen, die in die politisch motivierte Sippenzerschlagung involviert ist.

Erschwerend kommt hinzu, dass unter Koordination von Staatsanwälten ein 2.Verfahren (eigentlich Anschlussverfahren) an der 39.Kammer vorgelegt wurde, die ebenfalls von der abgelehnten Richterin übernommen werden soll. Ein solche Verfahrensweise ist nicht hinzunehmen und somit auch der Berufungsinstanz mit dieser Beschwerde anzuzeigen.

Erschwerend kommt hinzu, dass die abgelehnte Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren rechtswidrig gehandelt hat (sieh §47 Abs.1 ZPO), weil sie weitere Beschlüsse erlassen hat, mit denen sie das laufende Befangenheitsverfahren einfach ignoriert hat.
Daher unverzichtbar: Die befangene Richterin ist dauerhaft abzulehnen. Die Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens wird beantragt.

Unerträglich diskriminierend und beleidigend ist die Behauptung der 19.Ein-Richter-Kammer: "Im übrigen hat das Gericht das weitere Vorbringen des Beklagten unter II.2d) seiner Ausführungen **gewürdigt**." Der Wortlaut der Ausführungen unter II.2d) ist: "Die weiteren Ausführungen des Beklagten in den Schriftsätzen vom 23.11.2018 und 30.01.2019 sind nicht nachvollziehbar. Es handelt sich um eine nahezu unverständliche Aneinanderreihung und Wiederholung von schlagwortartig formulierten Vorwürfen, die einen Zusammenhang mit dem vorliegenden Verfahren nicht erkennen lassen." Diese Würdigung betrifft detaillierte Ausführungen zu

Soziale und psychische Zerschlagung (Wahrheit 22 / 23):
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene
Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat
am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des
Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.

"gewürdigt": Es zeigt charakterliche Mängel, wenn deutsche Sprache mit einem positiven Grundgehalt zu einer nicht zu überbietenden Diskriminierung von Zerschlagungsopfern missbraucht wird,
nicht von einem weisungsgebundenen Staatsanwalt, sondern von einer unabhängigen Judikative, die in Befangenheitsverfahren zusätzlich ethische und moralische Aspekte beachten sollte. Es ist eine besondere Erfahrung des Zerschlagungsopfers mit hasserfüllter Justiz im Umfeld einer kriminellen Zerschlagungspolitik unter politischer Verantwortung einer seit 1998 regierenden Generation.

Velbert, 10.April 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage LSG-18 / 2019 in diesem Schriftsatz
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am

Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019
nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019
60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer
61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0211-7770-2373

Sozialgericht Düsseldorf
19.Kammer
S 19 SF 680/18 AB, S 19 SF 156/19 AB

Ludwig-Erhard-Allee 21
40227 Düsseldorf

Velbert, 11.April 2019

S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
S 19 SF 156/19 AB in Sachen S 39 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Unterrichtung des Sozialgerichts Düsseldorf
über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein <u>nicht</u> beantragtes
Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019
nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

Die Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB umfasst folgende Kapitel

Kapitel 60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

Kapitel 61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

Kapitel 62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren gegen die abgelehnte Richterin wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind in Anlage
und zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

In der Begründung wird der Anspruch auf Unanfechtbarkeit der Beschlüsse und der Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes bestritten.

Hervorzuheben ist, dass ein 2.Befangenheitsverfahren nicht beantragt wurde, sodass eine 2.Dienstliche Äußerung der Richterin am Sozialgericht Daners völlig überflüssig ist, für das laufende 1.Befangenheitsverfahren ohne Bedeutung ist und der Fortgang des laufenden 1. und einzigen Verfahrens nach Bescheidung der Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör abzuwarten ist.

Velbert, 10.April 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen in diesem Schriftsatz

Anlage SGD-26 / 2019 in diesem Schriftsatz
Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB und Konsequenz zu einem nicht beantragten Befangenheitsverfahren
S 19 SF 156/19 AB

Anlage LSG-18 / 2019 im Schriftsatz vom 10.April 2019
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am

Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019 nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019
60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer
61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Schriftsatz vom 11.April 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Unterrichtung über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Scroll down after link (page 306)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Velbert, 12.April 2019

S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Stellungnahme zu Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 (eingegangen am 02.April 2019) mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.

Stellungnahme zu Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 (mit fortlaufender Nummerierung):

64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.

65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind keine Schicksalsschläge, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 329)

Zu 64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.

Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung hat mit Schriftsatz vom 10.April 2019 termingerecht außerordentliche Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör
in einem skurrilen Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
mit Konsequenz für ein nicht beantragtes 2.Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB gegen die Richterin am Sozialgericht Düsseldorf mit folgenden Kapiteln eingelegt. Die Beschwerde umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

Kapitel 61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung

mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

Kapitel 62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren gegen die abgelehnte Richterin wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Die erforderliche Voraussetzung zur Aufnahme des Berufungsverfahrens sind nicht gegeben. Ein rechtskonformer Beschluss liegt nicht vor.
Der Beschluss einer Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren,
die eine 2.Dienstliche Äußerung abgegeben hat, weil die 1.Dienstliche Äußerung verwerflich war,
die ein 2. Befangenheitsverfahren durchführen will, obwohl dieses vom Zerschlagungsopfer nicht beantragt wurde, ist
nicht rechtsgültig und gesetzlich verboten (§47 Abs.1 ZPO)
Sieh Beschwerde vom 10.April 2019 mit den Kapiteln 60 bis 62.

Die Stellungnahme des Zerschlagungsopfers zum Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 erfolgt, weil es sich nicht mehr leisten kann, das Vertrauen in ein rechtsstaatliches Verfahren aufzugeben. Die Hoffnung stirbt zum Schluss.

Zu 65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind <u>keine Schicksalsschläge</u>, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen

Der Versicherungsträger bezieht sich auf erstinstanzliche Ausführungen nebst Beweisangeboten, ohne konkrete Angaben zu machen. Das erstinstanzliche Verfahren dauert seit 2012, also 7 Jahre. Es ist überhaupt nicht hilfreich, von Anfang an ein unsägliches Verfahren erneut zu diskutieren, ohne auf konkrete Punkte Bezug zu nehmen

Der Versicherungsträger hat nach 7 Jahren immer noch nicht begriffen, dass es **nicht um nicht um Lebensleistungen und nicht um Schicksalsschläge geht, sondern um**
politisch motivierte Sippenzerschlagung
am Wohnort des Zerschlagungsopfers (Nordrhein-Westfalen) und
am Geburtsort des Zerschlagungsopfers (Bayern)
mit einer Treib- und Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwälte gegen ihn und seinen inzwischen verstorbenen Bruder (2012 verstorben)
unter direkter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998:
"Es geht v.a. um die Vergangenheitsbewältigung in der Zeit 1999 bis 2005:
Frank Walter Steinmeier war Chef des Bundeskanzleramtes unter **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998 bis 2005) und in den Jahren vorher sein Büroleiter (seit 1993), in den Jahren danach Bundesminister unter **Bundeskanzlerin Angela Merkel**."
Sieh Kapitel 43 des Schriftsatzes vom 08.Dez.2018

" 43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:

Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage. "

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 98)

Der Kläger muss die Lebensleistung des beklagten Zerschlagungsopfer nicht erklären, denn diese ist bewiesene Faktenlage: Sieh Wahrheit 08 und 09:

Wahrheit 08: Zerschlagung der Weltklasse-Höchstleistungen mit den Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind das Lebenswerk des lebenden Zerschlagungsopfers,
das in 1998 von der Bundesregierung zur Zerschlagung freigegeben wurde und
das vielen Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung bekannt ist, weil sie Teil dieses Lebenswerkes geworden sind:
Die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.
Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.
Mehrere 100.000 Congressbände mit ISBN-Nummerierung (beispielsweise, nicht subventioniert) wurden zum Aufbau der Digital-Branche von ihm in Deutschland auf eigene Kosten investiert und eingesetzt:
Die Europäischen Congressmessen sind eine Weiterentwicklung seiner ONLINE-Seminare, führend in Mitteleuropa, die das Zerschlagungsopfer in den 1970er Jahren als Unternehmensberater ohne Subventionen aufgebaut und
in Deutschland, Österreich und der Schweiz durchgeführt hat.

Wahrheit 09: Exzesse der Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und Eskalation zur Sippenzerschlagung
Politisch motivierte Zerschlagung seines Bruders mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, Zerschlagung seiner deutschen Heimat
Das lebende Zerschlagungsopfer ist einziger Rechtsnachfolger nach einer Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 (!) bis in den Tod (Juli 2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz/Bayern).
Das verstorbene Zerschlagungsopfer war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, z.B. Goldmedaille auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin u.a., mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), Inhaber eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "Vogelfrei" zum Abschuss der Sippe durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft seit 1998:
Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte mit Wissen der Bayerischen Landesregierung haben kooperiert mit krimineller Zerschlagungsarbeit. Deutsche Staatsanwälte auf der Hetzjagd auf seinen Rechtsnachfolger in NRW haben die Zerschlagung fortgesetzt.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) ein Wahlkampfprojekt umgesetzt wurde:
eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes
in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen (offensichtlich eingeplant),
in 5m-Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb,
in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion).

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 101)

Politisch motivierte Sippenzerschlagung
hat nicht nur 1 Opfer, sondern mehrere Opfer.
Politisch motivierte Sippenzerschlagung ist das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter der
Verantwortung der regierenden Generation seit 1998.

Sieh Schriftsatz vom 12. März 2017 an das Sozialgericht Düsseldorf:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Politisch motivierte Zerschlagung 1 in Deutschland und
staatliche Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen
Unterdrückung und diskriminierende Ignoranz entscheidungsrelevanter Beweisunterlagen,
von qualifiziertem, ordnerweise vorgelegtem Beweismaterial aus dem Congressmesse-Archiv des Opfers in den Beweisordnern 0, 1, 2, 3, 4 und aus separater Beilage der ISBN-nummerierten Congressbände der ONLINE 2000 als Muster des professionellen Verlagsservice für die jährlichen Europäischen Congressmessen, das ist
staatliche Diskriminierung der schlimmsten Kategorie
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf

Zerschlagung 2: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung seines Bruders mit einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod am 06.07.2012 im Landkreis Tirschenreuth / Bayern
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
nach einer staatsanwaltschaftlichen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod:
Klage am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16 zusätzlich zu Zerschlagung 1 / 2 O 70/15)

- ☹ Wirtschaftlicher Ruin seines verstorbenen Bruders,
- ☹ Zerstörung seines Bäckereibetriebs mit Qualitätsprodukten,
- ☹ Wasser-Turbinentriebwerk in Verrostungsstillstand versetzt
- ☹ Zwangsräumung und Beseitigung des gesamten Damwild-Geheges, obwohl dies durch BGH-Urteil noch in 2012 abgewiesen wurde
- ☹ Unbewältigte NSDAP-Vergangenheit mit Schlüsselbedeutung für Treib- und Hetzjagd hat das 2.Todesopfer gefordert: (1. Todesopfer: Vater des Klägers, 2.Todesopfer: Bruder des Klägers)
- ☹ Manipulation von Grundstücksrechten mit NS-Dokumenten aus 1943, aus einer Zeit mit Ausnahmezustand, Weltkriegszustand, unter der direkten Verantwortung von NSDAP-Parteimitgliedern (Väter der beschuldigten Haupträdelsführer)
  zur Errichtung einer Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes auf seinem Hofgrundstück
- ☹ Ruinöse Schädigung des Lebensmittelbetriebs mit Qualitätsprodukten durch Katastrophen-Pumpwerksanlage eines Fäkalienabwassernetzes auf dem Hofgrundstück des Verstorbenen,
- ☹ Bestialisch stinkende Störfälle von stunden- und tagelanger Dauer mit Umwelt vergiftenden Emissionen des Fäkalien-Abwassernetzes in 5m-Entfernung vom Lebensmittelbetrieb des verstorbenen Klägers,
- ☹ Verseuchung von Grund, Boden, Umfeld und Räume des Lebensmittelbetriebs durch Emissionen und kontaminiertes Hochwasser
- ☹ Missbrauch von Staatsgewalt, Lebensmittelrecht, Strafrecht, Tierschutzrecht und v.a.m.
  in einer über 20 Jahre dauernden Treib- und Hetzjagd auf den Verstorbenen mit ständigen Gerichtsverfahren,
  mit parallelen Gerichtsverfahren, mit Verwaltungsschikanen,
  mit Zwangsgeldbescheiden usw.
- ☹ Finale Zerschlagung mit einer 8-Personen-Task-Force zur Betriebsschließung einer kleinen, qualifizierten Dorfbäckerei
  mit weniger Mitarbeiter(innen) als Spezialisten der exekutierenden Task Force
- ☹ Finale Zerschlagung mit Schaden maximierenden Maßnahmen, obwohl keine Gesundheitsgefährdung durch Qualitäts-Bäckereiprodukte bestanden hat
- ☹ Massive Verletzung der Grundrechte des Verstorbenen am laufenden Bande durch ständige Verwaltungsübergriffe einer Schreckensverwaltung
- ☹ Massive Verstöße
  gegen Europäische Menschenrechtskonvention Artikel 6 (Recht auf ein faires Verfahren),
- ☹ Vernichtung des Stammsitzes eines alteingesessenen Müllergeschlechts, deren Stammbaum bis in das 17.Jahrhundert (30-jähriger Krieg) dokumentiert ist,
- ☹ Finaler Vernichtungsschlag mit einer 8-Personen-Task-Force (O-Ton des exekutierenden Landratsamtes) in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd des Verstorbenen
- ☹ Freitod des Verstorbenen im Juli 2012, der mit einer Menschenrechte verachtenden Treibjagd durch die Verwaltung eiskalt erzwungen wurde
- ☹ Beschädigung der Erbschaft in einer Weise, sodass der klagende Erbe nur noch Nachlass-Insolvenz anmelden konnte
- ☹ Judikative Rechtsbeugung durch Unterdrückung von Schlüsseldokumenten und Verweigerung der Berufung in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren zur Verdeckung der Rechtsbeugung
- ☹ Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Behörden mit Zwangsmassnahmen und rechtswidrige Behördenbescheide in NRW (2016)

Warum? Kein Weiter so!

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders, Opfer einer heimtückischen Zerschlagungspolitik, nach einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod,
nach politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf

Zerschlagung 3: Politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des klagenden Opfers unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
PHOENIX sollte aus Zerschlagung der Europäischen Congressmessen profitieren
Gigantische Umverteilungsoperation durch heimtückisch geplante, rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit einem Monster-Markteingriff
Massiver Verstoß gegen das Telekommunikationsgesetz (TKG):
Mitwisserschaft und Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX in 1998 (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht)
Ohne Übertragungsrechte: Live-Übertragung durch PHOENIX (seit 1997 Ereignis- und Dokumentationskanal der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten) von der Europäischen Congressmesse ONLINE'98 des klagenden Opfers.
Mit Live-Übertragung professionelle Informationsdienste des Opfers für gigantische Umverteilungsoperation mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 rechtswidrig vorbereitet und ausgenutzt:
Schadensabschätzung über 100.000 €
Opfer musste seine „Henker", das steuer- und gebührenfinanzierte Establishment, umsonst mit hochqualifizierten Informationen unter dem Deckmantel des Pressearbeit versorgen, sozusagen „sein eigenes Grab schaufeln".
Offensichtliche Erklärungsnot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten:
Bis heute keine Beantwortung zahlloser Schreiben des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen an Intendanten und ARD-Vorsitzenden
Aufforderung an den beklagten WDR zur längst fälligen Stellungnahme

Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk am Verwaltungsgericht Düsseldorf auf sofortige Härteleistung, Gebührenerlass, Rückerstattung von Zwangsmassnahmen mit doppelten Zwangskosten, Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht
wegen unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage
infolge politisch motivierter, extremistischer staatlicher Übergriffe
rechtshängig mit Antrag auf Berufungsverfahren
27 K 4325/18 (alt 27 K 5854/13) **Verwaltungsgericht Düsseldorf**

Es geht überhaupt nicht um Lebensleistungen, weil das Grundgesetz für alle gilt, unabhängig von der Lebensleistung von Versicherungsnehmer.
Der Kläger könnte das wehrlose Zerschlagungsopfer unterstützen und den Antrag unterstützen:
Verrechnung von Beitragsrückständen mit Schadenersatz durch die Täter ist am Sozialgericht beantragt:
> Beklagte Bundesregierung
> Beklagtes Landratsamt Tirschenreuth
> Beklagter öffentlich-rechtlicher Rundfunk
Längst eingeklagter Schadenersatz ist wesentlich höher. Politisch motivierte Sippenzerschlagung zur Durchsetzung einer kriminellen Umverteilungspolitik ist die einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut.

Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, weil eine weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaft mit Missbrauch deutscher Justiz die Seite des Stärkeren vertritt.

Pervers ist zu behaupten: "Mit dem Streitgegenstand des vorliegenden Verfahrens über Ansprüche des Klägers gegen den Beklagten auf Zahlung von Pflegeversicherungsbeiträgen bis einschließlich November 2011 hat dies indes nichts zu tun".
Falsch ist: " bis einschließlich November 2011" mit Nachforderungen in Höhe von 3034,13 EUR bis 02/2019
Richtig ist: "bis heute". Sieh
2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 19/19) mit Nachforderungen in Höhe von 9.609,34 EUR bis 07/2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf

Hinzu kommen die viel höheren Nachforderungen des Klägers für Krankenversicherungsbeiträge (Seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr)

Sieh
Wahrheit 17: Maßlose Pervertierung
Zerschlagungsopfer wird von einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht
mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter, ohne und mit Haftbefehl, unter dem
diskriminierenden Deckmantel von Erzwingungshaft,
mit perversem Missbrauch von Staatsgewalt durch Einsatz von Grundrechte verhöhnenden Polizisten,
mit psychischer Folter,
mit dem Ziel der psychischen und sozialen Zerschlagung
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, ohne jegliche Subvention, in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 108)

> Pervers: Das Zerschlagungsopfer wird für staatlich erzwungene Altersarmut verantwortlich gemacht, indem er seit 2010
soziale Pflichtbeiträge nicht mehr bezahlen kann, geschweige denn rechtsanwaltliche Unterstützung in den Verwaltungsgerichten und Zivilgerichten und Strafgerichten durch alle Instanzen bis zum Bundesverfassungsgericht in Anspruch nehmen kann.
> Pervers: Das Zerschlagungsopfer muss ein Pfändungsschutz-Konto benutzen, um die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe vielleicht überleben zu können
> Pervers: Der Antrag auf sofortige Härteleistungen wegen extremistischer Eskalation staatlicher Übergriffe (wie bei Asylanten) wurde vom Bundesamt für Justiz abgelehnt und statt dessen mit Zwangsmaßnahmen zur Eintreibung von Gerichtskosten in Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Versagen / Vortäuschen von rechtlichem Gehör gekontert.
Qualifizierte Rechtsanwälte lehnen heute eine Unterstützung ab, weil sie für den Fortgang der Zerschlagung jede Verantwortung ablehnen. Nicht nur das magere Honorar aus Prozesskostenhilfe ist für qualifizierte Anwälte abschreckend, sondern vielmehr auch die Verwicklung in Verfahren gegen die Spitze des deutschen Staates mit Bundespräsident und Bundesregierung unter dem Druck von Gewerkschaften, Profiteure der kriminellen Umverteilungspolitik von der Digital-Branche zur Automobil-Branche..

Das Zerschlagungsopfer muss wiederholte Freiheitsberaubung ohne und mit Haftbefehl, mit psychischer Folter, mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung, in Kauf nehmen, wird mit Isolationshaft in einer JVA bestraft, weil er sich angeblich nicht bis nackt auf die Haut ausziehen möchte, muss intensiven Urin-Gestank ertragen, kann über das Benutzungsverbot von ordentlichen Toiletten nur unglaublich staunen,
alles unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € Buße, von skrupellosen Staatsanwälten erzwungen, die bis heute mit einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit durch die 1.Instanz des Amtsgerichts Mettmann begründet wurde.
Polizisten verhöhnen Grundrechte bei Gefangennahme unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft und erklären Art.1 Abs.1 GG als Grundrecht auf Gefangennahme.

Der Verfolgungswahnsinn einer skrupellosen Staatsanwaltschaft nach wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter hat kein Ende, weil sich
deutsche Justiz für soziale und psychische Zerschlagung missbrauchen lässt und dies
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod des ersten Zerschlagungsopfers (Todesopfer),
mit einer andauernden Treib- und Hetzjagd gegen das noch lebende Zerschlagungsopfer (hier), weil rechtliches Gehör für kapitale Vermögensschäden trotz erdrückender Beweislage versagt wird.

Eine Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger: "Auf die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 wird einstweilen verzichtet, da der Kläger als privates Versicherungsunternehmen keine "Verwaltungsakten" im engeren Sinne führt und angesichts des Streitgegenstandes ein Rückgriff auf bei dem Kläger vorgehaltene Dokumentation als nicht notwendig erachtet wird. So werden vom Kläger gerichtliche Verfügungen respektiert, im Vertrauen auf eine starke Staatsanwaltschaft, die für die finale Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit einer sozialen und psychischen Zerschlagung verantwortlich ist, die das Zerschlagungsopfer nicht überstehen wird.

"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber man muss es respektieren", so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die Rechtsanwendung von Sozialgesetzen ist verfassungswidrig, wenn der notwendige Respekt vor Grundrechten, die unabhängig von Lebensleistungen allen Versicherungsnehmern zustehen, nicht gegeben ist. Vom Zerschlagungsopfer wird der Respekt vor dem Grundgesetz eingefordert.
Unverzichtbar: Sozialgerichtliches Gehör für Antrag des Zerschlagungsopfers auf Verrechnung von Beitragsrückständen der Pflegeversicherung mit Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung.
Ein Gebot von Moral, Ethik, europäische Werte und Grundgesetz des deutschen Rechtsstaates.

Velbert, 12.April 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen

Anlage SGD-26 / 2019 im Schriftsatz vom 10.April 2019
Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB und Konsequenz zu einem nicht beantragten Befangenheitsverfahren
S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Anlage LSG-18 / 2019 im Schriftsatz vom 10.April 2019
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am

Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016 wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019 nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019
60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer
61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Schriftsatz vom 11.April 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Unterrichtung über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 306)

Schriftsatz vom 12.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Stellungnahme zum Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.

64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.
65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind keine Schicksalsschläge, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 329)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Velbert, 25.April 2019

L 5 P 88/18 (VNR: 168574)
S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf

DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Nachtrag zur Stellungnahme zu Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 (eingegangen am 02.April 2019) mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.
Ergänzender Nachtrag, weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs gebeten" wird.

Stellungnahme (mit fortlaufender Nummerierung):

66. Ergänzender Nachtrag,
weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs" gebeten wird
Verwunderlich: Anforderung von sämtlich relevanten Beitragsbescheiden, Widerspruch, etc.-chronologisch
Antrag auf Klärung,
weil es keine Beitragsbescheide gibt, geschweige den Widerspruchsmöglichkeiten
weil als "Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger" bemängelt,
weil das Zerschlagungsopfer in der 1.Instanz bei Ermittlung der Beitragsrückstände" ausgeschlossen wurde,
weil der Kläger bis heute die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 (ohne Einsicht für das Zerschlagungsopfer) unterlässt und für nicht erforderlich hält.
Beschwerde,
weil das Berufungsverfahren in vollem Gange ist, obwohl das Verfahren der ersten Instanz nicht abgeschlossen ist
weil das Zerschlagungsopfer unter Leitung der Staatsanwaltschaft gezielt mit einer Serie von Gerichtsverfahren überzogen wird, sodass die Qualität der Stellungnahmen (sieh Nachtrag) wegen Zeitmangelleiden muss.

Detaillierte Ausführungen zum Kapitel 66 zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 360)

Dass Zerschlagungsopfer ist erstaunt, aber es ist nachvollziehbar, dass hier Probleme erkennbar werden, indem im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs" gebeten wird
indem sämtliche relevante Beitragsbescheide, Widerspruch, etc.-chronologisch nachgefordert werden.

In diesem Zusammenhang sind folgende Missverständnisse, Ungereimtheiten, gravierende Mängel aufzuzeigen:

a) Das Zerschlagungsopfer wurde im Verfahren S 39 P 231/12 am Sozialgericht Düsseldorf absichtlich ausgeschlossen: Sieh Anlage SGD-2018-02
Anlage SGD-2018-02, -03, -04 ab Seite 86 im Schriftsatz der Berufung vom 08.Dez.2018
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR
Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung:
Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Das Sozialgericht hat jede Kommunikation nach der Benachrichtigung vom 16.03.2017 bis zum Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 eingestellt. In der Zwischenzeit wurde das Zerschlagungsopfer von der Staatsanwaltschaft mit rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren / Bußgeldverfahren in Sachen Pflegeversicherungsbeiträge schikaniert, die im Sommer 2018 (14.-16.Juni 2018) zu einer **2.Freiheitsberaubung mit psychischer Folter** unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft eskaliert ist
Dem Zerschlagungsopfer ist völlig unbekannt, wie die Forderungen des klagenden Versicherungsträgers erstellt wurden

b) Vom klagenden Versicherungsträger wurden und werden keine Beitragsbescheide mit Widerspruchsmöglichkeit erstellt. Es gibt lediglich in unregelmäßigen Abständen Mitteilungen über Beitragserhöhungen ohne Widerspruchsmöglichkeit.
Der Beklagte ist nicht in der Lage, die Vollständigkeit solcher Mitteilungen unter Verantwortung des Klägers zu gewährleisten. Es ist Aufgabe des Klägers, solche Mitteilungen in vollständiger Zusammenstellung vorzulegen. Für den Beklagten ist es nicht nachvollziehbar, dass ein privates Versicherungsunternehmen auf eine qualifizierte Verwaltung verzichten darf, Schludrigkeit und Schlampigkeit kann nicht akzeptabel sein. Ungeheuerlich ist die Zumutung, dass der Beklagte für den Kläger Verantwortung übernehmen soll. Wie soll das denn funktionieren?
Dies in Anbetracht von a) (a) Das Zerschlagungsopfer wurde im Verfahren S 39 P 231/12 am Sozialgericht Düsseldorf absichtlich ausgeschlossen)

c) Es ist eine Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger: "Auf die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 wird einstweilen verzichtet, da der Kläger als privates Versicherungsunternehmen keine "Verwaltungsakten" im engeren Sinne führt und angesichts des Streitgegenstandes ein Rückgriff auf bei dem Kläger vorgehaltene Dokumentation als nicht notwendig erachtet wird.
So werden vom Kläger gerichtliche Verfügungen respektiert, im Vertrauen auf eine starke Staatsanwaltschaft, die für die finale Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit einer sozialen und psychischen Zerschlagung verantwortlich ist, die das Zerschlagungsopfer nicht überstehen wird.

d) Der Beklagte beschwert sich mit Recht, diesen Nachtrag mit Verspätung erstellen zu müssen, weil das Zerschlagungsopfer (über 77 Jahre, ohne Rechtsanwalt) unter Leitung der Staatsanwaltschaft gezielt mit einer Serie von Gerichtsverfahren überzogen wird, sodass die Qualität der Stellungnahmen (sieh Nachtrag) wegen Zeitmangel leiden muss:
mehrere Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und Landessozialgericht NRW (nicht hintereinander, sondern simultan),
mehrere Verfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal (nicht hintereinander, sondern simultan),
mehrere Verfahren am Amtsgericht Mettmann (nicht hintereinander, sondern simultan),
alle Verfahren mit einer einzigen Ursache: Politisch motivierte Sippenzerschlagung, das Werk skrupelloser Staatsanwaltschaften,
bis heute alle Verfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz, nur Zerschlagungsjustiz einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, trotz kapitaler Schäden in 2-stelliger Millionenhöhe, trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit erzwungener Benutzung eines Pfändungsschutzkonto,
trotz / wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa. Kein Weiter so!

Solche Verfahren sind verfassungswidrig.

"Das Grundgesetz muss man nicht lieben, aber man muss es respektieren", so der Präsident des Bundesverfassungsgerichts. Die Rechtsanwendung von Sozialgesetzen ist verfassungswidrig, wenn der notwendige Respekt vor Grundrechten, die unabhängig von Lebensleistungen allen Versicherungsnehmern zustehen, nicht gegeben ist. Vom Zerschlagungsopfer wird der Respekt vor dem Grundgesetz eingefordert.
Unverzichtbar: Sozialgerichtliches Gehör für Antrag des Zerschlagungsopfers auf Verrechnung von Beitragsrückständen der Pflegeversicherung mit Schadenersatz für politisch motivierte Sippenzerschlagung.
Ein Gebot von Moral, Ethik, europäische Werte und Grundgesetz des deutschen Rechtsstaates.

Velbert, 25.April 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen

Anlage SGD-26 / 2019 im Schriftsatz vom 10.April 2019
Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB und Konsequenz zu einem nicht beantragten Befangenheitsverfahren
S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Anlage LSG-18 / 2019 im Schriftsatz vom 10.April 2019
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13

Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf
Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am

Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf

mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.

mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6

Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) des Sozialgerichts Düsseldorf zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019 nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019

60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer
61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Schriftsatz vom 11.April 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Unterrichtung über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 306)

Schriftsatz vom 12.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Stellungnahme zum Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.
64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.
65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind keine Schicksalsschläge, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 329)

Schriftsatz vom 25.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit ergänzender Nachtrag, weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs gebeten" wird
66. Ergänzender Nachtrag,
weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs" gebeten wird
Verwunderlich: Anforderung von sämtlich relevanten Beitragsbescheiden, Widerspruch, etc.-chronologisch
Antrag auf Klärung,
weil es keine Beitragsbescheide gibt, geschweige den Widerspruchsmöglichkeiten
weil als "Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger" bemängelt,
weil das Zerschlagungsopfer in der 1.Instanz bei Ermittlung der Beitragsrückstände" ausgeschlossen wurde,

weil der Kläger bis heute die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 (ohne Einsicht für das Zerschlagungsopfer) unterlässt und für nicht erforderlich hält.
Beschwerde,
weil das Berufungsverfahren in vollem Gange ist, obwohl das Verfahren der ersten Instanz nicht abgeschlossen ist
weil das Zerschlagungsopfer unter Leitung der Staatsanwaltschaft gezielt mit einer Serie von Gerichtsverfahren überzogen wird, sodass die Qualität der Stellungnahmen (sieh Nachtrag) wegen Zeitmangelleiden muss.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 360)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Kopie an
Sozialgericht Düsseldorf, 19.Kammer, S 19 SF 680/18 AB, S 19 SF 156/19 AB
40227 Düsseldorf, Ludwig-Erhard-Allee 21, Fax an 0211-7770-2373

Velbert, 14.Mai 2019

L 5 P 88/18 Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
S 19 SF 680/18 AB in Sachen S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
S 19 SF 156/19 AB in Sachen S 39 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Fortsetzung der Beschwerde wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 25.April 2019 (eingegangen am 02.Mai 2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
mit Konsequenz für ein nicht beantragtes
Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im
mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019
nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019

Begründung (mit fortlaufender Nummerierung):

67.Ständige Versagung von rechtlichem Gehör durch 19.Kammer am Sozialgericht Düsseldorf nach Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen wegen Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB Beschluss vom 25.April 2019 zu verwerfen wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu entscheidungsrelevanten Argumenten in vorangegangenen Schriftsätzen und Vortäuschung falscher Faktenlage Fortsetzung eines nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB nur als Schikane zu bewerten und zu verwerfen.

Mit Schriftsatz vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen wurde Beschwerde erhoben wegen dem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB. Die Beschwerde umfasst die Kapitel 60 bis 62.

Die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf wurde mit Schriftsatz vom 11.April 2019 / Kapitel 63 über die **Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen informiert:**
Kapitel 63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

Die Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

Kapitel 61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach
Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

Kapitel 62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln liegen vor und sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276 / 306)

Beschluss vom 25.April 2019 (Anlage LSG-27 / 2019) zu verwerfen wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu entscheidungsrelevanten Argumenten in vorangegangenen Schriftsätzen und Vortäuschung falscher Faktenlage:

Sieh Kapitel 61: Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

Gerichtlich anerkannte Grundsätze anderer Befangenheitsverfahren werden nach Gutsherren-Art ohne Begründung im Beschluss ohne Begründung zurückgewiesen: z.B. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
"Befangenheit ist eine innere Haltung des Richters, die seine Neutralität, Distanz und Unparteilichkeit gegenüber den Verfahrensbeteiligten störend beeinflusst, indem sie ein persönliches, parteiliches Interesse des Richters, sei es wirtschaftlicher, ideeller, politischer oder rein persönlicher Art, am Verfahrensgang und am Ausgang des Verfahrens begründet. Besorgnis der Befangenheit besteht,

wenn ein am Verfahren Beteiligter bei vernünftiger Würdigung aller Umstände an der Unvoreingenommenheit Anlass hat, an der Unvoreingenommenheit des Richters zu zweifeln. Hierbei ist ein individuell-objektiver Maßstab anzulegen."
Stellungnahme der 19.Kammer: Leider Fehlanzeige

Erschwerend in diesem Zusammenhang ist die Tatsache,
dass es in den Verfahren S 39 P 231/12 (S 19 SF 680/18) und S 39 P 19/19 nicht nur um die Befangenheit derselben Richterin geht, sondern darüber hinaus um die gleiche Problematik vor dem Hintergrund politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Hetzjagd bis in den Tod und kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang zu einem Pfändungsschutz-Konto geht. **Der Beschluss verstößt gegen soziale und ethische Grundsätze.**

Erschwerend in diesem Zusammenhang ist die Vortäuschung einer falschen Faktenlage, indem ein Befangenheitsverfahren mit dem Beschluss vom 06.02.2019 (S 19 SF 680/18 AB) nicht beendet sein kann, wenn entscheidungsrelevante Einwendungen vorgebracht werden müssen, mit denen verfassungswidrige Rechtsanwendungen aufgezeigt werden.

Totale Versagung von rechtlichem Gehör zu entscheidungsrelevanten Argumenten in vorangegangenen Schriftsätzen ist verfassungswidrig
(Verletzung des grundrechtsgleichen Rechts nach Art.103 Abs.1 GG)
und Vortäuschung einer falschen Faktenlage ist rechtswidrig.und ohne Rechtskraft.

Die Fortsetzung eines nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB ist nur als Schikane zu bewerten.

Velbert, 14.Mai 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 14.Mai 2019
Anlage LSG-27 / 2019
Beschluss des Sozialgerichts Düsseldorf vom 25.April 2019 in einem nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

Anlagen im Schriftsatz vom 10.April 2019
Anlage LSG-18 / 2019 in diesem Schriftsatz
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen
Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf

mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf
mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.
mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen:
UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019
nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019

60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer

61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes

62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Schriftsatz vom 11.April 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Unterrichtung über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 306)

Schriftsatz vom 12.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Stellungnahme zum Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.
64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.
65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind keine Schicksalsschläge, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 329)

Schriftsatz vom 25.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit ergänzender Nachtrag, weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs gebeten" wird
66. Ergänzender Nachtrag,
weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs" gebeten wird
Verwunderlich: Anforderung von sämtlich relevanten Beitragsbescheiden, Widerspruch, etc.-chronologisch
Antrag auf Klärung,
weil es keine Beitragsbescheide gibt, geschweige den Widerspruchsmöglichkeiten
weil als "Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger" bemängelt,
weil das Zerschlagungsopfer in der 1.Instanz bei Ermittlung der Beitragsrückstände" ausgeschlossen wurde,

weil der Kläger bis heute die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 (ohne Einsicht für das Zerschlagungsopfer) unterlässt und für nicht erforderlich hält.
Beschwerde,
weil das Berufungsverfahren in vollem Gange ist, obwohl das Verfahren der ersten Instanz nicht abgeschlossen ist
weil das Zerschlagungsopfer unter Leitung der Staatsanwaltschaft gezielt mit einer Serie von Gerichtsverfahren überzogen wird, sodass die Qualität der Stellungnahmen (sieh Nachtrag) wegen Zeitmangelleiden muss.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 360)

Schriftsatz vom 14.Mai 2019 an das Landessozialgericht NRW mit Fortsetzung der Beschwerde vom 10.April 2019 wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und Vortäuschung falscher Tatsachen im Beschluss vom 25.April 2019 (eingegangen am 02.Mai 2019) zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
67.Ständige Versagung von rechtlichem Gehör durch 19.Kammer am Sozialgericht Düsseldorf nach Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen wegen Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
Beschluss vom 25.April 2019 zu verwerfen wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu entscheidungsrelevanten Argumenten in vorangegangenen Schriftsätzen und Vortäuschung falscher Faktenlage
Fortsetzung eines nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB nur als Schikane zu bewerten und zu verwerfen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 385)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7552

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
L 5 P 88/18

Zweigertstraße 54
45130 Essen

Velbert, 11.Juni 2019

L 5 P 88/18 Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (VNR 168574)
S 39 P 231/12 Sozialgericht Düsseldorf
S 39 P 19/19 Sozialgericht Düsseldorf
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. Hauptverwaltung (Kläger, Versicherungsträger, Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen)
gegen
Albin L. Ockl (Beklagter, Versicherungsnehmer, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen/Zerschlagungsopfer)

Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
Kein Weiter so! Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen
der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln seit 12.März 2017 sind zusätzlich in der Internet-Doku einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf

Hier: Fortsetzung der Beschwerde mit Mitteilung über
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 gegen soziale und psychische Zerschlagung unter Verantwortung des Versicherungsträgers als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen aus gegebenem Anlass
wegen Kriminalisierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Serie von Gerichtsverfahren
unter Verantwortung des Klägers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft

mit Antrag auf Vorlage beim **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts**
und in Kopie an den **Präsidenten des Deutschen Bundestags**
wegen Immunitätsaufhebung des **Bundespräsidenten** für Zeugenaussage zu seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999-2005 über eine gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik seit 1998

Fortsetzung mit fortlaufender Nummerierung:

68. Sozialgerichtsverfahren sind Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 aus gegebenem Anlass mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgericht und in Kopie an Präsidenten des Deutschen Bundestags wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungspolitik und einer kriminellen Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 und wegen Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren an einem Sondergericht mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

69. Stellungnahme zu Schreiben des Klägers vom 27.05.2019 (eingegangen am 31.05.2019)
Von Diskriminierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden zur Kriminalisierung des Opfers als "Täter" wegen staatlich erzwungener Altersarmut:
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch den klagenden Versicherungsträger mit zu verabscheuendem Leugnen von kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierter Sippenzerschlagung,
in Kumpanei mit einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Verantwortung für politisch motivierte Sippenzerschlagung und für den kriminellen Rattenschwanz von Gerichtsverfahren gegen Zerschlagungsopfer,
Ungeheuerlich: Rechtfertigung von sozialer und psychischer Zerschlagung mit möglichem "Fehlverhalten Dritter" und dadurch möglichen "Schäden des Beklagten"
Strafbare Mittäterschaft des Versicherungsträgers längst erwiesen
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen als Versicherungsträger hat definitiv keine Akzeptanz mehr. Auch in Zukunft nicht.
Bescheidung der beiliegenden Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf ein Sondergericht zur weiteren Vorgehensweise

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 410)

Zu 68. Sozialgerichtsverfahren sind Bestandteil der
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 aus gegebenem Anlass
mit Antrag auf Vorlage
beim Präsidenten des Bundesverfassungsgericht und in Kopie
an Präsidenten des Deutschen Bundestags
wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des
Bundespräsidenten für Zeugenaussage zu einer
gigantischen Umverteilungspolitik und einer
kriminellen Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als
Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 und
wegen Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren an einem
Sondergericht mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

Die Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 aus gegebenem Anlass im Klageverfahren des Klägers am Amtsgericht Velbert ist sorgfältig ausgearbeitet (371 Seiten inkl. Anlagen), vorschriftsmäßig und termingerecht durchgeführt. Sie umfasst folgende Kapitel:

Kapitel BVERFG-11(23). Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge zu Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung
im Umfeld von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfer, Enteignung ohne Schadenersatz bis zu Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu
öffentlicher Rehabilitierung wegen totaler Enteignung durch eine kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik ohne Schadenersatz
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Hier: Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch eine klagende Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
in Kumpanei mit der Staatsanwaltschaft,
mit einer hasskriminellen Orgie diskriminierender Gerichtsverfahren unter staatsanwaltschaftlicher Steuerung
Widerstand mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland inkl.
2 Anhörungsrügen und 2 Ablehnungsgesuche nach Art.20 Abs.4 GG.

Kapitel BVERFG-12(23). 70Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten gegen
Kriminelle Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998 ohne Schadenersatz unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
Heimtückische Ausführung von politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden des lebenden Zerschlagungsopfer am Wohnort und am Geburtsort

mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutz-Konto
mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz und
mit gnadenloser Durchführung der Zerschlagungsjustiz
unter Mittäterschaft in Kumpanei mit skrupellosen Staatsanwaltschaften
von bayerischer Verwaltung mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung,
von öffentlich-rechtlichem Rundfunk,
von Versicherungsträgern sozialer Pflichtversicherungen
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Kein Weiter so! Erläuterung mit 23 Wahrheiten

Kapitel BVERFG-13(23). Soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und Psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5): Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Kapitel BVERFG-14(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Skandalös: Verfassungswidrige Rechtsprechung am Landgericht Wuppertal:
Massiver Verstoß gegen Art.1 Abs.3: Gleichheit vor dem Gesetz bedeutet Schutz gegen jede Form von Diskriminierung.
Massiver und ständiger Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren, hier: massiver Verstoß gegen das Prozessgrundrecht aus Art.1 Abs.1 GG, Art.2 Abs.1 GG und Art.20 Abs.3 GG
Zugelassen: Nur Verfahren der Zerschlagungsjustiz, keine Chance auf Schadenersatz entgegen Art. 34 GG, massive Enteignung ohne Schadenersatz,
ohne Respekt vor Menschenleben, Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, Europäischen Menschenrechten . .

Kapitel BVERFG-15(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. auch für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!
Skandalös: Aufteilung der sozialen und psychischen Zerschlagung (Zerschlagungen 4 und 5) auf eine diskriminierende Orgie von Gerichtsverfahren
an einer Reihe von Gerichten im Gerichtsbezirk Wuppertal und Düsseldorf mit perverser Rechtsprechung:
Verfassungswidrige Kombination von bürgerlichem Rechtsstreit, sozialgerichtlicher Justiz und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit wiederholter Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch und psychischer Folter, Missbrauch von Staatsgewalt mit und ohne kriminellem Haftbefehl, mit eskalierender Verhöhnung des Grundgesetzes ("Art.1 Abs.1 GG: "Grundrecht auf Gefangennahme") . . .
unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträgers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
Daher: Antrag auf
Sondergericht zu Zerschlagung 1, 2, 3, 4, 5 mit dem Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz und Zeugenaussage von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wegen seiner politischen Verantwortung als Chef des Bundeskanzleramtes von 1999-2005
für die Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
gemäß Art.6 Abs.3d EMRK (Europäische Menschenrechte und Grundfreiheiten mit Recht auf ein faires Verfahren)

Kapitel BVERFG-16(23). Grundgesetz: 70 Jahre, auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, z.B. für Versicherungsrecht, ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt vor Grundrechten und Menschenrechten sind verfassungswidrig!
Skandalös: Justiz macht sich selbst zum Fake mit geplanter Entsorgung des Justizopfers über das Amtsgericht Velbert
mit diskriminierender Reduzierung sozialer und psychischer Zerschlagung auf einen "bürgerlichen" Rechtsstreit
ohne judikativer Kompetenz für eine
gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998
mit verheerenden Folgewirkungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu bundesweiter, politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit staatsanwaltschaftlicher Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer)
mit kapitalen Vermögensschäden bis zu Benutzungszwang von Pfändungsschutz-Konto
mit Verstößen gegen fundamentale Menschenrechte
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998

Kapitel BVERFG-17(23). 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats
Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz
mit Zeugenaussage des Bundespräsidenten nach
Immunitätsaufhebung durch den Deutschen Bundestag
wegen politisch motivierter Sippenzerschlagung im Zuge einer
kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
unter der Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
mit Beiladung der beklagten Mittäter inkl. staatsanwaltschaftlicher Unterstützung
> 1.Mittäter, Zerschlagung 2: Bayerische Kreisverwaltung im Landkreis Tirschenreuth mit Wissen der Bayerischen Staatsregierung
> 2.Mittäter, Zerschlagung 3: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, vertreten durch den Intendanten des Westdeutschen Rundfunks
> 3.Mittäter, Zerschlagung 4 und 5: Beklagter Versicherungsträger sozialer Pflichtversicherungen in Kumpanei mit Staatsanwaltschaft Wuppertal, ohne Versicherungsleistungen seit 2010

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf

Zu 69. Stellungnahme zu Schreiben des Klägers vom 27.05.2019 (eingegangen am 31.05.2019)
Von Diskriminierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden zur Kriminalisierung des Opfers als "Täter" wegen staatlich erzwungener Altersarmut:
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch den klagenden Versicherungsträger mit zu verabscheuendem Leugnen von kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierter Sippenzerschlagung,
in Kumpanei mit einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft mit Verantwortung für politisch motivierte Sippenzerschlagung und für den kriminellen Rattenschwanz von Gerichtsverfahren gegen Zerschlagungsopfer,
Ungeheuerlich: Rechtfertigung von sozialer und psychischer Zerschlagung mit möglichem "Fehlverhalten Dritter" und dadurch möglichen "Schäden des Beklagten"
Strafbare Mittäterschaft des Versicherungsträgers längst erwiesen
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen als Versicherungsträger hat definitiv keine Akzeptanz mehr. Auch in Zukunft nicht.
Bescheidung der beiliegenden Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf ein Sondergericht zur weiteren Vorgehensweise

Es wäre perverse Justiz, soziale Zerschlagung durchzuführen mit Leugnen von kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer), mit Zerschlagung der deutschen Heimat und mit kapitalen Vermögensschäden,
unter Steuerung durch eine skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft, die für politisch motivierte Sippenzerschlagung und den kriminellen Rattenschwanz von Gerichtsverfahren verantwortlich ist, die nach Bedarf einen "bürgerlichen Rechtsstreit", soziale Gerichtsverfahren, und Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, psychische Folter zur finalen Zerschlagung missbraucht,
trotz / wegen eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Das ist "Fake Justice".

Hier findet eine das Opfer diskriminierende und kriminalisierende Klage statt, in der die Ergebnisse einer kriminellen Zerschlagungspolitik seit 1998 und die eigene Mittäterschaft seit 2011 trotz ausführlicher Information in unerträglicher Weise abgetan wird:
> als mögliches "Fehlverhalten Dritter", dadurch mögliche "Schäden des Beklagten"
> bei verständiger Würdigung im Ergebnis lediglich ein Verlangen nach Stundung der Versicherungsbeiträge"
> kein Anspruch des Beklagten auf Stundung
Sieh Schreiben des Klägers vom 27.05.2019 (eingegangen am 31.05.2019).

Ungeheuerlich: "Fehlverhalten Dritter" betrifft extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **politisch motivierter Sippenzerschlagung,** unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, mit der auch **soziale und psychische Zerschlagung unter Verantwortung des klagenden Versicherungsträger gerechtfertigt wird:**

So haben sich führende NS-Straftäter gerechtfertigt. Hier geht es um soziale und psychische Zerschlagung mit dem Hintergrund von politisch motivierter Sippenzerschlagung, mit totaler Enteignung mit einem Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe, mit einer Treib-und Hetzjagd durch skrupellose Staatsanwälte bis in den Tod.

Die strafbare Mittäterschaft des Versicherungsträgers ist längst erwiesen. Der Mittäter ist längst informiert über die gigantische Umverteilungspolitik und die kriminelle Zerschlagungspolitik als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut. Ein solcher Mittäter **kann nicht** Versicherungsträger sein! Dieser Mittäter hetzt das Opfer durch Sozialgerichte, Amtsgerichte, Landgerichte, Vollstreckungsgerichte, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter in JVAs. Ein krimineller Mittäter, ein solcher Versicherungsträger **hat definitiv keine Akzeptanz mehr. Auch in Zukunft nicht.** Das Zerschlagungsopfer hat dafür keine Verantwortung. Kein Weiter so!

Das Zerschlagungsopfer hat daher mit der beiliegenden **Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019** das Bundesverfassungsgericht angerufen und ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit Beiladung aller Mittäter beantragt: Sieh **Kapitel BVERFG-17(23).** 70 Jahre Grundgesetz auf dem Weg zu Europäischen Menschenrechten, Grundlage des deutschen Rechtsstaats
Antrag auf ein Sondergericht für öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz

Beantragt wird, das weitere Vorgehen nach der Bescheidung der Verfassungsbeschwerde (auch erweiterbar) auszurichten.

Velbert, 11.Juni 2019

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer und Organisator unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, auch die Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, und so eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 18)

Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben. Nach der Zerschlagung waren wir gezwungen, unser Congressmesse-Archiv mit allen Congressbänden zu über 260 Congressen in unser Privathaus zu retten, zum Schutz gegen Verlust infolge politisch motivierter Zerschlagungen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen"
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)

Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen z.B. bereits in 1987 einen Congress für Künstliche Intelligenz (KI/AI) mit 4 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in einem ISBN-nummerierten Congressband (ISBN 3-89077-048-7), geplant und ausgeführt haben.
Künstliche Intelligenz wird von der Politik in 2019 als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT vor dem Aus in 2018, weil nun eingestellt trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, und auf dem Digital-Gipfel im Dezember 2018, der Nachfolge-Veranstaltung nach Zerschlagung unserer Europäischen Congressmessen unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 11.Juni 2019
Anlage LSG-28 / 2019
Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 gegen soziale und psychische Zerschlagung unter Verantwortung des Versicherungsträgers als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen aus gegebenem Anlass
wegen Kriminalisierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Serie von Gerichtsverfahren
unter Verantwortung des Klägers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
mit Antrag auf Vorlage beim **Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts** und in Kopie an den **Präsidenten des Deutschen Bundestags**
wegen Immunitätsaufhebung des **Bundespräsidenten** für Zeugenaussage zu seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999-2005 über eine gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-24.pdf

Anlagen im Schriftsatz vom 14.Mai 2019
Anlage LSG-27 / 2019
Beschluss des Sozialgerichts Düsseldorf vom 25.April 2019 in einem nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB

Anlagen im Schriftsatz vom 10.April 2019
Anlage LSG-18 / 2019 in diesem Schriftsatz
Mitteilung der 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf vom 11.Jan.2019 über Bearbeitung des Befangenheitsverfahrens mit Dienstlicher Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Anlage LSG-19 / 2019
Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an die 19.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß Mitteilung des Sozialgerichts vom 11.01.2019 mit den Anlagen SGD-14 / 2019 und SGD 15 / 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)
Anlage LSG-20 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde, weil keine Respektierung des Grundgesetzes
Anlage LSG-21 / 2019
Schriftsatz vom 20.Feb.2019 (Kapitel 55-57) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)
Anlage LSG-22 / 2019
Beschluss S 39 P 231/12 vom 12.Feb.2019 durch Richterin am Sozialgericht Daners trotz laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB, daher rechtswidrig.
Anlage LSG-23 / 2019
Schriftsatz vom 02.März 2019 (Kapitel 58) mit Zurückweisung des Beschlusses
S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)
Anlage LSG-24 / 2019
Schriftsatz vom 19.März 2019 (Kapitel 59) an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen

Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)
Anlage LSG-25 / 2019
Beschluss der 19.Kammer vom 22.03.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit verfassungswidrigem Anspruch der Unanfechtbarkeit

Anlage SGD-17 / 2019 im Schriftsatz vom vom 20.Februar 2019
Instanz abschließende Wirkung aus beklagtem Missbrauch eines Gerichtsbescheides trotz laufendem Befangenheitsverfahren
a. Seite 1-2: Rechnung des Klägers vom 12.Feb.2019
mit Mahnkosten und Zinsen seit 2012
b. Seite 3-5: Beschluss vom 12.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren
c. Seite 6: Schreiben vom 13.02.2019 der befangenen Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren

Anlage SGD-16 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Nachweis über heimtückische Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 7.11.2018: Rubrum des Gerichtsbescheids mit Nennung eines Prozessbevollmächtigten, des Rechtsanwalts Dr. Jochem Caspers, der in 2015 aus Altersgründen seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat
Internet-Dokumentation über Dr.jur. Jochem Caspers
> > > www.caspers-mock.de/Anwaelte/caspers.html
Auflistung der caspers mock Anwälte aus Schreiben von Rechtsanwalt Rech an das Sozialgericht Düsseldorf mit Datum 07.04.2017
Mitteilung der Böhm Rechtsanwälte vom 07.03.2017 über Bestellung zu Unterbevollmächtigten auf der Klägerseite

Anlage SGD-15 / 2019 im Schriftsatz vom 28.Januar 2019
Dubiose Eröffnung des hier schon avisierten 2.Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit Januar 2019 (S 39 P 19/19)
mit Anschreiben durch die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf mit einer Klage vom 12.09.2018, die unbekannt ist und nicht beigelegt ist. Statt dessen beigelegt: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 19.12.2018 (Aktenzeichen 70521924) mit Ankündigung, dass ein Erscheinen eines Mitarbeiters des Versicherungsträgers zu weiterer Sachaufklärung nicht zu erwarten und daher auch ein Gerichtsbescheid (mit Vortäuschung eines rechtsstaatlichen Verfahrens) anzustreben ist.

Anlage LSG-13 / 2018 im Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht
Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 27.12.2018 (Seite 1-2)
Bußgeldbescheid des Kreises Mettmann vom 15.12.2016 (Seite 3-4)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 10.Nov.2018 gegen Anhörung vom 02.Nov.2018 (Seite 5-7)
Einspruch des Zerschlagungsopfers vom 29.Dez.2016 gegen den Bußgeldbescheid (Seite 8-9)
Urteil des Amtsgerichts Mettmann vom 10.08.2016 wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 10)
Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das
Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung
in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Seite 11-13)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Anlage LSG-01 / 2018 im Schriftsatz vom 08.Dezember 2018:
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)
mit den Anlagen im Schriftsatz vom 23.Nov.2018
Anlage SGD-2018-01
Freispruch von 17.07.2013 auf Kosten der Staatskasse im Ordnungswidrigkeitsverfahren 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
Anlage SGD-2018-02
Aufhebung der mündlichen Verhandlung mit Benachrichtigung vom 16.03.2017 am Sozialgericht Düsseldorf (S 39 P 231/12)
sowie Benachrichtigung vom 07.03.2017 über Unterbevollmächtigte BÖHM Rechtsanwälte
Anlage SGD-2018-03
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Pflegepflichtvers. 0190694500.9 in Höhe von 13.118,11 EUR

Anlage SGD-2018-04
Neue Verfahren mit neuen Rechtsanwälten, offensichtlich im Auftrag von Staatsanwälten zu Forderungen der DEBEKA Krankenversicherung: Krankenvers. 0190694500.9 in Höhe von 11.786,67 EUR

Anlage LSG-02 / 2018
Gerichtsbescheid S 39 P 231/12 des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 und
Beschluss S 39 P 231/12 vom 07.Nov.2018

Anlage LSG-03 / 2018
Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)
mit **Anlage OVG-04a**
Wiederholte Zurückweisung des Missbrauchs von Staatsgewalt
in besonders schweren Fällen von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Hinweis auf Staatshaftung und Einspruch vom 10.März 2017 und 15.April 2017 gegen parallele Zwangsmaßnahmen des Klägers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf
Scroll down after link (page 6)

Anlage LSG-04 / 2018
Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)

Anlage LSG-05 / 2018
Benachrichtigung durch das Sozialgericht vom 16.03.2017 über Aufhebung des Termins zur mündlichen Verhandlung am 22.03.2017 und über Benennung eines Unterbevollmächtigten der Klägerseite

Anlage LSG-06 / 2018
Schriftsatz vom 12.März 2017 an das Sozialgericht
mit Zurückweisung aller Zwangsmassnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
mit den Anlagen

Anlage BVG-01
Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1
(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit
Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf

Anlage BVG-02
Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2
(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)
wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer
mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,
Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders
wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,
nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,
nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,
nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof
wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines einzigen Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,
vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf
Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach
politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge
mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Anlage STA-03
Anhörungsrüge vom 25.Feb.2017 zum Scherbenhaufen rechtsbeugender Justiz an das Amtsgericht Mettmann wegen Zerschlagung 4 (neu) mit den Anlagen OVG-04, DEBEKA-05, LGW-06
und in Kopie an
das Landgericht Wuppertal und Staatsanwaltschaft Wuppertal
(33 OWi-723 Js 331/16-39/16, 39 Seiten)
wegen strafbarer Rechtsbeugung im nachgelieferten Urteil des Hauptverfahrens vom 10.Aug.2016 (Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung infolge staatlich erzwungener Altersarmut)
mit einem diskriminierenden und diffamierenden Sammelsurium von Unwahrheiten und Halbwahrheiten (aus dem Kontext gerissen)
mit Versagung von rechtlichem Gehör zu beantragten Berufungsverfahren und zu

sofortigen Beschwerden,
nach Versagung von rechtlichem Gehör zu
unverschuldeter, staatlich erzwungener Notlage infolge politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagungen des Verurteilten,
im Zuge einer gigantischen Umverteilungsoperation nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit staatlicher Diskriminierung und Diffamierung (Zerschlagung 1)
Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders, mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod, mit krimineller Rechtsbeugung bayerischer Verwaltungsjustiz vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)
nach schikanierenden, rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann mit eskalierenden Verstößen gegen internationale Menschenrechte (Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung) durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)
nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16 (AR 1204/16) vom 14.Feb.2016
wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu psychischer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
mit Anlage OVG-04
Zurückgewiesene Zwangsvollstreckungsmaßnahme DR II 0239/17 der klagenden DEBEKA aus einem verfassungswidrigen künstlichen Teilversäumnisurteil infolge Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe mit Versagung eines Berufungsantrags und mit Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (1 BvR 928/16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-16.pdf
mit Anlage DEBEKA-05
Beweis für verlustreichen Rückkauf einer DEBEKA-Lebensversicherung mit der Versicherungssumme von 61.000 EUR in 2008, um monatliche Kosten für soziale Pflichtversicherungen bezahlen zu können. Bereits früher als **Anlage3** zugesandt.
mit Anlage LGW-06
Antrag an die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal zur Fortsetzung der Schadenersatzverfahren unter Beachtung der Verfassungsbeschwerden vom 20.Jan.2017 und 18.Feb.2017.

Anlage LSG-07 / 2018
Benachrichtigungen durch das Sozialgericht:
> vom 26.02.2017: Anordnung an die Klägerin, einen bevollmächtigten Angestellten zu entsenden, wird aufgehoben
> vom 16.02.2017: Termin zur mündlichen Verhandlung (22.03.2017) , der mit Schreiben vom 16.03.2017 wieder aufgehoben wird.

Anlage LSG-08 / 2018
Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
Die Klagebegründung (Anlage 20) ist in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf
Scroll down after link (page 3)
mit Anlage 20: Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

Anlage LSG-09 / 2018
Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf
Scroll down after link (page 67)
mit den Anlgen1 bis Anlagen6
Anlage1: Dokumentation einer langjährigen DEBEKA-Mitgliedschaft seit 1968
Anlage2: Weitere DEBEKA-Versicherungen: Haftpflicht, Hausrat, Lebensversicherung
Anlage3: Verlustreicher Zwangsrückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung
Anlage4: Zurückweisung einer exorbitanten, sittenwidriger Änderung des Krankenversicherungsvertrages wegen der Forderung auf Stundung der Krankenversicherungsbeiträge
Anlage5: Periodische Bußgeldbescheide der Kreisverwaltung Mettmann auf Veranlassung durch die DEBEKA (Kläger) wegen der Forderung auf Stundung der Pflegeversicherungsbeiträge
Anlage6: Klage der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G., vertreten durch RAe Dr.Caspers, Mock & Partner (Kläger), vor dem Amtsgericht Mayen / Landgericht Wuppertal auf Zwangsmaßnahmen zur Durchsetzung eines Mahnbescheides des Amtsgerichtes Mayen wegen Nicht-Anerkennung der vom Beklagten begehrten Stundung der Krankenversicherungsbeiträge und zur Zahlung von involvierten Rechtskosten, in der Internet-Cloud nachlesbar:

Anlage LSG-10 / 2018
Klageeröffnung S 39 P 231/12 in 2012 mit
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 03.12.2012,
Schreiben des Amtsgerichts Mayen vom 15.11.2012,
Schreiben der Debeka vom 14.11.2012 an das Amtsgericht Mayen
Anlage LSG-11 / 2018
Verwaltungsgericht Berlin: Fortsetzung der Klage auf öffentliche Rehabilitierung mit Schadenersatz seit März 2017
mit Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
mit Fortsetzung der Vergangenheitsbewältigung gegen eine Mauer des Schweigens
wegen
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, Rufmord und kapitalen Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf
Legende der Schriftsätze seit März 2017 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 279)
Anlage LSG-12 / 2018
Verwaltungsgericht Düsseldorf: Neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen einen diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunks vom 04.April 2018 (eingegangen am 10.April 2018) mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Legende der Schriftsätze seit Mai 2018 Seite 05-13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 304)

Legende
des sozial-gerichtlichen Verfahrens wegen beantragter Stundung bzw. Verrechnung der Pflegeversicherungsbeiträge mit dem Rechtsanspruch auf Schadenersatz und öffentliche Rehabilitierung wegen Missbrauch verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 für politisch motivierte Sippenzerschlagung

Stellungnahme des Beklagten mit Schriftsatz vom 08.01.2013 zur Klage der DEBEKA Hauptverwaltung mit Schreiben des Sozialgerichtes Düsseldorf vom 03.12.2012 (eingegangen am 07.12.2012)
Zu 01. *Innovation durch Telekommunikation*
Über 260 Congressbände zu über 260 Congressen,
zu den Innovationsschwerpunkten der
Telekommunikation in den Jahren 1976 – 2003 sind
Beweis für erbrachte Welt-Höchstleistungen
02. Unsere Notsituation, ohne Eigenverschulden, trotz Weltklasse-Höchstleistungen: UMTS-Auktion 2000 und deren verheerenden Folgewirkungen
03. "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt" (Art 1 Abs.(1) GG)
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland:
Bis heute totale Ablehnung durch deutsche Justiz und soziale Institutionen. Bis heute Spitzenleistung von Ignoranz und Diskriminierung.
Bundesrepublik Deutschland: Liquidierung der UMTS-Opfer durch Zwangsmaßnahmen aussitzen
04. Notsituation des Klägers trotz langjähriger Mitgliedschaft über mehr als 45 Jahre gnadenlos ausgenutzt
05. Unerträglich für Opfer der UMTS-Auktion:
Von einem Kläger mit Geld-Hai-Manieren wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Horror-Versicherungen, Bußgeldverfahren, Mahnbescheiden und neuen Gerichtsaktionen
06. Exzessive Spitzenleistungen des klagenden Versicherungsunternehmens gegen langjährige Versicherungsnehmer: Bußgeldbescheide, Ordnungswidrigkeitsverfahren, Diffamierung als "UMTS-Geschichte", Geld-Hai-Strategien anstatt Versicherungsleistungen, von Mahnbescheiden zu Prozessen bei Landgericht und Sozialgericht
07. Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
08. Begründung des Klägers im Widerspruch zur praktischen Anwendung seit mehreren Jahren:
Versicherungsbeziehungen sind längst zerstört. Begründung und Verhalten des Klägers sind absurd, widersinnig und absolut verabscheuungswürdig.
09. Beklagter stellt folgende Anträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 22.03.2013 mit Schriftsatz vom 08.04.2013
10. Rechtsstaatlichkeit einer Gerichtsentscheidung gemäß § 105 Sozialgerichtsgesetz: Wie denn?
11. Geschädigte / Beklagte aus der Kriegsgeneration des Jahrgangs 1941, die mit ihrem Lebenswerk Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland abgeliefert haben, werden nur problemlösende Rechtsstaatlichkeit nach Art.20 Abs.3 GG anerkennen
12. Deutscher Staat hat Verantwortung für gravierenden Missbrauch des Regulierungsrechtes
Bundesverfassungsgericht hat volle Verantwortung für Justizirrtum
13. Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland informiert mit Schriftsatz vom 28.03.2013 über ungeheuerliche, unerträgliche Zustände
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.04.2013 mit Schriftsatz vom 21.05.2013
14. Unerträgliche Anhörungsresistenz des Klägers:
Zwei Sätze des Klägers in doppelter Ausfertigung zu einem Scherbenhaufen von Pflegeversicherung und Krankenversicherung
15. Kläger verstößt mindestens im vorliegenden Fall der Pflegeversicherung gegen das Grundgesetz:
Treib- und Hetzjagd mit 3 Klageverfahren gegen den Versicherungsnehmer wegen eines vom Beklagten nicht verschuldeten Tatbestandes
16. Beklagter wird mit drei Gerichtsverfahren schikaniert, erhält bis heute keine Prozesskostenhilfe, hat Anspruch auf Rechtsstaatlichkeit:
Welches Gericht ist denn nun zuständig?
17. Anstatt Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen Grundgesetz: Sozialgericht als Mediator für eine richtungsweisende, rechtsstaatliche Lösung?
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Klägers vom 18.06.2013.2013 (eingegangen am 22.06.2013) mit Schriftsatz vom 05.07.2013
18. Kläger hat eine 7 Zeilen umfassende Positionierung abgegeben: Unerträgliche Ignoranz zur Notsituation des Beklagten, der vom Kläger einfach nur im Stich gelassen wurde, keinerlei Beratung erhalten hat, statt dessen stets nur Zahlungsaufforderungen erhalten hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 29.07.2013 (eingegangen am 01.08.2013) mit Schriftsatz vom 20.08.2013
19. Warum hat das "Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung" (in Kraft seit 01.08.2013) für die Beklagte keinerlei Relevanz?
20. Warum ist auch ein Notlagentarif keine Lösung?
Weil den Beklagten die Zahlungsfähigkeit für den Notlagentarif weggenommen wurde
21. Staatshaftung in einem Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal:
Schadenersatz und Rehabilitierung sind Voraussetzung, um soziale und steuerliche Verpflichtungen wieder erfüllen zu können
22. Ruhen des Verfahrens, Aussetzen des Verfahrens oder Stundung der Beiträge?
Bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Stellungnahme des Beklagten zum Schreiben des Sozialgerichts vom 04.04.2014 (eingegangen am 11.04.2014) mit Schriftsatz vom 22.04.2014
23. Nullwertige und substanzlose Qualität der schriftlichen Einlassungen des Klägers:
Pure Ignoranz und Desinteresse nicht mehr zumutbar für den Beklagten
24. Kläger: „Die Sache ist aus unserer Sicht ausgeschrieben“
Beklagter:
Wahrheit mit Zulassung von Beweisen und Zeugen endlich auf den Tisch
Existenz-Grundlage mit Staatsgewalt zerstört, Altersrücklage vernichtet,
Unerträglich: Perspektive auf Liquidierung mit Zwangsabgaben
25. Nicht mehr hinnehmbar: Bewusste Rechtsanwendung ohne Berücksichtigung verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ebenso wie ständiges Desinteresse, Diskriminierung und Diffamierung wegen
verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Unverzichtbar: Rechtsstaatliches Verfahren für Rehabilitierung und Schadenersatz wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender Diskriminierung und Diffamierung unter Verantwortung des deutschen Staates
Gericht kann umfangreiches Beweismaterial einsehen
26. Unerträglich: Weitere Diskriminierung und Diffamierung der Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000
O-Ton des Klägers: „Nicht-Leistung nur mit seiner Opferrolle begründet“
Nur „Opferrolle“: Existenz-Grundlage zerstört, Lebensleistung und Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen zerstört, diskriminiert und diffamiert, Altersrücklagen vernichtet
27. Zurückweisung aller Klageforderungen
Kläger hat alleinige Verantwortung für Kosten des Rechtsstreits
Ruhen des Verfahrens bis zur Durchführung eines rechtsstaatlichen Gerichtsverfahrens über Rehabilitierung und Schadenersatz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 12.05.2014: Information über verwaltungsgerichtliche Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
28. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Bürger mit verminderten Rechten deklassiert
Fortsetzung der Diskriminierung und Diffamierung an Verwaltungsgerichten in NRW (14 A 786/14 VG Düsseldorf 5 K 4864/13)

Schriftsatz vom 03.07.2014: Information über Fortsetzung verwaltungsgerichtlicher Anstrengungen, eine Entscheidung herbeizuführen
29. Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 startet neue Klage am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Beiladung von Kläger und Beklagten:
Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland, **vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin Frau Dr. Angela Merkel**
(Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf

Schriftsatz vom 12.März 2017 mit Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G.
mit Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren, auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des klagenden Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
30. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Stand März 2017: Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriff gegen deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung des
grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,
für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,
für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod
31. Wie in einer Bananenrepublik: Scherbenhaufen einer
rechts-beugenden, Menschenrechte verachtenden Justiz
am Amtsgericht Mettmann nach rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 (jahrelanges, juristisches Mobbing)
Strafbarkeit der Rechtsbeugung nach §339 StGB: Rechtsbeugung ist ein Verbrechen, das mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem bis fünf Jahren zu verurteilen ist.
Rechtsbeugung mit Unterdrückung beantragter Rechtsmittel: Verurteilung wegen Verkehrsordnungswidrigkeit aufgrund von Nichtleistung der Beiträge zur privaten Pflegepflichtversicherung ohne Zulassung eines beantragten Berufungsverfahrens und ohne Zulassung von sofortigen Beschwerden zur Verhinderung der Rechtsbeugung
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 für Rechtsbeugung zu erreichen
„Herrschaft des Unrechts“ in einem sogenanntem Rechtsstaat:
Psychische Zerschlagung des Opfers als Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes.
Massive Verletzung von fundamentalen Menschenrechten und deutschen Grundrechten mit totaler staatlicher Diskriminierung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten,
ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Polizeiausweis, mit exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt

32. Je schwächer der Rechtsstaat, umso stärker der Unrechtsstaat:
Trotz Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland bis zur Erzwingung einer gigantischen Umverteilungsoperation im Jahr 2000 mit verheerenden Folgewirkungen wie Hartz IV, Agenda 2010, Unternehmens-Genozid im innovationsorientierten Mittelstand unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung
Politisch motivierte Zerschlagungen gegen Angehörige der Kriegsgeneration 1940 (tot) und 1941 (vorgeladen):
Wehrlose Opfer von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe,
mit ständiger, verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör
zu exzessivem und tumbem Missbrauch von Staatsgewalt,
mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren mit anwaltlicher Vertretung, haben Anspruch auf sofortige Härteleistung des deutschen Staates
Daher:
Zurückweisung aller Zwangsmaßnahmen der klagenden
DEBEKA Krankenversicherungsverein a.G. , die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung sozialer Abgaben
bis zur Erreichung des grundgesetzlich garantierten rechtliches Gehörs
des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
zu Schadenersatz und Rehabilitierung
wegen Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer und extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
wegen schuldloser, staatlich erzwungener Altersarmut
33. Zerschlagung 4 unter Mitwirkung und Mitverantwortung des klagenden Versicherungsunternehmens ohne Versicherungsleistung seit 2010
2008: Verlustreicher Rückkauf der DEBEKA-Lebensversicherung (Versicherungssumme 61.000 EUR), um monatliche Beiträge der Pflichtversicherungen weiter bezahlen zu können (Anlage DEBEKA-05)
1968-2010: Premium-Krankenversicherung bei DEBEKA mit stattlichen Einzahlungsraten des Opfers bis 2010
Zerschlagung ist Zielsetzung, um neue Einnahmen generieren zu können.
Daher:
Bis heute verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör für politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
Seit 2011: Rechtswidrige, schikanierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut (Mitwirkung der DEBEKA als Zeuge)
17.Juni 2014: Eskalation der OWi-Verfahren zu Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung durch namenlose Kreispolizei ohne Ausweis, ohne Durchsuchungsbefehl, ohne Haftbefehl gegen einen wehrlosen Rentner der Kriegsgeneration von 1941,
Präsentation des Opfers mit vergittertem Polizei-Transporter für Schwerverbrecher zum Gespött von Nachbarn und Passanten
29.Dez.2016: Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert rechtsbeugendes Urteil, um dafür Rechtskraft zu definieren
02.März 2017: Obergerichtsvollzieher der DEBEKA terminiert Zwangsvollstreckung wegen Krankenversicherung in nicht nachvollziehbarer Höhe ohne Ankündigung durch DEBEKA
22.März 2017: Verhandlung beim Sozialgericht Düsseldorf, mit oder ohne Anwesenheit des Opfers, gegen eine Versicherung, die nur Einnahmen generieren möchte und sich jetzt mit Zwangsmassnahmen an der finalen Zerschlagung des Opfers beteiligt
Daher Antrag auf Prozesskostenhilfe für rechtsstaatliches Verfahren mit voller anwaltlicher Unterstützung und mit rechtlichem Gehör für staatlich erzwungene Altersarmut infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und
mit Antrag auf Vollstreckungsschutz und Stundung der Beiträge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf

Schriftsatz vom 26.April 2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Klägers vom 07.04.2017 (eingegangen am 18.04.2017)
34. Unerträgliche Heuchelei des längst mitschuldigen Klägers, mitschuldigen Mittäters an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung: Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 und paralleler Missbrauch von Staatsgewalt
Unerhört: Sechszeiler des Klägers und Mittäters als
Antwort auf qualifizierten Vortrag des Klägers mit 139 Seiten und
Nicht nachvollziehbare, diskriminierender Behauptung von fehlendem Sachvortrag
Unerträgliche Heuchelei eines Versicherungsträgers
35. Fachanwalt für Versicherungsrecht ist überfordert, um Verantwortung für Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen als Kläger, als Zeuge und als Vollstrecker bewerten zu können
Verantwortlich ist der Kläger, der längst mitschuldig geworden ist an den politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung, nicht der Fachanwalt, der den Kläger nicht mehr vertreten kann
Verabscheuenswert und unerträglich: Ein Weiter-so mit Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 25)

Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
36. Schriftsatz vom 12.März 2017 (Kapitel 30 bis 33) und vom 26.April 2017 (Kapitel 34 und 35) an die 39.Kammer des Sozialgerichts Düsseldorf
mit detaillierten Ausführungen über 164 Seiten zu
Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur
bundesweiten Sippenzerschlagung mit
Verlust eines Menschenlebens, Freiheitsberaubung mit psychischer Folter,
Zerschlagung der deutschen Heimat mit Rufmord am Wohnort und am Geburtsort,
soziale Zerschlagung und kapitale Vermögensschäden,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Rechtliches Gehör vorgetäuscht, mit unerträglicher Anhörungsignoranz völlig versagt, mit einer wahrheitswidrigen Darstellung des Tatbestandes, mit miserablen Begründung des verfälschten Tatbestandes:
Verfassungswidriger Gerichtsbescheid ist zurückzuweisen
37. Politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
mit sozialer und psychischer Zerschlagung,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt.
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
38. Nicht nur erdrückende Beweislage, sondern auch hochqualifizierte Zeugen für herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
39. Perverser Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung:
Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Bewusste Rechtsbeugung offensichtlich > daher:

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht, nach §60 SGG.
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG
Vorwurf schwerer Rechtsbeugung gegen Einzelrichterin mit Strafbarkeit nach §339 StGB
40. Fortsetzung zu perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt, mit einer kriminellen Degeneration und Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
41. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Verabscheuenswert, unerträglich und strafbar nach §339 StGB:
Bewusste Rechtsbeugung mit Falsch-Darstellung des Tatbestandes,
mit diskriminierender Unterdrückung der Wahrheiten über
politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
als nachlesbare "Einzelheiten" und als Grundlage für einen miserablen Gerichtsbescheid mit strafbarer Rechtsbeugung
Daher: Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 42)

Schriftsatz vom 08.Dez.2018 mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
42. Grundlage eines Rechtsstaates ist das Grundgesetz:
Verfassungswidrige Versagung eines Bescheides zum
Schriftsatz vom 23.Nov.2018 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die
Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG
in Kopie an
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf
Scroll down after link (page 280)

43. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer),
mit kapitalen Vermögensschäden bis in staatlich erzwungene Altersarmut
mit Benutzungszwang von Pfändungsschutzkonto,
mit Rufmord und Zerschlagung der deutschen Heimat am Wohnort und am Geburtsort,
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa.
Mit heimtückischer Umverteilungspolitik und
perverser Zerschlagungspolitik seit 1998:
Bundespräsident Frank Walter Steinmeier
Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005)
Vergangenheitsbewältigung und nur die Wahrheit!
Immunitätsaufhebung gerichtlich beantragt,
zusätzlich mit persönlichem Schreiben an den
Präsidenten des Deutschen Bundestags und an den
Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts,
gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage.
44. Soziale und psychische Zerschlagung: Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Nicht nur erdrückende Beweislage,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und
EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
45. Gerichtsbescheid: Perverser Missbrauch deutscher Justiz für
soziale und psychische Zerschlagung, Fortsetzung politisch motivierter Sippenzerschlagung
Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren ohne stichhaltige Begründung unterdrückt.
Statt dessen: Gerichtsbescheid von einer Einzelrichterin
mit Falsch-Darstellungen des Tatbestandes,
mit diskriminierendem Versagen von rechtlichem Gehör zu
heimtückischer Umverteilungspolitik und perverser Zerschlagungspolitik seit 1998 unter Verantwortung führender Politiker in den höchsten Staatsämtern des deutschen Staates
Politisch motivierte Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden:
Einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut mit Benutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto
Juristische Binsenweisheit: Respekt vor dem Grundgesetz ist absolute Voraussetzung für eine Rechtsanwendung von §105 SGG und Schutz vor Missbrauch von Versicherungsrecht
46. Fortsetzung von perversem Missbrauch deutscher Justiz für soziale und psychische Zerschlagung: Opfer wird zum Täter gemacht
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution, für Deutschland und Europa
Kein Weiter so!
Versicherungsträger betreibt in Zusammenarbeit mit einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft weitere verfassungswidrige Eskalation der
sozialen und psychischen Zerschlagung,
mit neuen Rechtsanwälten, mit neuen Zwangsverfahren und vermeidbaren Kosten,
Pflegepflichtversicherungsvertrag mit Vertragsnummer 19069451 durch langjährige Beteiligung an politisch motivierter Zerschlagung längst zerrüttet und beschädigt,

mit einer perversen Umkehr der sozialen Sicherheit zu sozialer und psychischer Zerschlagung,
mit schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
mit Eskalation zu mehrfacher Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
mit einem völlig zerstörten Vertrauensverhältnis des Versicherungsnehmers zum Versicherungsträger
47. Kein Weiter-so mit
perversem Nicht-Sehen, Nicht-Hören, Nicht-Wissen
Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und
kapitalen Vermögensschäden bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut mit Pfändungsschutzkonto
an den den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
Zurückweisung aller perversen Klagen mit Diskriminierung des Opfers als Täter
Nicht zu beklagen, weil nicht strittig: Rückständige Beiträge der Sozialversicherungen
Wiederholter Antrag: Verrechnung der rückständigen Beiträge der Sozialversicherungen mit Schadenersatz gemäß Klageforderungen des Zerschlagungsopfer an den Verwaltungsgerichten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 92)

Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
48. Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung durch Schriftsatz vom 08.Dez.2018, weil
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Empfangsbestätigung und ohne Bescheid
Versagung von rechtlichem Gehör zu Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, zum Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a und zum Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht zum Daners, nach §60 SGG
Diskriminierende Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe sozialer und psychischer Zerschlagung seit 2010 mit parallelem Sozialgerichtsverfahren am Sozialgericht Düsseldorf seit 03.Dez.2012
49. Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
> wegen eines herausragenden Lebenswerkes des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> gegen eine Mauer des Schweigens:
23 Wahrheiten mit erdrückender Beweislage gemäß Kapitel 37.
Neuer Beweis zum Niedergang der Digital-Branche in 2018:
CeBIT-Aus trotz Verlust-Ausgleich mit 250 Mio € Steuergelder staatlicher Anteilseigner im Jahr 2009, nur die Spitze einer katastrophalen Fehlentwicklung

50. Verrechnung sozialer Pflichtversicherungen mit
Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen: Vom lebenden Zerschlagungsopfer längst beantragt, am Sozialgericht und an den Verwaltungsgerichten immer wieder vorgetragen und begründet.
Unerträglich: Soziale und psychische Zerschlagung des lebenden Zerschlagungsopfers mit Anhäufung weiterer Kosten an Sozialgerichten, für unnötige Zwangsmassnahmen und "Bußgelder" mit psychischer Folter,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
trotz einer erdrückenden Beweislage, trotz hochqualifizierter Zeugen, trotz eines nahestehenden Todesopfers politisch motivierter Sippenzerschlagung
51. Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der regierenden Generation seit 1998:
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung unter Verantwortung einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft zum Täter gemacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wegen einer nicht stattgefundenen Verkehrsordnungswidrigkeit verurteilt
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Bußgeld bezahlen
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung muss Kosten einer Verwaltungsbehörde tragen, die nicht von ihm verursacht
Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung wird wiederholt mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft bestraft,
trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu einem Pfändungsschutzkonto,
trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers mit einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Seit 2010: Soziale Zerschlagung und psychische Zerschlagung durch Amtsgericht Mettmann, Staatsanwaltschaft Wuppertal und Sozialgericht Düsseldorf mit Leugnen entsprechender Kenntnisse
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 28.Jan.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners gemäß Ablehnungsgesuch vom 08.Dez. 2018, gemäß formlosen Brief des Sozialgerichts vom 11.01.2019
52. Ablehnungsgesuch vom 23.Nov. 2018 gegen Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG in Verbindung mit §45 ZPO und
Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a
gegen verfassungswidrigen Gerichtsbescheid vom 07.Nov.2018
Schriftsatz vom 08.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
Schriftsatz vom 31.Dez.2018 an das Landessozialgericht mit Fortsetzung der Anfechtung des Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 07.Nov.2018 (eingegangen am 10.Nov.2018) mit Berufung, weil Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG 178 a vom 23.Nov.2018 und Ablehnungsgesuch gegen die Vorsitzende, Richterin am Sozialgericht Daners, nach §60 SGG ohne Bescheidung durch das Sozialgericht Düsseldorf
53. Mangelhafte dienstliche Äußerung: Beweis für nicht überwindbare Befangenheit der Richterin, weil schwere Diskriminierung des Zerschlagungsopfers fortgesetzt wird
Dienstliche Äußerung: Ungenutzte Chance zur Überwindung der Befangenheit, weil mangelhaft

Mangelhafte dienstliche Äußerung unter dem Einfluss des beklagten Bundeskanzleramtes mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
Warum unüberwindbare Befangenheit?
Wie hat sich Befangenheit der Richterin am Sozialgericht ausgewirkt?
Wie spiegelt sich die Befangenheit der Richterin am Sozialgericht in der mangelhaften dienstlichen Äußerung wieder?
Wechsel der Rechtsanwälte des Versicherungsträgers: Besorgnis tiefster Befangenheit der bisher zuständigen Richterin noch größer
54. Tiefste Befangenheit der Richterin als Resultat strafbarer Kumpanei mit skrupelloser Staatsanwaltschaft.
Blinder mit Krückstock: "Hier wird getäuscht, was das Zeug hält"
Skandalös: Rechtsanwalt, der aus Altersgründen in 2015 seine Anwaltszulassung zurückgegeben hat, als Prozessbevollmächtigter des Versicherungsträgers vorgetäuscht. Missbrauch eines Gerichtsbescheides zur Vermeidung einer mündlichen Verhandlung, um die Vortäuschung eines Rechtsanwalts als Strohmann in heimtückischer Weise zu verbergen
Wie skrupellos muss eine Staatsanwaltschaft sein, um einen solchen Skandal in Kumpanei mit einer Richterin durchzuziehen?
Antrag auf Klärung, ob Versicherungsträger überhaupt informiert.
Offensichtlich: Seriöser Versicherungsträger und renommierte Rechtsanwaltskanzlei steigen aus.
Alternativlos: Ablehnungsgesuch mit Nachweis skandalöser Vorgänge
Kein Weiter so mit
sozialer und psychischer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit , mit finaler Zerschlagung nach politisch motivierter Sippenzerschlagung trotz herausragendem Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 174)

Schriftsatz vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
55. Stellungnahme zur Dienstlichen Äußerung und Befangenheitsverfahren, ausführlich begründet in den Kapiteln 52 bis 54,
Zurückzuweisen: Besorgnis der Befangenheit mit Beschluss der 19.Kammer vom 06.02.2019 als unbegründet erklärt. Daher:
Einspruch gegen den Beschluss mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach SGG178a unvermeidbar, weil entscheidungsrelevante Begründung zu tiefster Besorgnis der Befangenheit als unbegründet abgetan und damit Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen und damit die Fortsetzung von verfassungswidrigen Verfahren am Sozialgericht ermöglicht wird. Kein Weiter so!
56. Rechtsanwendung aller Gesetze ist an der Faktenlage und am Grundgesetz auszurichten
Fakt: Vortäuschung eines Prozessbevollmächtigten (sieh Rubrum) ist auch bei Wiederholung rechtswidrig.
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil starkes Rechtsmittel der Anhörungsrüge eingelegt ist
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil ein Gerichtsbescheid überhaupt nicht zulässig war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil seit Beginn des Verfahrens in 2012 keine Kommunikation mit Richter(in) möglich war
Fakt: Erstinstanzliches Verfahren ist nicht abgeschlossen, weil 7 Jahre lang anstatt Kommunikation mit dem Sozialgericht
periodisch wiederholte Schikane-Verfahren am Amtsgericht Mettmann mit Eskalation zu wiederholter Freiheitsberaubung mit psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
unter Koordination einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, die hier unter Missbrauch eines Strohmanns Prozessvollmacht wahrnimmt und unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft für

politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden
mit Umsetzung einer perversen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik seit 1998, trotz ständiger und paralleler Gerichtsverfahren seit 2010, trotz eines herausragenden Lebenswerks des noch lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
57. Neuester Fakt mit Nachweis in Anlage SGD-17 / 2019:
Richterin derart befangen, dass sie nicht einmal das Ende des laufendem Befangenheitsverfahrens abwarten kann, obwohl sie in dieser Zeit keine Befugnis hat, einen unanfechtbaren Beschluss zu erlassen und andere unnötige Aktivitäten zu unternehmen:
Mehrfacher Verstoß gegen §47 Abs.1 ZPO und §60 Abs.1 SGG.
Daher unverzichtbar: Befangene Richterin ist abzulehnen, weil Befangenheit nicht überwindbar und weil ein weiteres Verfahren in der 39.Kammer unter diesen Umständen nicht mehr zumutbar
Rechtsanwendungen des Sozialgerichtsgesetzes zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung: Ohne Respektierung des Grundgesetzes verfassungswidrig
Daher Einspruch gegen den Beschluss S 19 SF 680/18 AB vom 06.02.2019 mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG mit Anspruch auf rechtliches Gehör für Argumente gegen Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 204)

Schriftsatz vom 02.März 2019 mit Zurückweisung des Beschlusses S 39 P 231/12 vom 12.02.2019 und mit Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019
58. Rechtswidriges Verhalten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit mehrfachen Rechtsverstoß gegen §47 Abs.1 ZPO
mit laufenden Ablehnungsgesuch vom 23.Nov.2018 gegen die Richterin nach §60 SGG
mit laufendem Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB an der 19.Kammer und laufender Anhörungsrüge gegen 19.Kammer
Aus rechtswidrigem Verhalten der Vorsitzenden Richterin während laufendem Befangenheitsverfahren resultiert nicht überwindbare Besorgnis der Befangenheit mit Konsequenzen für unnötige Aktivitäten der befangenen Richterin:
Einspruch gegen den Beschluss vom 12.02.2019 und Zurückweisung.
Ablehnungsgesuch: personenbezogen und nicht verfahrensbezogen (Verfahrens-übergreifend)
Daher: Erinnerung und notfalls Wiederholung des Ablehnungsgesuchs gegen Vorsitzende Richterin am Sozialgericht Daners auch für das Verfahren S 39 P 19/19
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 234)

Schriftsatz vom 19.März 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Erinnerung und Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG
59. Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 (eingegangen am 08.Feb.2019) im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019
Erinnerung mit Antrag auf Bescheidung der Anhörungsrüge
Darüber hinaus: Zurückweisung aller Aktivitäten der Vorsitzenden Richterin am Sozialgericht Daners mit laufenden Befangenheitsverfahren einschließlich der Stellungnahme zum formlosen Schreiben S 39 P 19/19 vom 13.02.2019 mit Schriftsatz vom 02.März 2019
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 255)

Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht NRW wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
nach Anhörungsrüge wegen Einspruch gegen den Beschluss vom 06.02.2019 im mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §178a SGG vom 20.Feb.2019,
nach Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019 nach Erinnerung und Antrag vom 19.März auf Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019
60. Infame Diskriminierung: Beklagter ist nicht Täter, sondern Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen bis zur staatlich erzwungenen Altersarmut
Skurriles Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB der 1. Instanz erst nach ausführlicher Begründung der Berufung an 2.Instanz mit Schriftsatz vom 08.Dez.2018.
Begründung einer 2. Anhörungsrüge vom 20.Feb.2019 an das Sozialgericht Düsseldorf und darüber hinaus:
Zurückweisung aller Aktivitäten der abgelehnten Richterin mit laufendem Befangenheitsverfahren mit Schriftsatz vom 02.März 2019,
Erinnerung mit Antrag vom 19.März 2019 auf Bescheidung dieser Anhörungsrüge im Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
Rechtsanwendung der Sozialgesetze nur unter Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte des Grundgesetzes.
Respektierung des Grundgesetzes mit 2.Anhörungsrüge wiederholt angemahnt
Beschluss vom 22.März erst nach Erinnerung und Anmahnung der Bescheidung der Anhörungsrüge vom 20.März 2019
Versagung von rechtlichem Gehör zur Begründung der 2.Anhörungsrüge ohne Abhilfe verfassungswidriger Befangenheit , daher:
Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu massiven Grundrechtsverletzungen gegen das Zerschlagungsopfer
61. Beschwerde wegen:
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu nicht überwindbarer Befangenheit der abgelehnten Richterin am Sozialgericht Daners
Verfassungswidriges Versagen von rechtlichen Gehör nach Art.103 Abs.1 GG zu massiven Grundrechtsverletzungen als Ursache staatlich erzwungener Altersarmut bis zum Nutzungszwang von Pfändungsschutzkonto
Massive Grundrechtsverletzungen: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers
mit Zwangsmaßnahmen der sozialen und psychischen Zerschlagung seit 2010
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich des §178a SGG und §172 SGG ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
Kein Anspruch auf Unanfechtbarkeit wegen Unüberwindbarkeit ständiger Anhörungsresistenz trotz mehrfacher Anhörungsrügen einschließlich der Erinnerung mit Antrag zur Bescheidung
Kein Anspruch auf Unterdrückung einer Beschwerde wegen nicht vorhandener Respektierung des Grundgesetzes
62. Befangenheit ist personenbezogen und nicht verfahrensbezogen.
Ein 2.Befangenheitsverfahren wurde nicht beantragt,
eine 2. Dienstliche Äußerung in einem Befangenheitsverfahren ist nicht zulässig.
Daher: Ablehnungsgesuch im laufenden Befangenheitsverfahren gegen Richterin am Sozialgericht Daners ist Verfahrens-übergreifend
Antrag auf Anerkennung des Verfahrens-übergreifenden Ablehnungsgesuchs unter Beachtung bei Fortsetzung des Berufungsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 276)

Schriftsatz vom 11.April 2019 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Unterrichtung über Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
63. Beschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör im Beschluss vom 22.März 2019 (eingegangen am 29.03.2019) an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 306)

Schriftsatz vom 12.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Stellungnahme zum Schreiben der caspers mock Anwälte vom 26.03.2019 mit Antrag im Berufungsverfahren, obwohl das Verfahren der 1.Instanz nicht abgeschlossen ist.
64. Versicherungsträger ist seit 2010 ausführlichst informiert,
will aber legalen Abschluss der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss des laufenden Befangenheitsverfahrens der 1.Instanz nicht abwarten,
will aber legalen Abschluss einer außerordentlichen Beschwerde wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör im Befangenheitsverfahren nicht abwarten, und
diskriminiert lieber mit einer vorzeitigen Stellungnahme zum Berufungsverfahren das Opfer politisch motivierter Sippenzerschlagung, an dem er mit sozialer und psychischer Zerschlagung beteiligt ist.
Kein Weiter so.
65. Skandalöse Stellungnahme des klagenden Versicherungsträgers
Unerträgliche Diskriminierung des beklagten Zerschlagungsopfers mit nicht zu überbietender Perversität
Politisch motivierte Sippenzerschlagung im Zuge einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik sind keine Schicksalsschläge, sondern schweres Unrecht mit Todesopfer und Opferanspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Faktenlage, Beweise und Zeugen mit erdrückender Vielfalt und Beweiskraft
Nur ein feiger Kläger ohne Moral und Ethik stellt sich auf die Seite des Stärkeren, entgegen moralischen und ethischen Argumenten, weil eine skrupellose Staatsanwaltschaft die Seite des Stärkeren vertritt.
Verwerflich: Soziale und psychische Zerschlagung als Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998
Rechtsanwendung aller Gesetze einschließlich der Sozialgerichtsgesetze ist unter Respektierung des Grundgesetzes vorzunehmen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 329)

Schriftsatz vom 25.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit ergänzender Nachtrag, weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs gebeten" wird
66. Ergänzender Nachtrag,
weil im Anschreiben vom 27.03.2019 "erneut um Überlassung des der Klägerin betreffenden Vorgangs" gebeten wird
Verwunderlich: Anforderung von sämtlich relevanten Beitragsbescheiden, Widerspruch, etc.-chronologisch
Antrag auf Klärung,
weil es keine Beitragsbescheide gibt, geschweige den Widerspruchsmöglichkeiten
weil als "Spitzenleistung der Verweigerung durch den Kläger" bemängelt,
weil das Zerschlagungsopfer in der 1.Instanz bei Ermittlung der Beitragsrückstände" ausgeschlossen wurde,

weil der Kläger bis heute die Übersendung von "Verwaltungsakten" gemäß der gerichtlichen Verfügung vom 21.02.2019 (ohne Einsicht für das Zerschlagungsopfer) unterlässt und für nicht erforderlich hält.
Beschwerde,
weil das Berufungsverfahren in vollem Gange ist, obwohl das Verfahren der ersten Instanz nicht abgeschlossen ist
weil das Zerschlagungsopfer unter Leitung der Staatsanwaltschaft gezielt mit einer Serie von Gerichtsverfahren überzogen wird, sodass die Qualität der Stellungnahmen (sieh Nachtrag) wegen Zeitmangelleiden muss.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 360)

Schriftsatz vom 14.Mai 2019 an das Landessozialgericht NRW mit Fortsetzung der Beschwerde vom 10.April 2019 wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör und Vortäuschung falscher Tatsachen im Beschluss vom 25.April 2019 (eingegangen am 02.Mai 2019) zum Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB
mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
67.Ständige Versagung von rechtlichem Gehör durch 19.Kammer am Sozialgericht Düsseldorf nach Beschwerde vom 10.April 2019 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen wegen
Befangenheitsverfahren S 19 SF 680/18 AB mit Konsequenz für ein nicht beantragtes Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB
Beschluss vom 25.April 2019 zu verwerfen wegen totaler Versagung von rechtlichem Gehör zu entscheidungsrelevanten Argumenten in vorangegangenen Schriftsätzen und Vortäuschung falscher Faktenlage
Fortsetzung eines nicht beantragten Befangenheitsverfahren S 19 SF 156/19 AB nur als Schikane zu bewerten und zu verwerfen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 385)

Schriftsatz vom 11.Juni 2019 an das Landessozialgericht NRW mit Fortsetzung der Beschwerde mit Mitteilung über Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 gegen soziale und psychische Zerschlagung unter Verantwortung des Versicherungsträgers als Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen aus gegebenem Anlass
wegen Kriminalisierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit einer Serie von Gerichtsverfahren unter Verantwortung des Klägers in Kumpanei mit einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
68. Sozialgerichtsverfahren sind Bestandteil der Verfassungsbeschwerde vom 30.Mai 2019 aus gegebenem Anlass mit Antrag auf Vorlage
beim Präsidenten des Bundesverfassungsgericht und in Kopie
an Präsidenten des Deutschen Bundestags
wegen Antrag auf Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten für Zeugenaussage zu einer gigantischen Umverteilungspolitik und einer kriminellen Zerschlagungspolitik in seiner Zeit als Kanzleramtschef von 1999 bis 2005 und
wegen Antrag auf ein rechtsstaatliches Verfahren an einem Sondergericht mit dem
Bundesverfassungsgericht als direkte Beschwerde-Instanz
69. Stellungnahme zu Schreiben des Klägers vom 27.05.2019 (eingegangen am 31.05.2019)
Von Diskriminierung des Opfers politisch motivierter Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden zur Kriminalisierung des Opfers als "Täter" wegen staatlich erzwungener Altersarmut:
Fortsetzung der politisch motivierten Sippenzerschlagung mit sozialer und psychischer Zerschlagung durch den klagenden Versicherungsträger mit zu verabscheuendem Leugnen von kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierter Sippenzerschlagung,

in Kumpanei mit einer skrupellosen, weisungsgebundenen
Staatsanwaltschaft mit Verantwortung für politisch motivierte
Sippenzerschlagung und für den kriminellen Rattenschwanz von
Gerichtsverfahren gegen Zerschlagungsopfer,
Ungeheuerlich: Rechtfertigung von sozialer und psychischer Zerschlagung
mit möglichem "Fehlverhalten Dritter" und dadurch möglichen "Schäden des
Beklagten"
Strafbare Mittäterschaft des Versicherungsträgers längst erwiesen
Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen als Versicherungsträger hat
definitiv keine Akzeptanz mehr. Auch in Zukunft nicht.
Bescheidung der beiliegenden Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf ein
Sondergericht zur weiteren Vorgehensweise
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 410)